



# DIPLOMARBEIT

„Die Linkspartei im Parteiensystem der BRD.  
Wie viel SED steckt in der Linkspartei?“

Verfasserin  
Anja Bröcker

angestrebter akademischer Grad  
Magistra der Philosophie

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Univ. Doz. Dr. Hannes Wimmer



Mein Dank geht an alle, die zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben.  
Besonders möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Doz. Dr. Hannes  
Wimmer bedanken, der mich im Zuge der Abfassung dieser Arbeit mit wertvollen Tipps,  
Ratschlägen und Denkanstößen unterstützte.

## Abstract

Seitdem DIE LINKE sich aus WASG und Linkspartei.PDS 2007 zusammengeschlossen hat, werden in Gesamtdeutschland Wahlerfolge gefeiert. Das Parteiensystem in Deutschland ist dadurch ordentlich in Bewegung geraten. Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch die Gründe für den Erfolg der Linkspartei darzustellen und aufzuzeigen wie viel SED in der Linkspartei vorhanden ist. Als Nachfolgerpartei der SED ist es der Linkspartei durch Umbenennungen gelungen sich in Deutschland zu etablieren. Die „Ökonomische Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs zeigt warum es zur Parteibildung gekommen ist. Außerdem werden die Veränderungen im deutschen Parteiensystem aufgezeigt, die der Erfolg der Linkspartei mit sich brachte. In diesem Zusammenhang wird der Rechtsruck der SPD dargestellt, durch den die linke Lücke im Parteiensystem entstand, mit einem besonderen Augenmerk auf den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der jetzt die Linkspartei anführt. Ebenso wird der Frage nachgegangen wer die Mitglieder der Linkspartei sind, und wie die Organisation und Zusammenarbeit der Parteifunktionäre aus den alten und neuen Bundesländern funktioniert. Die parteiprogrammatische Grundlage wird als Kennwert der sozialen Gerechtigkeit bearbeitet. Abschließend wird die Cleavage-Theorie in Betracht gezogen, um eine Prognose abzugeben, in wie weit die Linkspartei in Deutschland bestehen kann.

## Abstract

Since 2007 DIE LINKE, the incorporation of WASG and Linkspartei.PDS, has won elections in Germany. Thereby the German party system has been heavily stimulated. This paper is an attempt to describe the reasons of the success of the left party and to show how much SED is existing within the party. As follower-party of the SED the left party was established in Germany through changes of names. The “economic theory of democracy” from Anthony Downs shows the reasons of the formation of the party. Moreover the changes in the German party system which the success of the left party implicated are demonstrated. In this context is described the “shift to the right” of the SPD, through the left gap in the party system occurred, with a particular focus on Gerhard Schröder, former Chancellor, and Oskar Lafontaine, former chairmen of the SPD and today chairman of the left party. Further questions are, who the members of the left party are and how the organisation and the cooperation of the officers of the party from the old and new federal states are functioning. The party-programmatically

fundament is analysed as characteristic value of social fairness. Finally the cleavage-theory is considered to dispense a forecast how far the left party can endure in Germany.

## Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	8
1.1 Zielsetzung	9
1.2 Aufbau der Arbeit	10
1.3 Begriffsklärung	11
2 Von der SED bis zur PDS – die totgesagte Partei im Rampenlicht	12
2.1 Konstituierung des Parteiensystems in der Sowjetischen Besatzungszone	12
2.2 Entstehung der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	14
2.2.1 Entwicklung der SED	15
2.2.2 Die SED gründet ihren Staat	16
2.2.3 Die Rolle der SED in der DDR	17
2.2.4 Die SED während des Systemwandels 1989/90	21
2.3 Die PDS	24
2.3.1 Nach der ersten Bundestagswahl – die totgesagte PDS	25
2.3.2 Totgesagte leben länger – die PDS im Parteiensystem der BRD	26
2.3.3 Gründe für die Wahlerfolge der PDS in den Jahren 1994, 1998 und 2005	27
3 Die PDS auf dem Weg in Richtung Westen	29
3.1 Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit	29
3.1.1 Die SPD als linke Volkspartei	30
3.1.2 Die SPD rückt nach rechts	33
3.1.2.1 Agenda 2010 als „Entdemokratisierung“ der SPD?	36
3.1.2.2 Die Gewerkschaften auf der Suche nach einer neuen Beziehung	38
3.2 Anthony Downs: Die ökonomische Theorie der Demokratie	39
3.2.1 Die beiden Volksparteien auf dem Weg zur neuen Mitte	41
3.2.2 Gelegenheit für eine Linkspartei	43
4 Parteiprogrammatische Grundlage	48
4.1 Politische Ideologien	48
4.1.1 Politische Ideologie der Linkspartei	49
4.2 Basis und Organisation der Linkspartei	52
4.2.1 Mitglieder der Linkspartei	52
4.2.2 Organisations- und Mitgliederstruktur der Linkspartei	54
4.2.2.1 Gliederung der Parteiorganisation	55
4.2.2.2 Der Parteivorstand der Linkspartei	56

4.2.2.3 Organisation und Basis. Handeln alle für alle mit?	57
4.2.2.4 Die Parteifinanzen	60
4.2.2.5 Mitgliederentwicklung und Mitglieder der Linkspartei	61
4.2.2.6 Wie arbeiten ehemalige SEDler mit Mitgliedern aus dem Westen zusammen?	63
4.3 Partei- und Wahlprogramme im Vergleich	64
4.3.1 PDS und WASG Programm im Vergleich	64
4.3.2 Gründungsprogramm der WASG im Vergleich mit den „Programmatischen Eckpunkten“ der Linkspartei	67
4.4 Gerät die Vergangenheit der ehemaligen DDR-Staatspartei in Vergessenheit?	71
5 Einbindung der Cleavage-Theorie zum Entstehen und Bestehen der Linkspartei	74
5.1 Die Konfliktlinien der PDS	76
5.1.1 Der Ost-West-Konflikt	77
5.2 Das Cleavage-Modell zur Entstehung der WASG	80
5.2.1 Kürzung der wohlfahrtstaatlichen Leistungen vs. Beibehaltung der Sozialleistungen	82
5.3 Bleibt die Linkspartei wirklich relevant im Parteiensystem der der BRD?	83
5.3.1 DIE LINKE als Koalitionspartner im Parteiensystem	83
5.3.2 Koalitionenschancen für DIE LINKE ohne Oskar Lafontaine?	86
6 Zusammenfassung und Resümee	88
Literaturverzeichnis	91

## 1 Einleitung

Von Osten her nimmt eine Partei Kurs auf Gesamtdeutschland. „Vorwärts Richtung Westen“ könnte die Parole heißen und danach schaut es im Moment auch aus. DIE LINKE, eine Partei, die nach dem „Robin Hood Prinzip“ vorgeht, verspricht den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben. Dieser linke Zauber wird von zwei Personen angeführt: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Beide haben eine umstrittene politische Vergangenheit hinter sich und strotzen in der zweitstärksten Oppositionspartei des Landes vor Selbstbewusstsein.

Durch die Entstehung der Linkspartei ist das Parteiensystem in Deutschland ins Wanken geraten. Die SPD gilt dabei als größter Verlierer. Nach der Bundestagswahl 2009 sind die Wahlergebnisse am Tiefpunkt seit Bestehen der SPD. In sechs Bundesländern erreichte die SPD nicht einmal 20 Prozent. Es geht im Bund direkt auf die Oppositionsbank und die SPD wird sich personell und inhaltlich neu aufstellen müssen. Der ehemalige Vorsitzende der SPD, Kurt Beck, wollte seine Partei inhaltlich nach links führen und gleichzeitig ein Bündnis mit der Linken ausschließen, was ihm nicht gelungen ist. Beck ist im September 2008 zurück getreten und hinterlässt eine SPD, der es an Geschlossenheit mangelt. Franz Müntefering wollte die SPD wieder in eine geschlossene Richtung bringen, was ihr während des Wahlkampfes fast gelang, doch jetzt bäumt sich die Parteilinke wieder auf. Doch wie viele Vorsitzende will die SPD noch auf den Posten setzen, bis sie weiß, welche Sozialdemokratie sie eigentlich will?

Als sich nach der deutschen Wiedervereinigung die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gebildet hat, wurde der Partei kaum eine Überlebenschance im Parteiensystem prognostiziert. Doch Totgesagte leben bekanntlich länger und so brachte schon die PDS Leben in das erstarrte Parteiensystem Deutschlands. Doch damit nicht genug. Im Jahr 2004 bildete sich der Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V. aus regierungskritischen SPD - Anhängern und Gewerkschaftlern inmitten der Montagsdemonstrationen aus Protest gegen die Agenda 2010 und Hartz IV heraus. Ziel des Vereins war den Wählern eine Alternative zur nach rechts gerückten SPD zu bieten. Die PDS ändert ihren Namen in Die Linkspartei.PDS und im Juni 2007 wird die Partei durch den Beitritt der Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) bundesweit zu DIE LINKE. Die Reformen der SPD unter Gerhard Schröder haben seine Volkspartei nach rechts gerückt und somit den Weg für eine Linkspartei frei gegeben.

DIE LINKE blickt auf ein großes geschichtliches Erbe zurück, wobei immer wieder Bezug zur SED und auf die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (DDR) genommen wird. Einigen Parteimitgliedern werden Tätigkeiten im Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR unterstellt, die für 40 Jahre totalitäres verbrecherisches Regime stehen. Diskussionen über die Mitarbeit von Linksparteimitgliedern im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR halten den Erfolg der Linkspartei zurzeit nicht auf. Das einzige Bundesland, in dem DIE LINKE seit ihrem Zusammenschluss im Landtag noch nicht vertreten ist, ist Bayern. Nach den Landtagswahlen in Bayern am 28. September 2008 erreichte die Partei nur 4,3 Prozent. Die Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg waren für die Linkspartei vielversprechender.

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Dieses Zitat des französischen Schriftstellers Victor Hugo ist jetzt der Satz von Oskar Lafontaine, welches auf Plakaten mit ihm erschien und in seinen Reden immer wieder zu hören ist.

## 1.1 Zielsetzung

In der vorliegenden Arbeit soll geklärt werden, wie DIE LINKE im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland (BRD) agiert, welche Veränderungen sie mit sich bringt, warum diese Partei Erfolge hat und auf welcher parteiprogrammatischen Grundlage sie arbeitet.

Zur Gründung der Linkspartei wird der Ansatz von Anthony Downs herangezogen. Downs „Ökonomische Theorie der Demokratie“ überträgt das Modell der Volkswirtschaft auf die Politik, insbesondere auf die der Parteien. Diese über 40 Jahre alte Theorie unterstellt allen politischen Entscheidungsträgern, dass diese aus Macht, Prestige und Einkommen handeln.

Gleichzeitig unterstellt Downs dem Wähler, dass er rational handelt und damit die Partei wählt von der er sich den höchst möglichen Nutzen verspricht. Dafür braucht der Wähler Informationen über das zukünftige Handeln der Partei. Diese bekommt er von den Parteien und Medien und bei ihrer Wahlentscheidung folgen die den politischen Spezialisten oder gehen nicht zur Wahlurne.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl.: Roth, D. (1998): *Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*, S. 49f

Ebenso wird auch der Frage nachgegangen, wer die Mitglieder dieser Partei eigentlich sind. Auf die Geschichte der Partei wird ein weiterer Schwerpunkt gelegt und wie weit ihre Geschichte heute in der Linkspartei thematisiert wird. Ein Augenmerk wird dabei auf die Organisation und Zusammenarbeit der Parteifunktionäre aus den neuen und alten Bundesländern gelegt.

Das abschließende Ziel ist es, eine Prognose unter Einbindung der Cleavage-Theorie von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan abzugeben, in wie weit die Partei im Parteiensystem der BRD bestehen kann.

Um den mit dieser Materie nicht vertrauten Leser den Zugang zu diesem Thema zu erläutern, wird im Rahmen der Einleitung der Begriff der Linkspartei erläutert.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Nach der Einleitung wird in den nachfolgenden Kapiteln sowohl historisch als auch theoretisch das Entstehen und Agieren der Partei DIE LINKE im Parteiensystem der BRD erläutert. Kapitel 1 beschäftigt sich mit der Zielsetzung, dem Aufbau dieser Arbeit und zum weiteren Verständnis mit einer Begriffsklärung.

Im Kapitel 2 gibt es einen Abriss über die Geschichte der DDR und die Rolle der SED in der ehemaligen DDR. Chronologisch geht es in diesem Kapitel ebenfalls um die Transformationsperiode in der ehemaligen DDR und das Projekt der Deutschen Einheit. Die PDS wird als Sonderfall einer Partei beschrieben und auch ihre Erfolge in den neuen Bundesländern.

Die WASG und der Zusammenschluss mit der PDS werden im dritten Kapitel beleuchtet. Ein weiterer Teil ist der Exkurs der SPD unter Gerhard Schröder. Dabei wird die Ökonomische Theorie der Demokratie von Anthony Downs mit eingebunden, um zu beschreiben, warum es zur Parteibildung der Linken gekommen ist und wie die Wahlerfolge seit 2005 zu erklären sind.

Im vierten Kapitel werden empirische Befunde untersucht. Die parteiprogrammatische Grundlage wird als Kennwert der sozialen Gerechtigkeit und als Wert, der alles trägt

bearbeitet. Es geht um die Herkunft der politischen Ideologie, Werte und Strukturen. Der Vergleich der Parteienprogramme SED, PDS und WASG mit dem der Linken wird einen Teil des Kapitels beinhalten. Im Zentrum der Betrachtung stehen dabei die Theorien von Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer aus der Modernisierung politischer Systeme.

Die Policy Forschung beginnt in Kapitel 5. Hier werden die ersten erfolgreichen Landtagswahlen der Linken analysiert und diese Ergebnisse erklärt. In wie weit die Linkspartei bestehen wird, lässt sich unter Einbeziehung der Cleavage-Theorie erklären.

Schlussendlich werden im Resümee in einigen abschließenden Gedanken die Inhalte der Arbeit noch einmal einer übergeordneten Betrachtungsweise unterzogen.

### 1.3 Begriffsklärung

Für DIE LINKE gibt es im deutschsprachigen Raum eine Reihe von begrifflichen Fassungen. Die Linkspartei ist der Begriff, der sich in Redaktionen, Fernsehstudios und Diskussionsrunden zunächst auf die WASG beschränkte. Später nannte sich die PDS in Die Linkspartei.PDS um, und auch hier wurde in der Öffentlichkeit wieder der Begriff der Linkspartei verwendet. Durch das Wahlbündnis der PDS mit der WASG wurde der Name Linkspartei auf DIE LINKE übertragen.<sup>2</sup> In dieser Arbeit wird der Begriff Linkspartei nur als Synonym für die Partei DIE LINKE verwendet.

## 2 Von der SED bis zur PDS – die totgesagte Partei im Rampenlicht

---

<sup>2</sup> Vgl.: Spier, T., Butzlaff, F. et al (2007): *Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, S. 8

Seit der Gründung der Linkspartei am 16. Juni 2007 wird fast täglich in den Medien über DIE LINKE berichtet. Eine Partei, die es geschafft hat, sich über 61 Jahre zu halten. Über 40 Jahre davon in dem deutschen Staat, der vom 7. Oktober 1949 bis zum 3. Oktober 1990 neben der BRD existierte. In der DDR als SED, nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern als PDS. Als Nachfolgepartei der SED wurde nicht erwartet, dass die Partei Chancen hatte, im Parteiensystem der BRD zu überleben.

In Linkspartei.PDS umbenannt und mit der WASG aus den alten Bundesländern zur DIE LINKE fusioniert, feiert die Partei Wahlerfolge. Ihren derzeitigen Höhepunkt hat die Linkspartei nach der Bundestagswahl 2009 mit 11,9 Prozent erreicht.

Die Entwicklungsgeschichte der Partei zeigt, wie der parteipolitische Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone anderen Bedingungen unterworfen war als vergleichbare Aktivitäten in den westlichen Besatzungszonen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands begann der Zerfall der SED, aus dem dann die PDS entstand. Durch den Rechtstrend vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde ein weiterer Zersetzungsprozess eingeleitet: der der SPD. Aus diesen beiden Prozessen entstand 2007 DIE LINKE.<sup>3</sup>

## 2.1 Konstituierung des Parteiensystems in der Sowjetischen Besatzungszone

Eine Parteienlandschaft in Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vorhanden. Die vier Besatzungsmächte stellten sich die Aufgabe, in Deutschland eine Grundlage für das gesellschaftliche Leben zu schaffen. Über das politische Schicksal der Deutschen im Gebiet östlich der Elbe verkündete die sowjetische Administration am 10. Juni 1945 Befehl Nr. 2: *„Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum*

---

<sup>3</sup> Vgl.: Fülberth, G. (2008): >>Doch wenn sich die Dinge ändern<< Die Linke, S.166

*Ziel setzen.*<sup>4</sup>. Die Handlungsanweisungen von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) die an die Deutschen gingen, trugen die Bezeichnung Befehl.<sup>5</sup>

Die Legalisierung des politischen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone war für die westlichen Alliierten überraschend. Doch es war Teil der gesamtdeutschen Strategie der Sowjetunion, dadurch einen prägenden Einfluss auf die deutschen Parteiensysteme zu nehmen. Des Weiteren wurde ein breites Spektrum der politischen Kräfte beim Wiederaufbau der Besatzungszone angestrebt, da die SMAD den Rahmen der Politik vorgab.<sup>6</sup>

Einen Tag nach Befehl Nr. 2 trat die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit einem Gründungsauf Ruf an die Öffentlichkeit. Der kommunistische Aufruf und auch die Strategie, dass die KPD wieder aufgebaut werden soll, wurden in Moskau vorher festgelegt.<sup>7</sup>

Die KPD war eine von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) abhängige Organisation, deren Ziel es war, eine „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischem Vorbild zu errichten. Diese Partei präsentierte sich als antifaschistische Aufbaupartei, die durch eine großzügige Aufnahmepraxis dem Anspruch einer Arbeiterpartei mit Massencharakter gerecht werden wollte.<sup>8</sup> Bis September 1945 dauerte der Reorganisierungs- und Konsolidierungsprozess, da sie ein beträchtliches Sammelbecken an Führungskadern durch die Remigranten der Sowjetunion mit einem Apparat aus hauptamtlichen Funktionären aufbauen konnte.<sup>9</sup>

Fünf Tage nach Befehl Nr. 2 trat die SPD am 15. Juni 1945 mit einem Gründungsprogramm an die Öffentlichkeit. Unter Zeitdruck wurde eine programmatische Standortbestimmung erarbeitet und die SPD stellte sich als eindeutige linke politische Kraft vor<sup>10</sup>, die sich inhaltlich am SMAD - Aufruf orientierte. Im November war die Phase des Wiederaufbaus der SPD abgeschlossen, da Landes- und Parteitage organisiert werden konnten.<sup>11</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe: Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration (10.06.1945), in: documentArchiv.de [Hrsg.], Stand: 22.09.08

<sup>5</sup> Vgl.: Suckut, S. (2000): *Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952*, S.5

<sup>6</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S.5

<sup>7</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S.6

<sup>8</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S.9

<sup>9</sup> Vgl.: Bouvier, B. (1996): *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. 1945-1953*, S.36

<sup>10</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S.9

<sup>11</sup> Vgl.: Malycha, A. (1996): *Auf dem Weg zur SED: Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ*, S. XXX

Die erste nichtmarxistische Partei in der SBZ war die CDU, die am 26. Juni 1945 in Berlin gegründet wurde. Die Partei unterschied sich besonders durch die christliche Werteordnung im politischen Alltag von den anderen.<sup>12</sup>

Als letzte Partei in der SBZ traten die Liberalen am 5. Juli 1945 mit dem Parteiaufruf an die Öffentlichkeit. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) sprach sich für den Erhalt von Privateigentum und eine weltanschauliche Toleranz aus.<sup>13</sup>

Die Strukturen des Parteiensystems in der SBZ weisen Parallelen zum Parteiensystem der Weimarer Republik auf, allerdings mit den Unterschieden, dass es erstens die Bereitschaft der SPD und KPD zur engen Kooperation gab, zweitens nur noch eine liberale Partei existierte, drittens die CDU eine breite Schicht der Bevölkerung ansprechen wollte und viertens gab es keine rechtsextreme Partei. Die Entwicklung der Parteien war noch nicht abzusehen, da das Ausmaß der Einflussmöglichkeiten der Besatzungsmacht noch nicht fest stand, genau wie die Entwicklung der Parteien in den anderen Besatzungszonen.<sup>14</sup>

## 2.2 Entstehungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Formal standen sich diese vier gegründeten Parteien gleichberechtigt gegenüber. Die Sowjetunion plante jedoch im Geheimen langfristig die Bildung einer Einheitspartei. Dafür wurde der Parteienblock, der „Gemeinsame Ausschuss der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ im Juli 1945 gegründet, bei dem die KPD dominierte. Für die Parteienvielfalt war der so genannte „Zentrale Einheitsfrontausschuss“ der Anfang vom Ende. Über diese andauernde Koalition aller Parteien und organisierten politischen Kräfte, deren Beschlüsse nur einstimmig gefasst werden konnten, sollte der Einfluss der zukünftigen SED jeden politisch-gesellschaftlich Organisierten erfassen.<sup>15</sup> Die einzige Gemeinsamkeit der Parteien war der Antifaschismus. Das Mehrparteiensystem hat zwar den Eindruck des politischen Pluralismus hinterlassen, doch faktisch war die Besatzungsmacht alleiniger Herrscher.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl.: Henkel, R. (1994): *Im Dienste der Staatspartei: über Parteien und Organisationen in der DDR*, S.117ff

<sup>13</sup> Vgl.: Henkel, R. (1994): *Im Dienste der Staatspartei: über Parteien und Organisationen in der DDR*, S.145ff

<sup>14</sup> Vgl.: Suckut, S. (2000): *Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952*, S.21

<sup>15</sup> Vgl.: Podewin, N. (1997): *Blockpolitik*, S.332

<sup>16</sup> Vgl.: Suckut, S. (2000): *Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952*, S.21ff

Die SPD hatte nach ihrer Gründung mehr Anhänger als die KPD. Das Interesse an einer Einheitspartei schwand bei der SPD und Otto Grotewohl, späterer Ministerpräsident der DDR, zweifelte im September 1945 vor sozialdemokratischen Funktionären am Demokratieverständnis der KPD.<sup>17</sup> Aus sowjetischer Sichtweise gab es für die Lösung des Problems nur die Vereinnahmung der Sozialdemokraten. Ab November 1945 schalteten sich die örtlichen sowjetischen Kommandanturen ein, inszenierten Pressekampagnen für die Bildung einer Einheitspartei und begannen mit den geforderten Verhandlungen in Form einer Beratung des Zentralausschusses der SPD. Im Laufe des Jahres und im kommenden Jahr wurde die SPD, in der sich zwei Lager gebildet hatten, einem Gleichschaltungsdruck ausgesetzt. Die SPD sprach sich am 13. April auf Grund des stetig wachsenden Drucks für eine Zusammenarbeit aus. Am 21. und 22. April 1946 fand der Vereinigungsparteitag der Parteien KPD und SPD in Berlin statt. Es entstand die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.<sup>18</sup> „*Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.*“<sup>19</sup> Ungewiss war, in welche Richtung sich die Partei entwickeln würde, bekräftigt wurde die Fortsetzung der Blockpolitik.

### 2.2.1 Entwicklung der SED

Die Landtagswahlen im Oktober 1946 brachten der SED in keinem Land die absolute Mehrheit, obwohl Wahlbehinderungen bei anderen Parteien durchgeführt worden waren. Der zweite Parteitag der SED im September 1947 setzte deutliche Zeichen, in welche Richtung sich die Partei entwickeln würde. Die Minderheit habe sich der Mehrheit unterzuordnen, wenn es eine sozialistische Partei sein soll. Die Schaffung der Partei neuen Typus bildete im kommunistischen Verständnis die Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus mit der zentralen Steuerung von Staat und Wirtschaft. Die SED fixierte sich auf das Durchsetzen der Politik von oben nach unten und der Verdrängung und Ausschaltung Oppositioneller. Das Paritätsprinzip, welches bei der Vereinigung von SPD und KPD beschlossen wurde, wurde aufgehoben und ein Politisches Büro (Politbüro) wurde gebildet,

---

<sup>17</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S.10

<sup>18</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S. 11-18

<sup>19</sup> Siehe: *Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei (KPD) am 21. und 22. 1946 in der Staatsoper >>Admiralpalast<< in Berlin*, S.179

welches Parteiführung und Praxis zu entscheiden hatte.<sup>20</sup> Die SED Beschlüsse waren Voraussetzungen für die politischen Strukturen eines künftigen ostdeutschen Teilstaates.

## 2.2.2 Die SED gründet ihren Staat

Das Grundgesetz, welches am 23. Mai 1949 in der BRD verabschiedet wurde und die Pläne für eine deutsche Bundestagswahl ließen auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Schritte für die Gründung eines zweiten Teilstaates zu. In Gesamtdeutschland hatte die SED nur 5,7 Prozent der Stimmen erhalten, da die sowjetische Besatzungspolitik keinen Anklang fand.<sup>21</sup> Die Hoffnungen der SED, Einfluss in Gesamtdeutschland zu haben, schwanden damit nach der Bundestagswahl im August 1949.<sup>22</sup>

Ein zweiter deutscher Staat, die DDR, wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. Eine Kooperation mit den Blockparteien war nötig, um den neuen Staat legitim zu gründen. Die SED Parteichefs hatten sich vorher in Moskau beraten und trafen auf CDU und LDPD Ende September 1949. Der Block stimmte einer Gründung am 5. Oktober 1949 zu, da die SED in Personalfragen den Führungen von CDU und LDPD entgegen kam. Zustimmung erhielt die SED auch bei der Verschiebung der Landtagswahlen mit der Begründung, dass Neuwahlen gemeinsam mit den Wahlen zur Volkskammer, den Kreistagen und der Gemeindevertretung im darauf folgenden Jahr statt finden können. Auf eine Einheitsliste ließen sich beide Parteien allerdings nicht drängen.<sup>23</sup> Der Deutsche Volksrat konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer und nahm eine Verfassung an. Wilhelm Pieck wurde zum Präsidenten gewählt, Otto Grotewohl zum Ministerpräsident ernannt und die wichtigsten Posten in der Regierung nahmen SED-Führer ein.<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl.: Malycha, A. (1997): *Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall*, S. 21-31

<sup>21</sup> Vgl.: Staritz, D. (1995): *Die Gründung der DDR: Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, S. 185

<sup>22</sup> Vgl.: Suckut, S. (2000): *Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952*, S.74

<sup>23</sup> Vgl.: Suckut, S. (2000): *Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952*, S.76ff

<sup>24</sup> Vgl.: Staritz, D. (1995): *Die Gründung der DDR: Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, S. 193f

### 2.2.3 Die Rolle der SED in der DDR

Die Vorherrschaft der SED wurde frühzeitig festgelegt. „*Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals auf, weder durch Wahlen, noch andere Methoden*“<sup>25</sup>, dies hatte Gerhart Eisler am 4. Oktober 1949 auf der SED Vorstandssitzung klargestellt. Der Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit war ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der SED-Parteidiktatur. Das verzweigte Netz von hauptamtlichen und informellen Mitarbeitern überwachte das öffentliche Leben mit dem Ziel, durch Kontrolle und Terror Unsicherheiten und Ängste zu schüren. Jede Opposition sollte verhindert werden. Die Wahlen im Oktober 1950, brachten 99,72 Prozent Zustimmung für die Einheitsliste, was bei sowjetischen Abstimmungen üblich ist. Zudem wurden die Wahlen verfassungswidrig meist offen durchgeführt.<sup>26</sup> In den Jahren 1950-1952 fand eine Säuberung der SED statt. Altkommunisten mit Westvergangenheit und Angehörige linker Splittergruppen wurden aus der Partei ausgeschlossen. Gleichzeitig wurde die Sowjetideologie propagiert und zahlreiche Merkmale des sowjetischen Wirtschaftsmodells übernommen.<sup>27</sup>

Um die politischen Ziele der SED durchzusetzen, wurde der Aufbau von einheitlichen Massenorganisationen angestrebt. Schlüsselpositionen in den Organisationen wurden mit SED-Mitgliedern besetzt. Die Organisationen bekannten sich zum sozialistischen Staats- und Gesellschaftstyp. Wichtige Organisationen waren: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ) und Deutscher Turn- und Sportbund.<sup>28</sup>

Im Frühjahr 1953 zeigten sich in der Bevölkerung die Folgen des kopierten stalinistischen Modells der Sowjetunion. Die SED sah sich in ihrer Macht gefährdet und wollte mit einem neuen Kurs die Missstimmung in der Bevölkerung auffangen, doch dafür war es zu spät. Am 17. Juni 1953 kam es zu einem Volksaufstand, der bis zum 24. Juni dauerte. Das MfS ließ mindestens 20, vermutlich aber 40 aktiv beteiligte Arbeiter erschießen. Bis zu 10.000 Menschen wurden festgenommen. Der Aufstand wurde von Sowjettruppen niedergeschlagen. Die Regierung löste sich nicht auf, da dies als Schwäche ausgelegt werden konnte. Die SED stürzte auch durch den Tod Stalins in eine Krise.<sup>29</sup>

---

<sup>25</sup> Siehe: Auszug aus der stenographischen Niederschrift über die 23. (37.) erweiterte Parteivorstandssitzung der SED im Zentralhaus der Einheit, Sonntag 9. Oktober 1949, zit. n. Suckut, S., S. 161

<sup>26</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.130ff

<sup>27</sup> Vgl.: DDR Handbuch (1979), S. 932f

<sup>28</sup> Vgl.: Henkel, R. (1994): *Im Dienste der Staatspartei: über Parteien und Organisationen in der DDR*, S. 88

<sup>29</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.165-168

Der Weg aus der Krise war ein neuer Kurs, der eine schnelle Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung versprach. Preissenkungen und ein langsames Transformationstempo beim Aufbau des Sozialismus hielten die Menschen aber nicht von der Flucht in die BRD ab. Der Anteil Volkseigener Betriebe (VEB) stieg an, der erste Fünfjahresplan wurde 1955 nicht erfüllt und es mangelte an Wohnraum und Versorgung mit alltäglichen Gütern.<sup>30</sup> In den Jahren 1958/1959 gab es eine gewisse Stabilisierung des Systems und die Mehrheit der Bevölkerung begann, sich mit dem System zu arrangieren. Die SED nahm sich einer Kultur-, Sport- und Kunstpolitik an, immer mit dem Ziel der sozialistischen Ausbildung.<sup>31</sup>

Eine intellektuelle Opposition, die versuchte einen „Dritten Weg“ als Gesamtkonzept der Opposition zu schaffen, konnte keinen Einfluss gewinnen und wurde 1958 mit hohen Haftstrafen ausgeschaltet.<sup>32</sup> Insgesamt steuerte die SED-Politik in wirtschaftliche Schwierigkeiten und Versorgungsengpässe. Die Verantwortlichen für die Wirtschaftskrise gaben den Grenzgängern, also jenen Personen, die im Osten Berlins wohnten, aber im Westteil der Stadt arbeitete, die Schuld für die Krise. Mehr als drei Millionen Menschen verließen die DDR von 1953-1961, 80 Prozent der Flüchtlinge kehrten über Westberlin bis 1961 der DDR den Rücken. Dies wurde als die „Abstimmung mit den Füßen“ bezeichnet. Die Parteiführung bemühte sich monatelang um eine Lösung und kam zu dem Entschluss, dass nur die Abriegelung die Auswanderung in die BRD stoppen könnte. Am 13. August 1961 wurde die Mauer in einer groß angelegten militärischen Aktion zwischen der DDR und Westberlin gezogen. Die 45 km lange Mauer durch Berlin wurde von Erich Honecker als eine lebensnotwendige Errichtung angesehen - als antifaschistischer Schutzwall.<sup>33</sup> Am 22. August 1962 gab es den Beschluss des Politbüros, Flüchtlinge unter Anwendung der Waffe von ihrem Vorhaben abzubringen. Bis 1989 wurden 235 Menschen nach diesem Beschluss erschossen.<sup>34</sup>

Nach dem Bau der Mauer konnte sich die DDR konsolidieren, jetzt hatte Walter Ulbricht volle Gewalt über die Bürger seines Staates.<sup>35</sup> Der Bevölkerung verkündete Ulbricht Liberalisierung, doch im Inneren wurde die Todesstrafe in den 1950er Jahren am häufigsten angewendet, da die Justiz weiterhin ein ergebnisbringendes Instrument der SED-Diktatur war. Die Mehrheit der Bevölkerung versuchte in der so genannten demokratischen Republik das Beste

---

<sup>30</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.179ff

<sup>31</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.200-213

<sup>32</sup> Vgl.: DDR Handbuch (1979), S. 463

<sup>33</sup> Vgl.: Stephan, G-R., (1997): *Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989*, S. 56f

<sup>34</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.222

<sup>35</sup> Vgl.: Bender, P. (1995): *Die >>Neue Ostpolitik<< und ihre Folgen*, S.80

aus ihrer Situation zu machen. Die Menschen sollten ihre Vorbehalte mit Hilfe von Massenorganisationen abbauen.<sup>36</sup> Der Ausbau von Staat und Gesellschaft der DDR wurde durch die SED weitergeführt. Die Gleichberechtigung der Frau wurde gesetzlich verankert und das Bildungssystem reformiert. Außenpolitisch wuchs der Einfluss der DDR durch Handlungsbeziehungen mit dem Ostblock.<sup>37</sup>

Das erste Parteiprogramm der SED wurde auf dem VI. Parteitag 1963 verabschiedet. In dem wurde der Sozialismus als Zukunft des gesamten deutschen Volks angesehen und die DDR als sozialistischer Staat.<sup>38</sup> Als Nachfolger Walter Ulbrichts wurde 1976 Erich Honecker als Generalsekretär gewählt. Der Grundgedanke während Honeckers Amtszeit war die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch Sozialmaßnahmen wie das Wohnungsbauprogramm, Rentenerhöhungen und die bessere Versorgung mit Konsumgütern wurden die Belange unterer Einkommensschichten berücksichtigt.<sup>39</sup> Eine dauerhafte Zustimmung zum Sozialismus wurde dadurch von der Bevölkerung erwartet.

Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik konnten nur gewährleistet werden, wenn die Produktion auf hohem Niveau lief. Doch in der Produktion konnten die Vorgehen nicht wie geplant realisiert werden und die SED-Führung beschäftigte sich häufiger mit der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation. Die Partei versuchte auf dem damaligen Weltniveau mitzuhalten, hatte dafür aber nicht die Voraussetzungen, sondern musste hohe Kredite aufnehmen.<sup>40</sup> Wirtschaftliche Erfolge wurden in Bilanzen aufgezeigt, entsprachen aber nicht der Realität. Die Sowjetunion war ein unzuverlässiger Handelspartner der DDR. 1982 ging die SED sogar soweit, dass Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt veräußert werden mussten, um Kredite zurück zu zahlen. Die SED nahm Kredite aus der BRD auf und verhandelte über bessere Beziehungen. Erich Honecker wich im November 1983 vom Kurs der sowjetischen Außenpolitik ab und forderte eine Koalition der Vernunft mit den Westmächten zum Missfallen der Sowjetunion. Diese wollte deutsch-deutsche Gipfeltreffen vermeiden, um sicher zu gehen, dass keine Abrüstungsgespräche geführt werden.<sup>41</sup> Dies alles geschah während des Wettrüstens im Kalten Krieg.

---

<sup>36</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.230

<sup>37</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S.240-248

<sup>38</sup> Vgl.: Henkel, R. (1994): *Im Dienste der Staatspartei: über Parteien und Organisationen in der DDR*, S. 74

<sup>39</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 275

<sup>40</sup> Vgl.: Stephan, G-R., (1997): *Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989*, S. 78f

<sup>41</sup> Vgl.: Stephan, G-R., (1997): *Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989*, S. 81-85

Der Lebensstandard in der DDR war Anfang der 1980er höher als der in der Sowjetunion, doch mit dem verglich sich die Bevölkerung nicht. Ihr Blick richtete sich immer in die BRD, deren Lebensstandard viel weiter fortgeschritten war.<sup>42</sup> Die Sozialstruktur hatte sich gewandelt, eine neue Oberschicht, die soziale Privilegien genoss, hatte sich aus Eliten in Partei, Staat, Wirtschaft und Kultur gebildet. Dieser Sozialismus war eine Klassengesellschaft, was die SED-Spitze versuchte zu leugnen, aber unübersehbar war.<sup>43</sup> Die Loyalität gegenüber dem Staat schwand weiter und vermehrte die oppositionelle Haltung der Bürger in den achtziger Jahren. Das MfS ging gegen sich formierende Oppositionelle mit Haftstrafen und bis zu Tötungen vor. Dem „Schild und Schwert der Partei“ gelang die vollständige Unterdrückung wie in den 1940er und 1950er Jahren nicht mehr. Personen und Gruppen, die das System der DDR ablehnten, waren weiter verbreitet als zuvor.<sup>44</sup>

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre waren politische und wirtschaftliche Probleme in der DDR nicht mehr schön zu reden. Die KPdSu hatte 1985 mit Michail Gorbatschow einen neuen Chef gewonnen, der dem Stalinkult ein Ende gesetzt hatte und mit Glasnost und Perestroika Erich Honecker nicht für sich gewinnen konnte.<sup>45</sup> Außenpolitisch verbesserte Honecker die Beziehungen zu Westdeutschland. Im Jahr 1987 besuchte Erich Honecker sogar die BRD, obwohl für die SED eine Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus unmöglich war. Der Besuch Honeckers in Bonn war an Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerungen geknüpft wie zum Beispiel bessere Reise- und Handelsmöglichkeiten. Diese Erwartungen wurden allerdings enttäuscht. Dass sich eine starke Opposition in der DDR entwickelte, zeigte sich in diesen Jahren immer häufiger. Antidemonstrationen, Zusammentreffen von Oppositionellen, die Herausbildung einer unabhängigen Friedensbewegung, Proteste nach der Wahlfälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 und ein ökumenisches Treffen von 19 christlichen Kirchen beobachtete das MfS.<sup>46</sup> Die oppositionelle Bewegung spielte aber keine Rolle. Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden nicht angenommen, obwohl die Wirtschaft sich in einer miserablen Lage befand. Insgesamt verdeutlichte diese Tagung die Reformfeindlichkeit des Regimes.<sup>47</sup> Die Schere zwischen Volk und Führung ging weiter auseinander, mangelhafte Versorgung, strikte

---

<sup>42</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 309

<sup>43</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 319

<sup>44</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 319

<sup>45</sup> Vgl.: Stephan, G-R., (1997): *Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989*, S. 86

<sup>46</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 343-347

<sup>47</sup> Vgl.: Stephan, G-R., (1997): *Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989*, S. 95

Abschottung der DDR gegenüber fortschreitenden Reformen in der Sowjetunion, Ungarn und Polen führten dann zur Massenflucht in die BRD über Ungarn.

In der DDR gab es zu diesem Zeitpunkt auch Oppositionelle, die nicht ausreisen wollten, sondern die DDR von innen verändern wollten, während die Parteiführung unfähig war, auf diese Probleme zu reagieren. Das Neue Forum gründete sich im September 1989 und wurde schnell zur stärksten Oppositionsbewegung im Land. Die Forderungen nach Demokratie in der DDR wurden lauter und in Demonstrationen gehüllt. Die SED griff mit Massenfestnahmen ein, doch dies bestärkte die Bevölkerung vom 11. September 1989 an, immer montags zu demonstrieren. Die SED reagierte mit einem Rücktritt Erich Honeckers im Oktober und ging davon aus, dass die Bevölkerung sich damit zufrieden geben würde. Nachfolger wurde Egon Krenz, der aber am Machtanspruch der SED festhielt.<sup>48</sup> Erst am 8. November 1989 kam es zu personellen Veränderungen innerhalb der SED-Führung, freie Wahlen wurden versprochen und der Führungsanspruch der Partei sollte verringert werden. Der Druck der demonstrierenden Massen und ebenso der Druck innerhalb der Partei war zu groß, um diese Forderungen glaubhaft zu machen. Die Grenzöffnung nach West-Berlin und in die BRD am 9. November 1989 entzog der DDR die Grundvoraussetzung ihrer Existenz. Die DDR Bürger konnten in die BRD reisen und unmittelbar die unterschiedlichen Lebensverhältnisse anschauen und vergleichen. Aus der Vorstellung, die DDR zu reformieren, wurde der Wunsch nach einer Vereinigung.<sup>49</sup>

#### 2.2.4 Die SED während des Systemwandels 1989/90

Der Fall der Mauer besiegelte das Ende der DDR, die Abwicklung des SED-Staates folgte. Am 13. November trat das Zentralkomitee auf Druck der Parteibasis erneut zusammen. Das Vertrauen, Erneuerungen einzuführen war nicht gegeben, leitende Funktionäre wurden in der Partei und in Massenorganisationen zum Rücktritt gezwungen. Der Führungsanspruch der SED wurde am 1. Dezember 1989 aus der DDR-Verfassung durch die Volkskammer gestrichen.<sup>50</sup> Eine Austrittswelle aus der SED war nicht zu stoppen und auf dem Weg in die Machtlosigkeit trat Egon Krenz zurück. Am 8./9. Dezember sowie am 16./17. Dezember 1989 traf sich die SED, um über ihr Schicksal zu entscheiden. Die 2753 Delegierten hatten die Möglichkeit, das erste Mal frei zu sprechen und Ministerpräsident Hans Modrow war

---

<sup>48</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 355

<sup>49</sup> Vgl.: Weber, H. (1999): *Geschichte der DDR*, S. 356

<sup>50</sup> Vgl.: Hertle, H.-H. (1996): *Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, S. 245

richtungweisend aktiv und setzte sich für die Wahl einer neuen Parteiführung ein, „(...) *um die Handlungsfähigkeit der SED wieder herzustellen.*“<sup>51</sup>

Unter den SED-Delegierten war auch der Ost-Berliner Rechtsanwalt Gregor Gysi. Gysi, der zuvor schon in der Öffentlichkeit bei einer Fernsehdiskussion über den Reisegesetzentwurf und am 4. November bei der Massendemonstration aufgefallen war, überzeugte vor allem durch seinen unkonventionellen Stil.<sup>52</sup> Gregor Gysi vertrat die Thesen, dass die Auflösung der Partei die Krise der DDR verschärfen würde und dass die SED sich für die Stabilität der DDR verantwortlich fühlen müsse. Der entscheidende Hinweis zur Erhaltung der SED kam mit der Frage des Eigentums auf. Gysi argumentierte, dass eine Partei im Rahmen einer Rechtsnachfolge von der Erbmasse der ehemaligen Staatspartei profitieren kann. Eine Partieneugründung könne nie so viel Vermögen hervorbringen. Auch sprach Gysi die Situation der Parteimitglieder an, die in der Öffentlichkeit und in Medien angegriffen wurden. Verantwortlich dafür waren nach Gysi die westdeutschen Printmedien.<sup>53</sup>

Die Wahl zum Parteivorsitzenden gewann er mit 95,3 Prozent der Stimmen. Stellvertreter wurden Modrow und der Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer.<sup>54</sup> Der Parteivorsitzende Gysi stand als Rechtsanwalt für Rechtsstaatlichkeit, Vertrauen und ein modernes Parteiverständnis. Mit seiner Persönlichkeit kamen Witz, Selbstironie und Unkonventionalität in die SED.<sup>55</sup> Die Auflösung der Partei wurde abgelehnt und das Kürzel PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) ergänzte den Namen. SED-PDS im Doppelnamen sollte Kontinuität und Wandel signalisieren.<sup>56</sup>

Der Sonderparteitag konnte aber nicht alle offene Fragen klären und die Stimmung in der DDR radikalisierte sich gegen das ehemalige MfS und die SED-PDS. Parteimitglieder gerieten unter persönlichen Druck aus ihrem direkten Umfeld und in kaum einem Betrieb konnte sich die Grundorganisation halten. Mehr als eine Million Mitglieder und Zwangsmitglieder verließen die Partei vom Sonderparteitag bis zum Wahlparteitag Ende Februar 1990, unter ihnen auch der stellvertretende Vorsitzende Berghofer. Parteimitglieder aus dem Vorstand folgten ihm und gaben die Erklärung, dass ein Neuanfang mit der

---

<sup>51</sup> Siehe: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.137

<sup>52</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.138

<sup>53</sup> Vgl.: Welzer, C. (1992): *Von der SED zur PDS: eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Wege zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem?*, S.93

<sup>54</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.141

<sup>55</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.140

<sup>56</sup> Vgl.: Neugebauer, G. (1997): *Von der SED zur PDS*, S.109

ideologischen SED Erblast unmöglich ist.<sup>57</sup> Die SED-PDS hat es nie geschafft, Initiative zu ergreifen, sondern handelte immer unter Druck.<sup>58</sup> Die aufgrund des Mitgliederschwunds stattgefundene Krisensitzung verabschiedete ein Sofortprogramm, in dem die Parteimitglieder ausgeschlossen wurden, die sich durch ihre Vergangenheit belastet hatten oder die Umgestaltung bremsen wollten. Auch die Arbeit am Parteiprogramm sollte schnell fortgesetzt werden. Schon Ende Januar wurde der Termin für die vorgezogenen Volkskammerwahlen am 18. März 1990 festgelegt. Gorbatschow erklärte am 30. Januar Hans Modrow, dass die Repräsentanten der vier Mächte mit einer Wiedervereinigung Deutschlands rechnen. Damit nahm die Sowjetunion erstmalig Abschied von ihrem wichtigsten Bündnispartner. Modrow stellte wenige Tage später sein Konzept für ein einheitliches Deutschland vor. Wieder stand die SED-PDS vor einer Welle von Parteiaustritten, diesmal von denjenigen, die sich von Modrow verraten fühlten. Die SED-PDS war angetreten, um die DDR zu erhalten und zu erneuern. Um in Gesamtdeutschland erfolgreich zu werden, brachte die SED-PDS Vorschläge aus der früheren Programmatik ein und verstand sich als Anwalt der Schwachen. Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, billige Mieten und Kinderversorgung in den Krippen waren einige der Vorhaben. Am 4. Februar wurde das Kürzel SED aus dem Namen gestrichen, um sich vom Machtmonopol der SED zu lösen. Ein Wahlparteitag folgte am 24./25. Februar 1990.<sup>59</sup> Hauptanliegen des Parteitags bestand in der Vermittlung, dass die PDS nichts mehr mit der SED gemeinsam habe, sondern als neue Partei wahrgenommen werden wollte. Das Wahlziel war, eine starke Opposition zu werden und die DDR-Erregenschaften und DDR-Identität zu verteidigen. Als eine „Pro-DDR-Partei“ sollte sich die PDS im Wahlkampf präsentieren. Das Konzept zielte auf die Verunsicherung vieler DDR-Bürger ab, die Angst vor der Ungewissheit und abrupten Veränderungen hatten. Die Wiedervereinigung sollte schrittweise ablaufen und die gesellschaftlichen Werte, wie die Solidarität in der DDR, sollten bewahrt werden. Mit diesem Wahlkonzept hat die PDS auf Stimmen der Anschlussgegner und Anschlusskritiker spekuliert.<sup>60</sup>

Spitzenkandidat wurde Modrow, der für viele die Identifikationsfigur der PDS war.<sup>61</sup> Der Wahlkampf war für die PDS ein Ein-Mann-Wahlkampf, bei dem Gregor Gysi als Wahlkampflokomotive funktionierte. Politik wurde mit Gysi zur Unterhaltung, doch die

---

<sup>57</sup> Vgl.: Welzer, C. (1992): *Von der SED zur PDS: eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Wege zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem?*, S. 97

<sup>58</sup> Vgl.: Falkner T. / Huber D. (1994): *Aufschwung PDS: Rote Socken – zurück zur Macht?*, S. 121

<sup>59</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S. 171ff

<sup>60</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 42f

<sup>61</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?* S. 183

Glaubwürdigkeit, dass aus der SED so schnell eine neue Partei geworden sein soll, war bei den Wählern nicht vorhanden. Die PDS bekam 16,3 Prozent der Stimmen und wurde im März 1990 drittstärkste Partei. Angesichts der Last der Vergangenheit und den Wahlkampfbedingungen hatte die Partei ein überraschend gutes Ergebnis erreicht.

## 2.3 Die PDS

Die Wahlergebnisse der Volkskammerwahlen machten deutlich, dass eine Wiedervereinigung in den nächsten Monaten folgen würde. In der Folgezeit stellten die PDS-Mitglieder fest, wie machtlos sie als drittstärkste Partei waren, die noch dazu von den anderen Parteien ausgegrenzt wurde. Bei den Kommunalwahlen Anfang Mai 1990 erhielt die PDS 14,59 Prozent der Stimmen, doch auf kommunaler Ebene lehnten alle Parteien eine Zusammenarbeit mit der PDS ab. Die Parteimitglieder wurden mutlos und in Parlamenten immer wieder angegriffen. Fragen der Ungewissheit nach dem Beitritt der DDR zur BRD blieben offen und Forderungen anderer Parteien zur Enteignung der PDS wurden laut.<sup>62</sup>

Die Partei geriet ins Schwanken und der schwindende politische Einfluss, falls die Fünf-Prozent-Klausel für Gesamtdeutschland gelten sollte, wurde befürchtet. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ersten gesamtdeutschen Wahlen im Wahlrecht zu berücksichtigen und dadurch die einheitliche Sperrklausel getrennt auf die alten und neuen Länder anzuwenden<sup>63</sup>, war das Projekt Linke Liste/PDS nicht mehr möglich. Mit der Liste wollte die PDS mit Organisationen aus den alten Bundesländern zur Wahl im Dezember 1990 antreten. Der Wahlkampf der PDS war geprägt von der Darstellung als Interessenvermittler ehemaliger DDR-Bürger und durch die Person Gysi. Im Westen fiel es der PDS aufgrund fehlender Strukturen sichtlich schwer, einen Wahlkampf zu veranstalten. Der Finanzskandal um das SED Vermögen hatte die PDS innerlich geschwächt und noch angreifbarer gemacht.

Bundesweit kam die PDS auf 2,4 Prozent der Stimmen und zog mit 17 Vertretern in den Bundestag ein.<sup>64</sup> Im Bundestag selber wurden die Abgeordneten als SED-Nachfolgepartei mit Intoleranz behandelt.<sup>65</sup> „Die bloße Anwesenheit der 17 PDSler allein wirkte auf viele West-

---

<sup>62</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?* S.204ff

<sup>63</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S.177

<sup>64</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.246-250

<sup>65</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S.258

*Abgeordnete, die den Antikommunismus der Kalten-Kriegs-Ära mit jeder Faser ihres Körpers verinnerlicht zu haben schienen, wie eine ungeheuere Provokation.*“<sup>66</sup> Sitzungsprotokolle aus dieser Wahlperiode belegen diese Zustände.

### 2.3.1 Nach der ersten Bundestagswahl – die totgesagte PDS

Die Umfragewerte der PDS rutschten weiter ab, nur noch fünf Prozent der Ostdeutschen wollten die PDS bei der nächsten Bundestagswahl wieder wählen. Von Beobachtern wurde das Ende der Partei vorausgesagt. Ursachen für den Niedergang waren die langsame Erneuerung der Partei, der mehr auf Druck von außen erfolgte, der Widerstand des Beitritts der DDR zur BRD, der die Mehrheit der Programmsätze vom Februar 1990 illusorisch machte und die inhomogene Wählerschaft.<sup>67</sup> Die Mitgliederzahlen gingen weiter zurück und im Westen konnte die PDS keinen Fuß fassen. Die Parteitage Ende Januar und Juni 1991 brachten den Zustand der Gesamtpartei nahe – Gysi drohte mit Rücktritt als Parteivorsitzender, die Vorfälle von PDS-Mitgliedern, die in SED Machenschaften verwickelt waren, häuften sich und ein Streit entfachte sich, ob die PDS eine systemkritische oder systemüberwindende Partei sein will.<sup>68</sup> Modernisierungs- und Innovationsversuche während des ersten Parteitags 1991 scheiterten innerhalb der PDS, da diese sich gezwungen sah, auf Traditionalisten Rücksicht zu nehmen. Zusätzlich kam die Treuhandanstalt und übernahm die Verwaltung der PDS-Liegenschaften, führte neue Regeln in die Finanzen der PDS ein und bestellte einen Geschäftsführer für das „Neue Deutschland“. Die PDS musste auch polizeiliche Untersuchungen nach dem Vorwurf der Veruntreuung in Kauf nehmen.<sup>69</sup> Die Altlasten der PDS wurden nur selektiv und inkonsequent aufgearbeitet, was für die Öffentlichkeit und auch für die Mitglieder nicht nach einem Erneuerungsprozess aussah, sondern für Unglaubwürdigkeit und Unfähigkeit standen.<sup>70</sup> In der Literatur galt die PDS zu diesem Zeitpunkt als eine Partei auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit<sup>71</sup>. Die PDS-Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten als die letzten ihrer Art gelten, da ab 1994 die Fünf-Prozent-Klausel wieder uneingeschränkt galt.<sup>72</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl.: Falkner, T. / Huber D. (1994): *Aufschwung PDS: Rote Socken – zurück zur Macht?* S. 14

<sup>67</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 190f

<sup>68</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S. 267-278

<sup>69</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 51

<sup>70</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S. 293

<sup>71</sup> Vgl.: Bortfeldt, H. (1992): *Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?*, S. 295

<sup>72</sup> Vgl.: Suckut, S. / Staritz D. (1994): *Alte Heimat oder neue Liebe? Das SED-Erbe und die PDS-Erben*, S. 185

PDS-Mitglieder aus Ost und West standen sich noch fremd gegenüber, das Durchschnittsalter der Mitglieder ließ eine Tendenz zur Überalterung erkennen und Wähler billigten der PDS kaum Kompetenzen zu. Doch nicht nur innerhalb der Partei, auch externe Faktoren bestimmten den Niedergang. Die Stimmungslage in der ostdeutschen Bevölkerung nach der Vereinigung und die Überwindung der ökonomischen und sozialen Probleme waren überwältigend. Diese Wählerschaft sprach die PDS mit ihrem Programm nicht an.<sup>73</sup> Trotz dem Vorwurf des linken Populismus und destruktiver Kapitalismuskritik ließ sich bei der PDS eine Entwicklung erkennen, die in die Richtung der Sozialdemokratisierung der Partei ging. Die Programmdiskussion ließ pluralistische Meinungsfreiheit zu und ökologische und soziale Themen standen im Vordergrund sowie auch die Frauenbewegung.<sup>74</sup>

### 2.3.2 Totgesagte leben länger – die PDS im Parteiensystem der BRD

Die deutsche Vereinigung schüttelte die etablierten Strukturen durch. CDU/CSU, SPD und FDP bestimmten nicht mehr allein das Bild. Die Grünen und die PDS wurden Innovationen im Parteiensystem, wobei die PDS die einzige Partei war, die vom Ost-West-Konflikt lebte, als eine der Begleiterscheinungen des Transformationsprozesses in Ostdeutschland. Nach ihrer Wahlniederlage ging es ab 1992 wieder bergauf, bis Ende der 1990er Jahre konsolidierte sich die PDS weiter. Auch das Selbstverständnis, eine Oppositionspartei zu bleiben verschwand. Die PDS tolerierte die Landesregierung in Sachsen-Anhalt, koalierte mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und 1998 konnte die Fünf-Prozent-Hürde im Bundestag übersprungen werden.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 war ein pluralistisches Parteiensystem, da die kleinen Parteien FDP, Grüne und PDS sich stabilisierten und erstmalig drei kleine Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnten. Der Wettbewerb würde härter werden, da SPD, Grüne und PDS links von der Mitte um dieselben Wähler konkurrierten und die SPD mit der Strategie der Neuen Mitte um das Zentrum mit CDU und FDP kämpfte. Das Parteiensystem war noch immer zweigeteilt, in den alten Bundesländern hatten sich die Strukturen kaum verändert, im Osten hatte sich ein Drei-Parteien-System gebildet mit der PDS als stärkste Kraft. Sie entwickelte sich zu einer koalitionsfähigen Partei.<sup>75</sup> Eine weitere Aufgabe war es,

---

<sup>73</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 191f

<sup>74</sup> Vgl.: Hofmann, R. (1993): *Geschichte der deutschen Parteien: Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart*, S. 275

<sup>75</sup> Vgl.: Alemann, U. von (2000): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 69-76

die notwendige Integrations- und Repräsentationsaufgaben wahr zu nehmen.<sup>76</sup> Mit 36 Sitzen zog die PDS in den Bundestag ein und konnte damit ihren Wahlerfolg von 1994 übertreffen. Die PDS verstand sich als eine linke Alternative zur SPD und zu den Grünen. In der deutschen Gesellschaft wurde die PDS allerdings als Partei auf Basis des Ost-West-Gegensatzes angesehen. Zu Lasten der SPD gewann die PDS viele Wähler im Osten Deutschlands und wurde der SPD dort gefährlich, wo diese sich nicht hinreichend von der CDU abgrenzen konnte. Die Ausdehnung als eine Westpartei war der PDS nicht gelungen.<sup>77</sup>

Nach der Bundestagswahl 2002 zog die PDS nur mit zwei Abgeordneten aus dem Berliner Wahlkreis über Direktmandate ein. Diese Wahlniederlage hatte vor allem interne Gründe und die externen Faktoren (Oderflut, Irakkrieg) spielten nur eine unwesentliche Rolle.<sup>78</sup> Eine zerstrittene und uneinheitliche Führung fand keine Strategien und damit keine Zustimmung beim Wähler. Wieder einmal wurde der PDS kein Überleben in der deutschen Parteienlandschaft zugesprochen.

Die Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag fanden im September 2005 statt. Die PDS zog mit 8,7 Prozent wieder in den Bundestag ein, dank der vorwiegend in der westdeutschen Wählerschaft verankerten WASG. Der gemeinsame Wahlkampf und die Festlegung, 2007 eine Fusionspartei zu gründen, die sich links von der SPD aufstellt, brachten den Erfolg.<sup>79</sup>

### 2.3.3 Gründe für die Wahlerfolge der PDS in den Jahren 1994, 1998 und 2005

Um die Erfolge der PDS nachzuvollziehen, muss der Stimmungsumschwung nach der Vereinigung in der Bevölkerung mit beachtet werden.<sup>80</sup> Die ökonomische - soziale Unzufriedenheit wurde in Pessimismus umgewandelt, da die blühenden Landschaften, in denen es sich zu leben und arbeiten lohnt<sup>81</sup>, noch nicht im ersehnten Ausmaß in der ehemaligen DDR vorhanden waren. Verantwortlich dafür wurde die Regierung gemacht, so dass der Anteil der Befragten wuchs, die in keiner der beiden großen Parteien eine Linderung sahen. Vor allem die ökonomische Situation mit den verbundenen Zukunftsängsten hatte dem

<sup>76</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 306

<sup>77</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1999): *Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?*, S. 133-135

<sup>78</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2003): *Die PDS in Not*, S. 149

<sup>79</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 151

<sup>80</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 194

<sup>81</sup> Vgl.: Kohl, H. (1990) *Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion* am 01.07.1990

Modell der Bundesrepublik viel von seiner Strahlkraft genommen. Unzufriedenheit und Protest waren die am meisten genannten Gründe für die Wahl der PDS.<sup>82</sup>

Der PDS ist es zu diesem Zeitpunkt gelungen, Optimismus auszustrahlen und Enttäuschungen der Nachwendezeit in Gemeinschaftsgeist umzuwandeln. Über 130 000 PDS-Aktivisten hatten ein Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürger der neuen Bundesländer. Es entstand eine ostdeutsche Gemeinschaft gegenüber dem als kalt empfundenen Überlegenheitsgehabe der Westdeutschen.<sup>83</sup> Während des Bundestagswahlkampfes 1994 bekam die PDS zusätzlich Aufmerksamkeit durch die Wahlkampagnen der Großparteien. Die PDS nannte als besonders hilfreich die „Rote – Socken – Kampagne“ der CDU. Diese ließ Plakate mit roten Socken drucken, die mit einer grünen Klammer an der Leine befestigt waren mit dem Slogan „Auf die Zukunft – aber nicht auf roten Socken“. Es wurde das inoffizielle Parteiabzeichen der PDS und die Nachfrage nach kleinen roten Socken zum Anstecken war enorm.<sup>84</sup>

Insgesamt traf die PDS den Nerv der ehemaligen DDR-Bürger, die über ungelöste Probleme der Einheit verzweifelt waren. Der Beitritt der DDR zur BRD als Form der Wiedervereinigung sollte jede Differenz aus dem Weg räumen, die Vereinigung schien ein Akt zu werden, in dem es nur Gewinner gibt. „*Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.*“<sup>85</sup> Diese Worte des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl haben sich als ein falsches Versprechen erwiesen. Die Ost-West-Differenz hat sich als dauerhaftes Problem in Deutschland etabliert und die PDS war die einzige Partei, die als Ostpartei agierte. Die PDS wurde von den Ostdeutschen Wählern als Partei wahrgenommen, die ostdeutsche Probleme ernst nahm. Des Weiteren konnte die PDS viele Wähler im Osten Deutschlands durch die soziale Ausgrenzung und massive Abwertung der Dienstklasse der DDR gewinnen.<sup>86</sup> Die ehemalige politische Klasse sowie die Dienstleistungsklasse der DDR hatten den Zusammenbruch der DDR noch nicht überwunden. Im neuen Deutschland fühlten sich diese PDS-Wähler benachteiligt, litten unter dem Verlust ihres Ansehens und die westlichen Werte wie Individualismus, Wettbewerb und Freiheit waren ihnen fremd.<sup>87</sup>

---

<sup>82</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 194-198

<sup>83</sup> Vgl.: DER SPIEGEL (1994): *Auferstanden aus Ruinen*, S. 16-19

<sup>84</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1996): *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 222

<sup>85</sup> Siehe: Kohl, H. (1990): *Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion* am 01.07.1990

<sup>86</sup> Vgl.: Brie, M. (2000): *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, S. 15f

<sup>87</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (1999): *Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?* S. 123

Die Rufe der Demonstranten vom November 1989 „Wir sind ein Volk“ spiegelten sich nicht in den Bundestagswahlen nach der Wiedervereinigung wieder. Die PDS als etablierte Partei im Osten Deutschlands steht dazwischen.

### 3 Die PDS auf dem Weg in Richtung Westen

Im Westen Deutschlands Fuß zu fassen, war ein Bestreben der PDS seit Beginn der 1990er Jahre. Doch nie gelang es der PDS, in den alten Bundesländern die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten. Gregor Gysi erkannte dies 2005, als er dem Tagesspiegel im Mai ein Interview gab, in dem er sagte: *„Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben.“*<sup>88</sup> Die Landtagswahlen Ende Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen brachten eine entscheidende Wende in die Strategie der PDS. Mit einem Ergebnis von 0,9 Prozent wurden Überlegungen in Erwägung gezogen, sich einen Partner für den Westaufbau zu suchen. Für diesen Schritt bot sich die WASG an.<sup>89</sup>

#### 3.1 Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

Die Geschichte der WASG beinhaltet viele politische Dimensionen und Gelegenheiten, bis es zum Zusammenschluss als Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ am 22.01.2005 kam. Es spielten verschiedenste Faktoren eine Rolle. Die Wesentlichsten waren dabei der Rechtsruck der SPD, die erfolglose Westausdehnung der PDS, der Anpassungsprozess der Grünen an die SPD, die Agenda 2010 mit den damit verbundenen Konflikten innerhalb der SPD und die Initiativen „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“. Beide Alternativen wollten die SPD reformieren, bevor sie sich als Partei „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ zusammenschlossen.<sup>90</sup>

---

<sup>88</sup> Siehe: DER TAGESSPIEGEL (2005): *„Die PDS kommt im Westen nicht an.“* (Ausgabe vom 17.05.2005)

<sup>89</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stoss, R. (2008): *Die Partei Die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 155

<sup>90</sup> Vgl.: Nachtwey, O. (2007): *Im Westen was Neues: Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*, S. 155

### 3.1.1 Die SPD als linke Volkspartei

Die Sitzordnung und die Gesinnung einer Partei im deutschen Bundestag gehen zurück auf die Sitzordnung der französischen Deputiertenkammer nach der französischen Revolution 1799. Rechts saßen die konservativen und bewahrenden Elemente und links die progressive und fortschrittliche Partei. Diese beiden Hauptströmungen hielten sich allerdings nicht lange, da sich Flügel der Parteien absplatteten und sich weiter links oder rechts positionierten.<sup>91</sup> Die Sozialdemokraten positionierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg als eine linke Volkspartei. Erst nach Jahren der Opposition entwickelte sich die SPD 1959 in der BRD mit dem „Godesberger Programm“ in eine Partei mit modernem offenem Image, welches auch Angestellte und Freiberufler ansprach. Nach der Bundestagswahl 1969 stellte die SPD den Kanzler Willy Brandt und 1974 Helmut Schmidt. Unter diesen Persönlichkeiten und der ständigen Modernisierung der Partei zog die SPD neue Wähler an. Akademiker und Angestellte waren neben Nachachtundsechzigern neue Wähler und lösten eine Zerreißprobe zwischen Traditionalisten und neuer sozialer Bewegung aus. Die innerparteilichen Spannungen wurden durch den ökonomischen Wachstumskurs 1976 und dem außenpolitischen Stabilitätskurs von den neuen Mitgliedern kritisch angesehen. Kernenergie, Raketennachrüstung und die Wirtschaftspolitik mit der FDP waren für diesen Flügel der SPD nicht tragbar. Die 1982 vorgezogenen Bundestagswahlen lösten Helmut Schmidt als langjährigen SPD-Kanzler ab.<sup>92</sup> Das SPD-Parteiprogramm von 1959 wurde vom neuen Parteiprogramm 1989, dem Berliner Programm abgelöst. Im Berliner Programm wurde festgelegt, dass die SPD eine linke Volkspartei bleiben wird. Einleitend heißt es: *„Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft. Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten. Wir wollen Frieden.“*<sup>93</sup> Die Schwerpunkte wurden somit auf Friedenspolitik, Gleichstellung von Mann und Frau, Ökologie und soziale Gerechtigkeit und die Verkürzung der Arbeitszeiten gelegt. Frauenemanzipation und Umweltschutz waren Ergebnisse durch die neue Konkurrenz: Die Grünen. Die Grünen galten erst als eine vorübergehende Protestpartei, da sich diese in ihrem Programm nur auf eine intakte Umwelt festlegten. Mit der Friedensbewegung, Anti-Atomkraftbewegung und der Frauenbewegung bekamen die Grünen

---

<sup>91</sup> Vgl.: Alemann, v.U. (2000): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 13ff

<sup>92</sup> Vgl.: Alemann, v.U. (2000): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 57-63

<sup>93</sup> Siehe: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1989), S. 7

mehr Zulauf an postmateriellen orientierten jüngeren Wählern, der für die SPD langfristig zu einer Schwächung ihrer Rolle im Parteiensystem führte.<sup>94</sup>

Das Berliner Programm der SPD 1989 war nach einigen Wochen überholt, da die SPD nicht auf die tagesaktuellen Ereignisse einging und das Ende des Ost-West Konflikts nicht in ihr Programm aufnahm. Das Berliner Programm dokumentiert nur die Öffnung nach links zu den neuen sozialen Bewegungen, bot aber keine Antworten auf die bevorstehenden Herausforderungen durch den Mauerfall. Das Hauptmotiv, abgewanderte Wähler der Sozialdemokratie zu den Grünen zu stoppen, wurde durch die neuen Themen erreicht, doch die Wahlniederlage 1990 war das Ergebnis eines grundlegenden Präferenzenwandels der Wähler. Themen wie Wohlstand, Wirtschaft und Sicherheit waren den Wählern durch die hohen Kosten der Wiedervereinigung wichtiger geworden. Gleichzeitig befand sich Deutschland in der Rezession durch den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft, auf soziale Sicherungssysteme wurde Druck durch die wachsende Alterslast ausgeübt und die verschärfende Ausländerproblematik zeichnete sich ab.<sup>95</sup> Es gelang der SPD nicht, aus ihrem neuen Programm Nutzen zu ziehen. Die SPD verlor Wählerstimmen und Vertrauen der Öffentlichkeit, auch wenn diese auf Länderebene an der Regierung beteiligt war. Insgesamt ist es der SPD nicht gelungen, sich als eine Alternative der CDU-FDP Koalition zu präsentieren. Kanzlerkandidat der SPD war 1990 Oskar Lafontaine, der die Hindernisse und Schwierigkeiten der Währungsunion in Deutschland betonte. Das wurde in der Öffentlichkeit nicht als Freude über die Wiedervereinigung Deutschlands aufgefasst, auch wenn sich diese Warnung nach wenigen Jahren als wahr heraus stellen sollte. Die SPD erschien als hilflose Partei ohne klare Visionen und attraktive Führung für die Wähler,<sup>96</sup> während die CDU mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der Währungsunion mit dem Wechselkurs 1:1 brillierte.

Im Wahlkampf 1994 wurden insbesondere zwei zusätzliche Maßnahmen betont, um die sozialdemokratische Verknüpfung von ökonomischer und ökologischer Reform symbolisch hervorzuheben: Kindergelderhöhung und die ökologische Steuerreform. Ziel war es, den Sozialstaat gegen alle neoliberalen Angriffe zu verteidigen. Das Konzept der SPD galt als seriös und realistisch, aber es fehlte an einer neuen großen Idee. Da die Öffentlichkeit den

---

<sup>94</sup> Vgl.: Meyer, T. (1998): *Die Transformation der Sozialdemokratie: eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, S. 142-150

<sup>95</sup> Vgl.: Bok, W. (1995): *Zeitgeist-Genossen: das Berliner Programm der SPD von 1990. Motive – Ziele – Folgen*, S. 183ff

<sup>96</sup> Vgl.: Meyer, T. (1998): *Die Transformation der Sozialdemokratie: eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, S. 185ff

Eindruck hatte, dass die Rahmen der Regierung und der Opposition gleich waren, war es für die Parteien umso wichtiger, welchen Eindruck die Parteiführer in der öffentlichen Arena machten.<sup>97</sup> Innerhalb der Sozialdemokraten war dieser Eindruck kein geschlossener. Die Vorstellungen über sozialdemokratische Wirtschaftspolitik stimmten in wichtigen Punkten nicht überein. Der 1991 zum Bundesvorsitzenden der SPD gewählte Björn Engholm trat im Mai 1993 aufgrund der so genannten „Schubladenaffäre“<sup>98</sup> zurück und der als reformorientiert geltende Rudolf Scharping übernahm das führende Amt der SPD und wurde 1994 Kanzlerkandidat. Auch Scharping unterlag gemeinsam mit der SPD-Troika Schröder und Lafontaine bei der Bundestagswahl dem amtierenden Kanzler Helmut Kohl. Mit der Ablöse Rudolf Scharpings als Parteivorsitzenden durch Oskar Lafontaine 1995 lässt sich ein innerparteilicher Paradigmenwechsel feststellen. Die Delegierten hofften auf das Ende des monatelangen Führungsstreits. Der damalige CDU-Generalsekretär kommentierte die Wahl Lafontaines mit dem Verlassen der politischen Mitte und dem Weg der SPD weit nach links.<sup>99</sup>

Ein Jahr nach seiner Amtseinführung ist die SPD wieder eine linke Volkspartei und Lafontaine profiliert sich der CDU gegenüber als Hüter der sozialen Gerechtigkeit. Doch der Gegenkandidat von Helmut Kohl bei der Bundestagswahl 1998 ist noch nicht nominiert. Gerhard Schröders Umfragewerte liegen immer vor denen von Lafontaine, Schröder hat gute Beziehungen zu den meinungsbildenden Medien und viele Wähler wollen nach 16 Jahren Helmut Kohl keinen Mann der Linken zum Kanzler, sondern einen Mann der Mitte. Zwischen Schröder und Lafontaine kommt es zum „Stillhalteabkommen“ 1997, nachdem sich beide darüber geeinigt haben, erst nach der Wahl im Frühjahr 1998 den SPD Kanzlerkandidaten zu nominieren. Als Schröder im Herbst 1997 dem Parteivorstand das Wirtschaftsprogramm vorstellt und dabei viel von Wachstum und neuen Technologien redet und dafür die Sozialhilfe kürzen möchte, geht ein Aufschrei durch die Parteilinken, allerdings kommt es zu keinem Entscheidungskampf zwischen Schröder und Lafontaine, da beide wissen, dass sie ohne den anderen die Bundestagswahl nicht gewinnen können. Die gewonnene Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März 1998 ist Schröders Kanzlerkandidatur. Schröder und Lafontaine sind während des Wahlkampfes um Harmonie bemüht. Differenzen werden nicht ausgetragen,

---

<sup>97</sup> Vgl.: Meyer, T. (1998): *Die Transformation der Sozialdemokratie: eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, S. 190ff

<sup>98</sup> Als „Schubladenaffäre“ wurde 1993 der politische Skandal in Schleswig Holstein bezeichnet, wo Engholm Ministerpräsident war. Dem Auslöser der Barschel-Affäre wurden 50.000DM von der SDP in bar gezahlt, da dieser keine neue Anstellung gefunden hat. Im Zuge des parlamentarischen Untersuchungsausschuss wurde bekannt, dass die SPD samt Engholm schon vor der Landtagswahl 1987 von der Bespitzelung Engholms wussten. Während der Untersuchung zur Barschel-Affäre hatte Engholm somit gelogen und sich des Meineids schuldig gemacht. Vgl.: Dachs, G. (1993): *Das große Schweigen der Genossen*.

<sup>99</sup> Vgl.: Schlesinger, K. (1995): *Lafontaine stürzt Scharping*.

sondern auf den Wahlausgang verschoben.<sup>100</sup> Für den Wähler war die Konstellation aus dem Traditionalisten Lafontaine und dem rechts gerichteten Schröder ein breit gefächertes Spektrum, welches sowohl Traditionswähler als auch Wechselwähler aus der politischen Mitte ansprach.

### 3.1.2 Die SPD rückt nach rechts

Die Bundestagswahl am 27. September 1998 brachte ein historisches Wahlergebnis. Erstmals wurde eine Regierung komplett abgewählt und eine rot-grüne Koalition wurde auf Bundesebene geschlossen. Das Parteiensystem ist durch diese Wahl pluralistischer geworden, da sich die kleineren Parteien stabilisiert haben und die großen polarisiert. Mit der Strategie der neuen Mitte kämpft die SPD nun gemeinsam mit der CDU und FDP um das Zentrum des Spektrums.<sup>101</sup> Einen Monat nach der Wahl startet die erste rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Reformprogramm unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Oskar Lafontaine.

Die ersten Wochen als Regierungspartei waren weder von der SPD noch den Grünen erfolgreich koordiniert worden. In Schröders Regierungserklärung im November 1998 sprach er von der Politik der neuen Mitte, einer Politik, die die Eigenverantwortung der Menschen fördert und stärkt. Die Politik der neuen Mitte weckte unterschiedliche Erwartungen in der Partei und bei den Menschen. In der SPD achtete besonders der linke Parteiflügel auf Linientreue und dahinter stand Oskar Lafontaine. Öffentliche Auseinandersetzungen um den finanz-, währungs- und steuerlichen Kurs Lafontaines wurden ausgetragen. Mit dem Satz „Das Herz schlägt links“ verabschiedete sich Lafontaine aus der Politik, nachdem sein Versuch einer Steuerreform gescheitert ist. Am 11. März 1999 legt er alle seine politischen Ämter nieder und hinterlässt eine nachhaltig geschockte SPD, die einen Monat später Schröder als ihren neuen Parteivorsitzenden wählt. Hans Eichel wird Lafontaines Nachfolger als Finanzminister.<sup>102</sup> Oskar Lafontaine beschreibt seinen Rücktritt als Folge der nicht statt gefundenen Zusammenarbeit im Kabinett und der mangelnden Unterstützung Schröders in der Öffentlichkeit. Er bezeichnete dieses Kabinett als ein schlechtes Mannschaftsspiel und möchte

---

<sup>100</sup> Vgl.: Hoell, J. (2004): *Oskar Lafontaine: Provokation und Politik. Eine Biografie*, S. 175-190

<sup>101</sup> Vgl.: Alemann v., U. (1999): *Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glückliche Ausreißer?* S. 55

<sup>102</sup> Vgl.: Süskind, Martin E. (2002): *Machtwechsel und Regierungsjahre*, S. 241ff

sich ins Privatleben zurückziehen.<sup>103</sup> Dass sich Lafontaine nicht nur ins Privatleben zurückziehen wird, zeigt sich schon Wochen später bei Auftritten im TV, Gastkommentaren in Medien und dann wieder aktiv in der Politik. Im Mai 2005 trat er endgültig aus der SPD aus und verkündete gleichzeitig seine Bereitschaft, das Linksbündnis aus WASG und PDS zu unterstützen. Die Ikone der Parteilinken der SPD verlässt diese nach 39 Jahren.<sup>104</sup>

Der damalige Chef des Bundeskanzleramts Bodo Hombach brachte 1998 das Buch „Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte“ raus, welches sich stark an den programmatischen Vorgaben des britischen „Dritten Weges“ orientiert. Ausgangspunkt für die neue Politik war die Einsicht, dass die deutsche Gesellschaft 1997/1998 in einer Blockadephase verfallen war. Veraltete Institutionen und Verwaltungen konnten mit rasanten Wandlungsprozessen und veränderten Anforderungsprofilen nicht mithalten. Nach dem Vorbild von New Labour sollte die Modernisierungsbereitschaft zuerst beim Bürger selbst beginnen, dann sollte die Partei von der Bevölkerung das Mandat erhalten, um landesweite Reformen zu starten.<sup>105</sup> Um diese Probleme zu lösen, darf die Politik nicht auf die traditionelle Links – Rechts – Kategorisierung zurückgreifen. Es soll ein Politikmodell entstehen, dass „(...)einen Dritten Weg zwischen den Ideologien, als ein System, das angemessen auf die Veränderungen in der Welt reagiert.“<sup>106</sup> Demnach lässt sich die Neue Mitte zwischen Marktliberalismus und Wohlfahrtsstaat festmachen. Ein Gleichgewicht an Rechten und Pflichten wird sichtbar, der Staat wird als Partner der eigenen Lebensbewältigung gesehen.<sup>107</sup> Insbesondere im Berufsleben soll der Staat mehr eingreifen, da Ansprüche an die Gesellschaft mit Verpflichtungen gegenüber dem Kollektiv verbunden sind. Schließlich ist jeder Arbeitsplatz „besser als keiner“.<sup>108</sup>

Die traditionellen Gleichheitsvorstellungen in der Sozialdemokratie wurden somit neu ausgelegt.

*„Was Gerechtigkeit und Gleichheit angeht, ist es wirklich so, wie es Tony Blair formuliert hat. Uns geht es nicht um gleiche Einkommen, nicht um einheitliche Lebensstile. Uns geht es nicht um Einheitsgeschmack und Einheitskultur. Nein, es geht uns um wirkliche Gleichheit,*

---

<sup>103</sup> Vgl. Lafontaine, O. (1999) : *Das Herz schlägt links*, S. 223

<sup>104</sup> Vgl.: SPIEGEL ONLINE (2005): *Lafontaine kündigt SPD - Austritt an*

<sup>105</sup> Vgl.: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 106

<sup>106</sup> Siehe: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 25

<sup>107</sup> Vgl.: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 79

<sup>108</sup> Vgl.: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 200

*um den gleichen Wert, gleiche Chancen auf Erfüllung und um gleichen Zugang zu Wissens- und Entfaltungsmöglichkeiten. Das muss unsere Vorstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit sein.*<sup>109</sup>

Schröder begann die Vorstellungen der Sozialdemokratie neu zu ordnen und zu modernisieren. Schon im Juni 1999 wurde das so genannte „Schröder-Blair-Papier“ veröffentlicht. Gemeinsam mit dem britischen Regierungschef Tony Blair setzte sich Gerhard Schröder mit den Werten der Sozialdemokratie auseinander. Insbesondere wurde die Bedeutung der Investitionen in Humankapital hervorgehoben. Gemeinsam gingen beide Regierungschefs davon aus, dass die Förderung der sozialen Gerechtigkeit in der Vergangenheit mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt wurde. Sie kommen zu dem Schluss, dass sich die soziale Gerechtigkeit an der Effizienz der Mittelverwendung messen lasse und nicht an der Höhe der Ausgaben. Im Papier wird darauf hingewiesen, dass Angebots- und Nachfragepolitik zusammen gehören, Wachstums- und Beschäftigungspolitik werden dadurch nicht mehr ausschließlich durch die Steuerung der Nachfrage gelenkt. In der Finanzpolitik soll die Verschuldung auch als Motor der Konjunktur angesehen werden. Im Sozialsystem gilt nach Schröder und Blair für den modernen Politikansatz, dass das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in Eigenverantwortung umzuwandeln ist.<sup>110</sup>

An dem Papier lässt sich sehr gut erkennen, dass Lafontaines Versuch, einer Steuerreform, die sowohl die Nachfrage stärken und die Sozialleistungen in vollem Umfang zu erhalten aussichtslos war, da sich Europa zu Beginn der Jahres 1999 für eine Währungsunion ausgesprochen hat.<sup>111</sup> Insgesamt nahm das Buch einige Grundgedanken der Agenda 2010 vorweg, allerdings zum falschen Zeitpunkt innerhalb der SPD, die nicht in der Lage zu einer Analyse der gesellschaftlichen Probleme bereit war. Die SPD fühlte sich bevormundet und kritisierte die Richtung des Papiers. Da das Papier in keinem Gremium beschlossen wurde, ließ Schröder dieses unter den Tisch fallen und richtete zur Wiedergutmachung an die Partei die Grundsatzprogrammkommission ein.<sup>112</sup>

Seit Beginn der Amtszeit Schröders fragten sich Kommentatoren, ob Schröder diese Gleichheitsvorstellungen in der SPD durchbringen kann, oder ob der linke Flügel sich

---

<sup>109</sup> Siehe: Schröder, G. (1999): Rede am 07.12.1999 beim Parteitag der SPD

<sup>110</sup> Vgl.: Pilz F. / Ortwein H (2000): *Das politische System Deutschlands: Prinzipien, Institutionen, Politikfelder*, S.363ff

<sup>111</sup> Vgl.: Süskind, Martin E. (2002): *Machtwechsel und Regierungsjahre*, S. 244

<sup>112</sup> Vgl.: Sturm, Daniel F. (2009): *Wohin geht die SPD?*, S. 47-49

aufbegehrt. Der linke, gewerkschaftsnahe Flügel der SPD, der ohne Oskar Lafontaine allerdings kopflös geworden war. Dadurch hatte Schröder die Möglichkeit, sich den Parteivorsitz zu sichern. Mit 76 Prozent der Stimmen wurde Schröder am 12. April 1999 zum SPD-Parteivorsitzenden gewählt.

Die Regierungsarbeit ging somit ohne Lafontaine weiter und übte sich in Arbeitsmarktkampagnen wie „Job Aktiv“ und „JUMP“, die aber keine Erfolge brachten. Schröder setzte somit auf das „Bündnis für Arbeit“, bei dem Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern zusammentrafen. Einige bescheidenen Erfolge waren zu verzeichnen, aber das Problem der Arbeitslosigkeit war größer als zuvor.<sup>113</sup> Unter Lafontaine wurden Wahlversprechen realisiert: der demografische Faktor in der Rentenreform von 1997 wurde ausgesetzt, das Kündigungsschutzgesetz wurde revidiert, Minderungen der gesetzlichen Lohnfortzahlungen wurden zurück genommen und die finanzielle Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen wurden korrigiert. Insgesamt eine linke Sozial- und Finanzpolitik. Nach Lafontaine folgte die Wende rückwärts: Austeritätspolitik wurde eingeführt und mit ihr wechselten die Sozialdemokraten ihren Kurs für Bundeswehreinätze in Bosnien und später Afghanistan. Der Bruch mit der sozialdemokratischen Vorstellung war nicht mehr zu übersehen.<sup>114</sup>

Schnell verfallen ist die sozialdemokratische Wählerkoalition aus Unter- und Mittelschichten jedenfalls, da im Februar 1999 in Hessen viele Arbeiter und Arbeitslose der SPD nicht mehr ihre Stimme gaben (39,4 Prozent). Die Koalition mit den Grünen und die versuchten Reformen werden als Entraditionalisierung der SPD bezeichnet, die viele Parteisolddaten kulturell enteignet und ihnen die Mythen raubt.<sup>115</sup> Im September 1999 verlor die SPD das Saarland, später dann Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Mit dem Spendenskanal der CDU wendete sich das Blatt ab Herbst wieder zu Gunsten der SPD.<sup>116</sup>

### 3.1.2.1 Agenda 2010 als „Entsozialdemokratisierung“ der SPD?

Erhebliche Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die mit einem weiteren Kurswechsel verbunden sind, brachte die Agenda 2010 welche im August 2002 vorgestellt wurde. Der Ausgangspunkt war ein Strategiepapier mit dem Titel: „Auf dem Weg zu mehr

---

<sup>113</sup> Vgl.: Sturm, Daniel F. (2009): *Wohin geht die SPD?* S. 47

<sup>114</sup> Vgl.: Walter, F.: *Abschied von der Toskane. Die SPD in der Ära Schröder*, S. 31

<sup>115</sup> Vgl.: Walter, F.: *Abschied von der Toskane. Die SPD in der Ära Schröder*, S. 21

<sup>116</sup> Vgl.: Alemann v. U.: *Der Zittersieg der SPD: Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen*, S. 47

Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“. Das Papier forderte eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Ziel war die Absenkung der Lohnnebenkosten, Abbau der Subventionen, Absenkung der Steuerlast, wobei gleichzeitig an der Haushaltskonsolidierung festgehalten werden sollte, bei Investitionen in die Bildung, Familie, Forschung und Infrastruktur.<sup>117</sup> Mit der von Gerhard Schröder eingesetzten Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ sollte es eine Antwort auf den Skandal der Bundesanstalt für Arbeit geben, der im Februar 2002 vom Rechnungshof aufgedeckt wurde. Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) verschönte und fälschte über Jahre Vermittlungsstatistiken. Der Bericht des Rechnungshofes zeigte auf, dass die BA sich großteils nur selbst verwaltet und die Vermittlung von Arbeitslosen in den Hintergrund gerückt sei.<sup>118</sup> Die Reformen des Arbeitsmarkts wurden als Wahlkampfthema der SPD aufgegriffen. Die Kommission sollte Deutschland von der Arbeitslosigkeit befreien und die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen reduzieren.<sup>119</sup> Vorsitzender dieser Kommission war Peter Hartz, VW-Personalvorstand, der in dem Staatsbetrieb innovative und radikale Reformen durchgesetzt hatte. Peter Hartz und Gerhard Schröder suchten gemeinsam mit Walter Riester, dem Bundesminister für Arbeit und ehemaligen IG Metall Funktionär, die Mitglieder der Kommission aus, wobei nur zwei Repräsentanten aus der Gewerkschaft waren. Kern der Agenda 2010 wurden die nach Peter Hartz benannten Hartz-Gesetze.<sup>120</sup> Im Wesentlichen bestanden diese Gesetze aus Organisationsveränderungen der BA, neuen arbeitspolitischen Instrumenten und leistungsgerechten Neuerungen, um insgesamt mehr Eigenaktivitäten zu fördern, um Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken.<sup>121</sup> Arbeits- und Wirtschaftsministerium wurden nach der Wiederwahl zusammengelegt und Wolfgang Clement, der als Modernisierer galt, löste Arbeitsminister Riester ab. Auch Bundeswehreinheiten im Ausland und die Agenda 2010 führten die SPD programmatisch und inhaltlich in eine neue Richtung.

*„Ein ganzes sozialdemokratisches Leben lang hatten die Parteisoldaten schließlich das Gegenteil von alledem vertreten. So waren sie jetzt artikulationslos, stumm, ohne den Antrieb für die politische Kampagne. Sie wussten wohl, dass die alten Formeln nichts mehr taugten; aber ihnen war schleierhaft, wohin die neue Reise gehen sollte.“<sup>122</sup>*

---

<sup>117</sup> Vgl.: Jun, U. (2004): *Der Wandel der Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Partei im Vergleich*, S. 278

<sup>118</sup> Vgl.: Sturm, Daniel F. (2009): *Wohin geht die SPD?*, S. 69

<sup>119</sup> Vgl.: Alemann v. U.: *Der Zittersieg der SPD: Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen*, S.49

<sup>120</sup> Vgl.: Sturm, Daniel F. (2009): *Wohin geht die SPD?*, S. 71

<sup>121</sup> Vgl.: Jun, U. (2004): *Der Wandel der Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Partei im Vergleich*, S. 289

<sup>122</sup> Siehe: Walter, F. (2005): *Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder*, S. 31

Niemand in der SPD wusste, was für eine Grundidee hinter der Agenda 2010 stand. Zwei Fragen kreisten durch die SPD: War es der Sozialstaat, als Kern des wirtschaftlichen Übels, da er die Staatsquote nach oben trieb und den Raum für individuelle Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung beschränkt? Oder war der Sozialstaat für die Agenda 2010 ein Sozialmodell zum Abbau scharfer Klassengegensätze und Förderung von Lebenschancen? Eine gültige Antwort darauf haben die Sozialdemokraten bis heute nicht gegeben.<sup>123</sup> Soziale Gerechtigkeit war der Identitätskern der SPD, doch die Agenda 2010 widersprach der bisherigen sozialdemokratischen Gerechtigkeitsvorstellung, auch wenn es im Einklang mit modernen liberalen Gerechtigkeitsdiskursen stand. Eine sozialphilosophische Diskussion und programmatische Begründung fand innerhalb der SPD kaum statt. Die Parteilite, die zum Wirtschaftsliberalismus übergang, nahm ihre Partei nicht mit. Um mehrheitsfähig zu werden, öffnete die SPD sich der Mittelschicht, aber durch diese Öffnung gingen traditionelle Anhänger verloren.<sup>124</sup>

### 3.1.2.2 Die Gewerkschaften auf der Suche nach einer neuen Beziehung

Auseinander entwickelt haben sich auch die Beziehungen der SPD zu den Gewerkschaften. Gewerkschafter sind Mitglied in der SPD, weil sie die SPD für die wichtigste Partei der Arbeiterbewegung hält. Gewerkschaftler sind bereit in und mit den Gewerkschaften die SPD zu unterstützen, solange von dieser Vertretung der eigenen Interessen erwarte werden kann.<sup>125</sup> Während es in den 1950er und 1960er Jahren noch üblich war, prominente Gewerkschaftler auf die vordersten drei Plätze der Landeslisten zu stellen, gibt es heute in der Bundestagsfraktion keinen Gewerkschaftsführer. Bundesfinanzminister Hans Eichel begann 1999 mit der im Wahlkampf zuvor ausgeschlossenen Asteritätspolitik; vorrangig ging es nicht mehr um die Umverteilung, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Walter Riester trug mit der Revision der Rentenpolitik zusätzlich zur Abspaltung der Gewerkschaften von der SPD bei.<sup>126</sup> Mit der Agenda 2010 öffneten sich die Gewerkschaften politisch weiter nach links, angetrieben von dem Gefühl, dass die SPD gegen sie Politik mache.<sup>127</sup> Michael

---

<sup>123</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, S. 92

<sup>124</sup> Vgl.: Nachtwey O. / Spier, T. (2007): *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, S. 49f

<sup>125</sup> Vgl.: Nachtwey, O. (2007): *Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*, S. 167

<sup>126</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, S. 93f

<sup>127</sup> Vgl.: Nachtwey, O. / Spier, T. (2007): *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, S. 62

Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), wollte anfangs einzelne Maßnahmen der Agenda 2010 korrigieren, wurde dann aber am 1. November 2003 umgestimmt. Bei einer Demonstration gegen die Agenda 2010 und dem damit verbundenen „Sozialkahltschlag“ wurden 25.000 Teilnehmer erwartet, doch diverse linke Gruppen und Arbeitslosenverbände hatten mehr als 100.000 Demonstranten mobilisiert. Diese Demonstration in Berlin war Anstoß der Gewerkschaften, sich gemeinsam zu organisieren und eine Demonstration am 3. April 2004 zu organisieren. Diese Demonstration in vier Städten hatte allerdings keinen Adressaten mehr, da die Regierungskoalition nur Verständnis äußerte und nicht mehr unternahm.<sup>128</sup> Teile des Mittelbaus der Gewerkschaften unterstützen teils offen oder verdeckt die Gründung der WASG.

Die folgende Abhandlung, die Anthony Downs 1968 veröffentlicht hat, soll Erklärungsansätze für die Entwicklung der SPD bieten, vor allem für die Kritik aus den linken Reihen bis zur Parteibildung der Linken. Downs Theorie ist eine Basis, da diese in vielen anderen Abhandlung immer wieder herangezogen wird.

### 3.2 Anthony Downs: Die ökonomische Theorie der Demokratie

Das abstrakte Modell von Anthony Downs geht von der Grundannahme aus, dass der „homo politicus“, der politische Wähler seines Modells, sich gleichermaßen rational verhält wie der „homo oeconomicus“ der ökonomischen Theorie. In Downs Konzept geht es darum, eine Theorie der Entscheidungsfindung demokratischer Regierungen vorzulegen und Konsequenzen zu verfolgen. Der Unternehmer wird in Downs Theorie als Partei gesehen, welche versucht durch Wählerstimmen Gewinn zu machen und der Verbraucher versucht, seinen Nutzen daraus zu ziehen. Politische Programme werden mit dem Ziel der Stimmenmaximierung entworfen und dadurch gleichgestellt mit Unternehmen, deren Ziel Profitmaximierung ist, wenn ein neues Produkt auf dem Markt eingeführt wird. Der Verbraucher ist nach Downs der Wähler. Der Begriff rational wird im Modell stets nur auf den Einsatz der verfügbaren Mittel verwendet, also auf das ökonomisch effektive (rationale) Verfolgen eines selbst gewählten, dem eigenen Werturteil unterliegenden Ziels. Ein rationaler Mensch ordnet demnach zuerst seine Handlungsalternativen bezüglich seiner vorgegebenen Ziele. Er wählt dann die effektivste Alternative aus und kommt bei gleichen

---

<sup>128</sup> Vgl.: Nachtwey O. / Spier. T. (2007): *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, S. 663f

Rahmenbedingungen stets zum gleichen Ergebnis. Ein rationaler Wähler entscheidet sich demnach für eine Partei, von deren Politik er sich den höchst möglichen Nutzen verspricht.<sup>129</sup> Downs Modell beruht auf zwei Axiomen: Axiom der Rationalität des Handelns und dem Eigennutz-Axiom. Aus dem Eigennutz-Axiom ergeben sich die Motive der Parteimitglieder: „Die Politiker verwenden politische Konzepte einzig und allein als Mittel zur Verfolgung ihrer privaten Ziele, die sie nur dadurch erreichen können, dass sie gewählt werden.“<sup>130</sup> Allerdings ist diese Maximierung des Eigennutzes nur im Tausch gegen Stimmen möglich, was der Nutzenmaximierung der Wähler im Rahmen der gesellschaftlichen Wohlfahrt und ähnlichem entspricht. Das heißt, dass nach Anthony Downs die formalen Aspekte der Stimmenmaximierung die inhaltlichen Aspekte dominieren, wenn auch letzteres erfüllt werden muss um ersteres zu erreichen.

Politische Ideologie entwickelt sich trotzdem, obwohl die Parteien nach Downs Grundthese auf Vorteile, die mit dem Regierungsamt verbunden sind, aus sind. Ideologien entwickeln die Parteien als Waffe für den Kampf ums Regierungsamt. Die Ideologie als sprachliches Bild der idealen Gesellschaft wird von Downs als Mittel zu Erlangung von Macht aufgefasst, wobei die Parteien autonome Organisationen sind, welche sich der Unterstützung der sozialen Gruppen bedienen.<sup>131</sup>

Der rationale Wähler findet Parteienideologien hilfreich, da er die Entscheidungen der Regierungen nicht genau kennt und er nur unter einem bestimmten Kostenaufwand an bedeutende Informationen kommt. Bei Parteiideologien braucht der Wähler seine Aufmerksamkeit nur auf die Unterschiede zwischen den Parteien zu konzentrieren, welche deshalb als Muster für alle verschiedenen Standpunkte verwendet werden können. Zusätzlich ermöglichen Parteiideologien dem Wähler, dass er seine Wahlentscheidung auf Grund von Ideologien treffen kann und nicht die vergangenen Leistungen der Regierung beurteilen muss. Sein Wahlverhalten richtet sich dadurch an ideologischer Sympathie aus, statt an konkreten politischen Fragen.<sup>132</sup>

Parteien wissen, dass einige Bürger nach politischer Ideologie wählen und verschaffen sich daher eine Ideologie, von der sie meinen, dass es die meisten Wähler anzieht. Diese

---

<sup>129</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 6f

<sup>130</sup> Siehe: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 27

<sup>131</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 93

<sup>132</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 95

Parteiideologie muss widerspruchlos sein und darf nicht mit der konkreten Politik in Widerspruch geraten. Trotzdem haben sie einen weiten Bereich möglicher Ideologien, in der sie eine begrenzte Anzahl an sozialen Gruppen umwerben.<sup>133</sup> „Eine Ideologie ist eine öffentliche Äußerung über die politische Linie einer Partei, da sie direkt oder indirekt Vorschläge zum Handeln erhält.“<sup>134</sup>

Nach Downs können die Bedingungen angegeben werden, unter welcher die Ideologien der Parteien ähnlicher werden, divergieren oder in irgendeinem festen Verhältnis bleiben. Ausschlaggebend dafür sind in einem Zweiparteiendemokratie beispielsweise ein hoher Grad an ideologischer Übereinstimmung unter den Bürgern und die bewusste Annäherung der Parteiprogramme als Folge des Ziels der Stimmenmaximierung. Demnach müssen möglichst viele Wähler von der anderen Seite des politischen Raums hinzugewonnen werden. In der Konkurrenz um die Mitte, wo die meisten Stimmen zu holen sind, bewegen sich die Parteien aufeinander zu. Nach dieser Definition handelt es sich nach Downs um eine unimodale Verteilung der Wähler, was besagt, dass die Präferenzen eingipflig sind. Mit zwei Parteien auf dem Markt nehmen die beiden Parteien relativ gemäßigte Positionen in Nähe der Mitte ein.<sup>135</sup> Vollkommene Gleichheit wird durch die Wähler am linken und rechten Rand, sowie durch die Notwendigkeit einiger weniger Unterscheidungsmerkmale am Wettbewerb verhindert. Downs bezeichnet dies Bezug nehmend auf das Zweiparteien-Konkurrenzsystem eine *multipolicy party*. Damit drückt er die Strategie der Partei aus, möglichst viele verschiedene Grundeinstellungen unter Wählern anzusprechen. Die Partei gibt ihre Ideologie nicht auf, sondern fixiert sich in ihrem Programm nicht starr, um benachbarte soziale Gruppen einzubeziehen. Das Verhalten der *multipolicy parties* beschreibt Downs als Maximierung des Angebots zur Mitte hin, so dass es zu Überschneidungen kommt und durch die Vieldeutigkeit der Angebote die Möglichkeit der Stimmenmaximierung gegeben ist.<sup>136</sup>

### 3.2.1 Die beiden Volksparteien auf dem Weg zur neuen Mitte

In Bezug auf die historische Entwicklung innerhalb der SPD gibt es gewisse Übereinstimmungen mit Downs Theorie. Nach dem zweiten Weltkrieg wandte sich die SPD von ihren traditionell-marxistischen Vorstellungen ab, hin zu einem reformorientierten

---

<sup>133</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 97

<sup>134</sup> Siehe: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 99

<sup>135</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 111-114

<sup>136</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 132

Sozialismus bis zum Wandel zur Volkspartei mit der Formel „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung so weit wie nötig“. Sie erkannte, dass für die Überwindung des Kapitalismus in westlichen Demokratien keine Wählermehrheiten zu finden sind.<sup>137</sup> Mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft nährte sich die SPD im Rahmen der Konkurrenz der CDU/CSU.

Trotzdem versuchte die SPD nach dem Godesberger Programm sich gegenüber der CDU/CSU abzugrenzen, indem die SPD nicht von einer Allerweltpartei sprach, die für alles und jeden gut wäre und weiterhin das arbeiterparteiische Selbstverständnis betonte. Mit dem Wahlsieg 1966 verlor die SPD allerdings ihr Selbstverständnis für diesen arbeiterparteilichen Akzent.<sup>138</sup>

Die SPD hat sich auf die soziale Basis der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft gestützt, während die CDU/CSU auf die konfessionelle Bindung der Wähler einging. Sowohl die Arbeiter als auch konfessionelle Bindungen sind in Deutschland rückläufig. Der langsame Wertewandel in Deutschland, kombiniert mit zunehmender Individualisierung senken die Zahlen der Stammwähler beider Parteien weiter. Im ökonomischen Bereich ist der Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft ein Ausschlag gebender Bereich, hier gibt es einen Rückgang der Arbeiterschaft und einen Anstieg der neuen Mittelschicht.<sup>139</sup> Diese Entwicklung hat die Folge, dass Wahlkampfstrategien, die auf Lagerzugehörigkeit und ideologische Polarisierung setzen, weniger Wähler ansprechen. Gerhard Schröder positionierte die SPD mit Ausrichtung auf die neue Mitte mit dem Slogan „*Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen*“ und signalisierte so die Abkehr vom ideologischen Wahlkampf. Die SPD hat 1998 die Wahl gewonnen, weil sie sich nicht auf einen Richtungswahlkampf mit der CDU/CSU einließ. Die neue Ausrichtung auf die politische Mitte mit einem links flankierten Vorsitzenden Oskar Lafontaine und Medien, die die Zeit für einen Wechsel sahen, führten zum Wahlerfolg.<sup>140</sup> Um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland zu lösen darf die modernisierte Sozialdemokratie nicht auf die traditionelle Links-Rechts Kategorisierung zurückgreifen. Nach Kanzleramtschef Hombach bedarf es eines „(...)von Pragmatismus

---

<sup>137</sup> Vgl.: Merkel, W. (2002): *Sozialdemokratische Parteien*, S. 450

<sup>138</sup> Vgl.: Mintzel, A. (1984): *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*, S. 33f

<sup>139</sup> Vgl.: Niedermayer, O. (1999): *Die Bundestagswahl 1998: Ausnahme oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems?*, S. 18

<sup>140</sup> Vgl.: Alemann, v. U. (1999): *Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer*, S. 55

*geprägtes Projekt, das sich an den Realitäten orientiert und die Notwendigkeit anerkennt, auf Besitzstands- und Verteilungsideologie zu verzichten (...)*<sup>141</sup>. Er definiert dieses Politikmodell *„(...) als einen Dritten Weg zwischen den Ideologien, als ein System, das angemessen auf die Veränderungen in der Welt reagiert.“*<sup>142</sup>

Im Wahljahr 2002 vermieden alle Parteien in ihren Wahlkampfstrategien die alten, ideologisch motivierten Formulierungen. Die Parteien zielten auf die politische Mitte ab. Nach Downs hat der Prozess der Annäherung erst dann ein Ende, wenn beide Parteien die Position der Mitte einnehmen.

Die SPD ist mit ihrem Modell der Neuen Mitte von ihrer Ideologie abgewichen, um nach Downs mehr Wählerstimmen zu gewinnen. Downs Modell lässt sich auf das Mehrparteiensystem übertragen und somit auch auf die Entstehung von neuen Parteien, wobei er zwei Arten von neuen Parteien unterscheidet. Der erste Typus ist auf den Gewinn einer Wahl aus. Gründer dieser Partei glauben, dass sie die Partei auf einer Skala ansiedeln können, deren Standpunkte die von keiner bestehenden Partei erfüllt wird. Der zweite Typus zur Entstehung neuer Parteien ist darauf aus *„(...) bereits bestehende Parteien so zu beeinflussen, daß sie ihre politische Linie ändern oder gerade nicht von ihr abweichen: das Hauptziel solcher Parteien besteht nicht in einem Wahlsieg.“*<sup>143</sup> Die Unterscheidung der Beweggründe für die Gründung einer neuen Partei ist schwer zu treffen, können aber nach Absicht und Erfolg klassifiziert werden. Downs geht davon aus, dass alle neuen Parteien Wahlen gewinnen wollen. Die Überlebenschancen einer neuen Partei erhöhen sich, wenn die Gelegenheit ergriffen wird, einer älteren Partei die Wähler wegzunehmen, indem sie sich zwischen die ältere Partei und deren Wähler schiebt.<sup>144</sup> Das Auftreten einer neuen Partei macht sich bei einer Veränderung in der Verteilung des Wählers längs der politischen Skala bemerkbar und auch durch soziale Revolutionen.<sup>145</sup>

### 3.2.2 Gelegenheit für eine Linkspartei

Zwar handelt es sich bei der Linkspartei nicht um einen neu gegründete Partei nach Anthony Downs, doch spiegeln sich die von ihm genannten Gründe für das Entstehen einer neuen

---

<sup>141</sup> Siehe: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 25

<sup>142</sup> Siehe: Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, S. 25

<sup>143</sup> Siehe: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 123

<sup>144</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 124

<sup>145</sup> Vgl.: Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 126

Partei hier wieder. Die Reformen der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ waren mit drei Maßnahmebündeln 2004 bereits umgesetzt, doch die Erwerbslosigkeit blieb hoch. Es kam zu weiteren Einschnitten durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV). Als wichtigster Aspekt ist darin die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu sehen. Am 1. Januar 2005 wurde das letzte Hartz-Gesetz umgesetzt.

Bereits Anfang März 2004 traf sich die „Wahlalternative 2006“ auf Einladung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaften (Verdi), dessen Angehörige linken Gruppierungen und ehemaligen Parteimitgliedern angehörten. Die Industriegewerkschaft Metall (IG – Metall) startete gemeinsam mit SPD-Mitgliedern die „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Beide Initiativen protestierten gegen die sozial- und arbeitspolitischen Reformen der Bundesregierung und wollten sich als linke Alternative bei der Bundestagswahl 2006 anbieten. Gemeinsam gründeten sie den Verein der WASG am 3. Juli 2004. Die WASG wandelte sich in eine Partei um und ging davon aus, dass sie in den alten Bundesländern auf ein Wählerpotenzial zurückgreifen konnten, welches größer als das bisherige der PDS war.<sup>146</sup>

Hier kann wieder nach Downs klassifiziert werden: zu Beginn wollten nach Neugebauer / Stöss<sup>147</sup> die Gründer der WASG Druck von links auf die SPD ausüben und ihr als Partei durch einen Wahlauftritt Wählerstimmen wegnehmen. In ihrer weiteren Entwicklung war die WASG auf Wahlsieg aus. Um einen solchen zu erreichen, brauchten sie eine Galionsfigur und Bündnispartner. Mit Oskar Lafontaine, der die Chancen auf ein gutes Wahlergebnis nur gemeinsam mit der PDS sah, war ein Kandidat gefunden. Lafontaine machte seine Ankündigung „*Ich habe immer erklärt, meine formelle Mitgliedschaft ist beendet, wenn die SPD mit der Agenda 2010 und Hartz IV in die Bundestagswahl zieht.*“<sup>148</sup> wahr und trat aus der SPD aus. Die PDS begann mit Fusions- und Parteibildungsgesprächen gemeinsam mit der WASG.<sup>149</sup> Zuvor hatte die WASG bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2005 schon 2,2 Prozent der Stimmen gewonnen, euphorisch durch diesen Erfolg und Umfragewerte, in denen sich elf Prozent vorstellen konnten, bei der Bundestagswahl die

---

<sup>146</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 155

<sup>147</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 155

<sup>148</sup> Siehe: SPIEGEL ONLINE (2005): *Lafontaine kündigt SPD - Austritt an*

<sup>149</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 155f

WASG zu wählen, führte zu einem Zustrom von Mitgliedern.<sup>150</sup> Nach Downs handeln die Gründer der WASG und der PDS auf Grund von vorherrschenden Eigeninteressen. Alle sind sie getrieben und motiviert vom Wunsch nach Macht, Einkommen und Prestige. So radikal diese Betrachtung in den 1960er und 1970er Jahren wirken musste, haben diese Thesen bis heute noch Kraft. In Hans Herbert von Arnims „Fetter Bauch regiert nicht gern“ werden Thesen der ökonomischen Theorie an Beispielen aus Deutschland belegt.<sup>151</sup> Oskar Lafontaines Abschied aus der Politik im März 1999 hielt nicht lange an. Schon im Mai spricht er bei einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, im Herbst bringt er sein Buch „Das Herz schlägt links“ raus. Wieder steht er im Mittelpunkt des politischen Geschehens und auf den Bestsellerlisten. Der Leiter des SPD – nahen Dietz Verlages beschreibt Lafontaine als geldgierig. Lafontaine wird zu einem kostspieligen Gast im Fernsehen, während sich die SPD zur Neuen Mitte bewegt, mutiert er zum Hüter der Sozialdemokratie. In der „BILD“ schreibt er eine wöchentliche Kolumne und das Versorgen eines Millionenpublikums mit linkem Gedankengut verschafft ihm Genugtuung. Im Rahmen von Globalisierungsgegnern wie Attac findet Lafontaine ein neues Forum für seine finanzpolitischen Anliegen, doch keine politische Heimat.<sup>152</sup> Lafontaine, der einen ausgeprägten Machtwillen besitzt und 1999 mit 56 Jahren zu jung ist, um von der politischen Bühne zu verschwinden, braucht eine neue Aufgabe, um wieder Macht und Prestige zu erlangen.

Die PDS, die 2002 bei der Bundestagswahl den Wiedereinzug in den Bundestag nicht schaffte, musste sich neu orientieren. Neugebauer und Stöss sahen 2003 kaum Voraussetzungen, dass die PDS es aus eigener Kraft schaffen würde, sich im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Die Parteiorganisation hatte in den alten Bundesländern kein ausreichendes Fundament und die PDS selbst kein neues Programm mit einem gesellschaftspolitischen Konzept. Strukturelle Probleme innerhalb der PDS und die Option, dass die PDS ausschließlich mit der SPD koalieren konnte, ließen eine weitere Existenz dieser Partei ungewiss. In den neuen Bundesländern war sie zwar drittstärkste Kraft, doch die theoretisch mögliche Position links von der SPD blieb unbesetzt.<sup>153</sup> Erst nach dem Rücktritt Oskar Lafontains konnte die Position links der SPD besetzt werden, wenn sich die Partei in Richtung Westen ausdehnt. Anfangs konnten sich die traditionellen Anhänger der PDS keine

---

<sup>150</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem* S. 155

<sup>151</sup> Vgl.: Arnim, v. H.H. (1997): *Fetter Bauch regiert nicht gern. Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben.*

<sup>152</sup> Vgl. Hoell, J. (2004): *Oskar Lafontaine. Provokation und Politik. Eine Biographie*, S. 208-220

<sup>153</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2003): *Die PDS in Not*, S. 155ff

erfolgreiche Ausdehnung in den alten Bundesländern vorstellen.<sup>154</sup> Im Sommer 2004 traten die ersten Gerüchte über einen Zusammenschluss von WASG und der Linkspartei.PDS auf, aber auch hier gaben professionelle Beobachter der Vereinigung zu einer neuen Linkspartei in Zukunft keine Chance. Zu groß waren die Unterschiede, Risiken, Widersprüche und Unabwägbarkeiten.<sup>155</sup> Zwei Ereignisse führten allerdings zur Wende der bisherigen nicht vorhandenen Kooperation der Parteien. Die Landtagswahl im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen und die Absichtserklärungen von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Nach der Landtagswahl im Mai 2005 wurde beiden Parteien klar, dass die Zusammenarbeit notwendig ist. Die WASG gewann 2,2 Prozent der Stimmen und die PDS musste mit einem Ergebnis von 0,9 Prozent feststellen, dass sie es alleine nicht schaffte, in den alten Bundesländern Fuß zu fassen. Gleichzeitig erkannte die WASG, dass sie bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 alleine keine Chance hat. Die Landtagswahl war somit Voraussetzung für das Bündnis der beiden Parteien. Gysi und Lafontaine räumten durch mehrere Wortmeldungen ein, dass der Weg für eine Parteifusion frei gemacht wird.<sup>156</sup> Mit den beiden Repräsentanten Gysi und Lafontaine verfügte das Linksbündnis über zwei Persönlichkeiten, welche die notwendige Medienaufmerksamkeit garantierten.

Die Linke hat die Gelegenheit ergriffen, sich langfristig links von der SPD zu positionieren. Für beide Parteien war der Zusammenschluss eine win – win Situation. Diese Situation war vorteilhaft für die Verhandlungen zur Zusammenschließung der Parteien. Der Fusionsparteitag am 16. Juni 2007 in Berlin verlief reibungslos, das Führungspersonal wurde seit Oktober 2005 verhandelt und gesamtparteiinterne Flügelkämpfe und Rivalitäten blieben aus.<sup>157</sup>

Sollten Schröder und Münterfering durch die vorgezogenen Neuwahlen 2005 gehofft haben, dass sie durch die kurze Vorlaufzeit eine Parteibildung der Linkspartei verhindern könnten, lagen sie gründlich daneben. Die Linkspartei wurde stattdessen eine Adresse des sozialen Protests für eine große Gruppe von Modernisierungsverlierern.

---

<sup>154</sup> Vgl.: Koß, M. (2007): *Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen*, S. 132

<sup>155</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 185

<sup>156</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 191

<sup>157</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss, R. (2008): *Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem*, S. 177

Profit schlug die Linkspartei auch aus der großen Koalition. Weit mehr hätte es der Linken geschadet, wenn die SPD in die Opposition gekommen wäre und die linke Lücke neben dem Parteispektrum wieder gefüllt hätte.<sup>158</sup> Insgesamt hat die Linkspartei die einmalige Gelegenheit erfolgreich genutzt. Waren es bei der Bundestagswahl 2005 noch Wähler, die unzufrieden über die anderen Parteien waren, hat es die Linkspartei in den folgenden Jahren geschafft, sich eine feste Wählerschaft aufzubauen. Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2009 in Saarland brachten der Linkspartei erstmals in den neuen Bundesländern über 20 Prozent der Stimmen. In Sachsen waren es 20,6 Prozent und in Thüringen kam die Linke auf 27,4 Prozent. Für die Bundestagswahl im September 2009 hatte der Kanzlerkandidat der SPD, Frank Walter Steinmeier, eine Koalition mit der Linken ausgeschlossen. Noch mal konnte sich die SPD nicht in ein zweites Hessen hineindrängen lassen. In Frage wurde auch gestellt, ob die SPD nach der Bundestagswahl 2009 überhaupt als Volkspartei aus der Wahl geht. Mit 23 Prozent der Stimmen verliert die SPD 11,2 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Bundestagswahl und DIE LINKE hat mit 11,9 Prozent der Stimmen eine Zustimmung von ca. 5,2 Millionen Wahlberechtigten<sup>159</sup> und zählt damit zu den Gewinnern der Bundestagswahl 2009. Mit 76 Sitzen im Bundestag wird die Linkspartei vertreten sein.

Dass die Linkspartei zwanzig Jahre später, nach viermaliger Umbenennung, erfolgreich in der Bundestag einzieht, damit hat wohl niemand nach 1989 gerechnet. Dieser unerwartete Erfolg hat für das Parteiensystem in Deutschland weit reichende Folgen, vor allem für die SPD, die durch die linke Konkurrenz keine Chancen mehr hat, an frühere Wahlergebnisse heranzukommen.

Keine andere Partei im deutschen Bundestag präsentiert den gesellschaftlichen Bedarf nach sozialer Gerechtigkeit so wie DIE LINKE. Doch der Erfolg der Linkspartei lässt sich auf die Reformen der SPD wie Agenda 2010 und Rente mit 67 sowie den Rechtsruck der Sozialdemokratie begründen. Dazu kommt, dass Wähler, die den bürgerlichen Parteien misstrauten, im linken Spektrum nur die Linkspartei als Wahlmöglichkeit hatten. Wähler, die sich auf der Verliererseite der wirtschaftlichen Entwicklung sehen und das Gefühl haben, dass es in Deutschland ungerecht zugeht.<sup>160</sup>

---

<sup>158</sup> Vgl.: Hartleb, F. / Rode, F. (2006): *Populismus und Kleinparteien. Am Beispiel der Linkspartei. PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl*, S. 176

<sup>159</sup> Vgl.: Deckers, Daniel (2009): *Die Schere schließt sich. Neue Gerechtigkeit: Der Wähler macht die kleinen Parteien größer*, S. 1

<sup>160</sup> Vgl.: Deckers, Daniel (2009): *Die Schere schließt sich. Neue Gerechtigkeit: Der Wähler macht die kleinen Parteien größer*, S. 2

## 4 Parteiprogrammatische Grundlage

Die parteiprogrammatische Grundlage der Linkspartei beschränkt sich auf den Kennwert der sozialen Gerechtigkeit. Die soziale Gerechtigkeit beruht auf der Ideologie linker Parteien.<sup>161</sup> Im vorangegangenen Kapitel wurden nach Anthony Downs die Ideologien der Parteien vor allem als Waffe für den Kampf ins Regierungsamt eingesetzt. In diesem Kapitel wird die Herkunft der politischen Ideologie beschrieben und welche Funktion diese bei der Bildung von Parteiprogrammen einnimmt. Um das zu untermauern, werden die Parteiprogramme verglichen. Ein bei der Linkspartei nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei auch die Zusammenarbeit der Mitglieder aus den neuen Bundesländern mit denen aus den alten Bundesländern und wie sich diese Unterschiede auf die Organisation der Linkspartei auswirken.

### 4.1 Politische Ideologien

*„Politische Ideologien sind vereinfachende, sehr grobe ‚Landkarten für gesellschaftliche Problemzonen‘, sie simplifizieren, emotionalisieren, zwingen zu Werteselektionen und apodiktischen Stellungsmaßnahmen usw., auf der anderen Seite steigerten sie die Komplexität des politischen Systems, weil nun jedes Thema zumindest zwei Fassungen erhalten kann, nämlich eine ‚progressive‘ und eine ‚konservative‘.“<sup>162</sup> Diese Entwicklung zu politischen Ideologien war allerdings erst mit der Ausbreitung der Printmedien verbunden. Erst mit dieser neu gewonnenen Öffentlichkeit wurde die neue Struktur im politischen System hervorgebracht. Das Wahlrecht wurde erweitert und politische Parteien konnten sich nach 1848 auch in Deutschland und Österreich bilden. Gleichzeitig dehnte sich die politische Presse wesentlich stärker aus und orientierte sich an den ideologischen Strömungen der Leser. Dadurch wurden die Leser politisch geformt.<sup>163</sup> Die Aufgabe von Parteien als Organisationen sind der Versuch: (...) die diffusen ideologischen Strömungen der ‚öffentlichen Meinung‘ in Programme zu gießen und mit diesen in Wahlkämpfen um die Zustimmung der Wähler zu werben.“<sup>164</sup>*

Ideologien treten in der Gesellschaft dann auf, wenn traditionelle Lebensregeln und Werte ihre unmittelbare und unbefragte Akzeptanz verlieren. Dann werden neue

---

<sup>161</sup>Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 636

<sup>162</sup>Siehe: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 629

<sup>163</sup>Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 629f

<sup>164</sup> Siehe: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 630f

Orientierungsmuster dank der Ideologien geschaffen um eine Legitimation für neue Muster der Werte-Orientierung zu erreichen. Dadurch dass der soziale Wandel immer wieder neue Handlungsoptionen mit sich bringt, helfen Entscheidungen für bestimmte Werte, um ständige Verunsicherung zu vermeiden. Wenn nach Werten entschieden wird entfällt die Begründung der Entscheidung. Die Landkarte mit den Problemen in der Gesellschaft kann mit ideologischem Blick angeschaut werden und die Orientierung ist leichter.<sup>165</sup>

#### **4.1.1 Politische Ideologie der Linkspartei**

*„Politische Parteien sind formale Organisationen, die auf Grundlage ideologisch geprägter Programme in kompetitiven Wahlen Wahlerfolge anstreben, und ihre Personalvorschläge für die Besetzung von Positionen der Staatsleitung realisieren wollen.“*<sup>166</sup> Nach dieser Definition von Hannes Wimmer zeichnet sich in den Parteiprogrammen die Ideologie der Partei ab.

Ab 1850 verschob sich der Liberalismus nach rechts und links wurde der Sozialismus besetzt. Die linke Seite kämpfte für Veränderung, mehr soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Emanzipation und Mitbestimmung, als Gesamtpaket der sozialen Demokratie. Innerhalb der Linken können zwei Strömungen ausgemacht werden, die gemäßigte Linke oder die radikale Linke. Ob sich allerdings zwei linke Parteien im Parteiensystem behaupten können, ist abhängig von den Faktoren, welche die ideologischen Strömungen der Öffentlichkeit beeinflussen<sup>167</sup> Der SPD ist es mit dem Godesberger Programm 1959 gelungen, die ideologisch marxistischen Strömungen aus der SPD zu entfernen. Gleichzeitig begannen somit die Flügelkämpfe innerhalb der Partei und mit den Gewerkschaften.<sup>168</sup> Durch die Protest- und Alternativkultur, der die 1968er Jahre folgten und der Bildungsrevolution konnte die SPD den Ansprüchen aus den linken Alternativbewegungen nicht gerecht werden. Aber es war ihr auf Grund der Bestandswahrung bei den Gewerkschaften und der eigenen Tradition auch nicht möglich. Die Gründung der Grünen, links von der Sozialdemokratie, war das Ergebnis.<sup>169</sup> Durch die Abwanderung der Wähler rückte die SPD weiter nach rechts. Wie im Kapitel zuvor beschrieben, begann durch den Rechtsruck der SPD der Prozess zur Entstehung der Linkspartei.

---

<sup>165</sup>Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 532

<sup>166</sup> Siehe: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 617

<sup>167</sup>Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 672

<sup>168</sup>Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 682

<sup>169</sup> Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 683

Die Ideologie der Linkspartei als Nachfolgepartei der SED ist ein Protest gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreformen der Benachteiligten. Auf emotionaler Ebene wird die Angst vor Identitätsverlusten und Empörung über soziale Ungerechtigkeit verbreitet. Als eine Partei des ‚kleinen Mannes‘ wird die Gesellschaft von der Linkspartei in Modernisierungsverlierer und profitgierige Kapitalisten aufgeteilt. Die Linkspartei präsentiert sich als einzig wählbare Partei zwischen den Volksparteien, die keine Politik der Umverteilung und des Sozialabbaus betreiben, als eine Partei, die soziale Ausgrenzung und sozialen Abstieg verhindert. Das DIE LINKE auch als Friedenspartei auftritt, ist eng damit verbunden, dass in Gesamtdeutschland durch Antiamerikanismus Stimmen gewonnen werden können. Den Antifaschismus hat die Partei sich auch auf die Fahnen geschrieben, da dadurch die oftmals zersplitterten Fraktionen einheitlich auftreten.<sup>170</sup>

Die Linkspartei selber beschreibt sich in ihren „Programmatischen Eckpunkten“ wie folgt: *„Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab - Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.“*<sup>171</sup> Ein Parteiprogramm ist seit dem Zusammenschluss der WASG und der Linkspartei.PDS noch nicht verabschiedet worden. Auf der Homepage der Linkspartei ist dazu folgendes zu finden: *„Die ‚Programmatischen Eckpunkte‘ sind noch kein geschlossenes Parteiprogramm der neuen Linken. An einem solchen Programm mitzuarbeiten - dazu laden wir ein.“*<sup>172</sup> Doch bis heute gibt es noch kein Programm mit dem die Linkspartei arbeitet, dabei wurden im März 2007 die „Programmatischen Eckpunkte“ verabschiedet. Die Eckpunkte schließen mit einer Liste an offenen Fragen, wobei unter anderem auch nach der Werteorientierung gefragt wird: *Begründen wir linke Politik vorrangig aus der Bezugnahme auf die Sorgen und Nöte, Bedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der abhängig Arbeitenden und der sozial Benachteiligten, oder vorrangig aus Wertorientierungen und politischen Zielvorstellungen? Welche Bedeutung hat der Bezug auf Klasseninteressen und -kämpfe für unsere Politik?*<sup>173</sup> Im ersten Halbjahr 2011 wird DIE LINKE ein neues Programm verabschieden. Dieses wurde von Bundesgeschäftsführer

---

<sup>170</sup> Vgl.: Hartleb, F. / Rode, F. (2006): *Populismus und Kleinparteien. Am Beispiel der Linkspartei.PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl*, S. 165-173

<sup>171</sup> Siehe: DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte, Vorbemerkung

<sup>172</sup> Siehe: DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte, Vorbemerkung

<sup>173</sup> Siehe: DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte, Nachbemerkung

Dietmar Bartsch am 19. Oktober 2009 verkündet. Er versprach, dass die vielen offenen Punkte dann angesprochen und verfasst werden.<sup>174</sup>

Die „Programmatischen Eckpunkte“, die bei dem Zusammenschluss der beiden Parteien entstanden sind, erinnert nach Hubertus Knabe an einen: „(...) *Duktus an Verlautbarungen der SED, bei denen lediglich einige Versatzstücke ausgetauscht wurden. (...)*“<sup>175</sup> und Knabe sieht eine programmatische Rückkehr zum Staatssozialismus.<sup>176</sup>

Um als Linkspartei die Funktion einer Ideologien konkretisierenden Organisation zu erfüllen, braucht es mehr als „Programmatische Eckpunkte“, welche mehr Fragen als Aussagen aufwerfen. Die Funktionäre sollten wissen, wie innerhalb der Parteibasis Fragen diskutiert werden, welche Einstellungen existieren und wie der politische Gegner agiert. Daher müssen programmatische Positionen anhand von Issues laufend der Öffentlichkeit präsentiert werden, um als Partei ideologisches Profil zu gewinnen. Der Wähler wird die dort präsentierten Informationen nutzen und dadurch wissen, für was die Partei steht, was die Wahl für ihn vereinfacht.<sup>177</sup> In wie weit bei den Einstellungen der Linkspartei auch die Möglichkeit der Umsetzung besteht, bleibt dabei unklar. Es könnte fast eine Ideologie sein, dass DIE LINKE Versprechungen macht, ohne dass diese zu finanzieren (Mindestlöhne, Verstaatlichung von Unternehmen) oder umzusetzen sind (NATO-Austritt). Konkrete Vorschläge zur Umsetzung und Finanzierung sind in den „Programmatischen Eckpunkten“ nicht zu finden. Doch die populistischen Forderungen ohne ökonomische Vernunft und auf Kosten der künftigen Generation scheinen bei den Wählern Anklang zu finden, immerhin sind der Linkspartei mit den Forderungen, dass soziale Wohltaten verteilt werden, bei der Bundestagswahl 2009 mit 11,9 Prozent der Stimmen 76 Sitze im Bundestag sicher.

Das Image, welches die Linkspartei in Deutschland genießt, ist neutral bis positiv. Kaum eine Talkshow kommt ohne einen Vertreter aus der Linkspartei aus. Die Wahlkampflogans der Linken waren frisch und flott. Insgesamt kam DIE LINKE in diesem Wahlkampf jung und dynamisch daher und konnte sich einer stark medialen Aufmerksamkeit bedienen.

---

<sup>174</sup> Vgl.: DIE LINKE: 2011 wird es ein neues Programm geben

<sup>175</sup> Siehe: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 241

<sup>176</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 245

<sup>177</sup> Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 645

## 4.2 Basis und Organisation der Linkspartei

Nach außen tritt DIE LINKE gerne als Partei auf, der junge Menschen angehören. Mit Sarah Wagenknecht oder zu PDS - Zeiten Angela Marquardt sind bzw. waren junge Frauen präsent. Mit Oskar Lafontaine als Repräsentanten aus den alten Bundesländern und Gregor Gysi aus der ehemaligen DDR scheinen typische Mitglieder ihre Partei zu präsentieren. Doch innerhalb der Partei schauen die Mitglieder ganz anders aus. Weder Frauen noch junge Menschen bestimmen das Bild der Linkspartei. Es sind ältere Männer, wobei der größte Teil aus den neuen Bundesländern stammt. Die Parteimitglieder der Linkspartei werden in der Personalpolitik nach Marketing-Gesichtspunkten eingesetzt um jung, frech und unkonventionell beim Wähler anzukommen.<sup>178</sup>

### 4.2.1 Mitglieder der Linkspartei

Mit 75.968 Parteimitgliedern<sup>179</sup> hat DIE LINKE eine Partei aufgebaut, die sich in der Mehrzahl aus ehemaligen PDS-Mitgliedern zusammensetzt. Die ca. 11.000 Mitglieder aus der WASG, die der Linkspartei beitraten, fallen somit nicht ins Gewicht.<sup>180</sup> Die Mitglieder der Linken kommen noch immer zum größten Teil aus den neuen Bundesländern, so sind in Sachsen fast 13.000 Linksparteianhänger und in Schleswig-Holstein sind es gerade mal 1000 Mitglieder.<sup>181</sup> Seit dem Zusammenschluss gewinnt die Partei allerdings kontinuierlich Mitglieder aus den alten Bundesländern dazu, während es in den neuen Bundesländern weniger werden. Nach Ulrich Maurer, Verantwortlicher für den Aufbau der Partei, liegt das Durchschnittsalter der Partei weit über 60 Jahre und insgesamt gebe es ein Defizit bei den 18-24 Jährigen. Die meisten Mitglieder hat die Partei durch Todesfälle verloren, was mit der Überalterung der Partei zusammenhängt.<sup>182</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die meisten Mitglieder schon in der DDR als SED – Genossen tätig waren. Nachforschungen innerhalb der Linkspartei haben ergeben, dass DIE LINKE zu mehr als fünfzig Prozent aus ehemaligen SED-Mitgliedern besteht.<sup>183</sup> DIE LINKE selbst gibt dies auf ihrer Homepage bekannt: *„Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. In der*

---

<sup>178</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 262f

<sup>179</sup> Vgl.: DIE LINKE, Partei, Fakten, Mitgliederzahlen, Stand: 31.12.2008

<sup>180</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 264

<sup>181</sup> Vgl.: DIE LINKE, Partei, Fakten, Mitgliederzahlen, Stand: 31.12.2008

<sup>182</sup> Vgl.: Der Tagespiegel (21.03.2008): *Tausende neue Mitglieder für die Linke*

<sup>183</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 265

*PDS bzw. Linkspartei. PDS waren vor allem Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland organisiert. Zu einem größeren Teil waren sie zuvor Mitglieder der SED.*<sup>184</sup> Noch immer sind diese alten SED-Kader in der Linkspartei federführend unterwegs. So waren von den 53 Bundestagsabgeordneten in der vorangegangenen Legislaturperiode mehr als dreißig Prozent frühere SED-Mitglieder. Parteichef Lothar Bisky, Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi, Parlamentarische Geschäftsführerin Dagmar Enkelmann, Bundesgeschäftsführer Dietmar Barsch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Barbara Höll und weitere Bundestagsabgeordnete der Linkspartei haben noch ein Parteibuch der SED. Viele von ihnen waren in der ehemaligen DDR junge, aufstrebende SED - oder FDJ – Funktionäre, die durch die Wende um ihre Karrieren gebracht wurden. Mit der PDS wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, diese Karrieren unter neuen Bedingungen fortzusetzen.<sup>185</sup>

Mit dem Zusammenschluss der westdeutschen Protestpartei WASG kamen neuen Mitglieder aus den alten Bundesländern in die Linkspartei zu den wenigen die schon seit 1990 in der PDS waren. Vor allem waren es drei Gruppen: Altlinke, die im Bund Westdeutscher Kommunisten organisiert waren, alte Kommunisten und junge unerfahrene Mitglieder.<sup>186</sup> Zu diesen kamen jetzt aus dem Westen die Mitglieder der WASG, das waren: gut ausgebildete Arbeitnehmer, Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger und Selbständige. Die meisten waren organisationserfahrene Gewerkschafter, aber auch ein nicht unwesentlicher Teil ist erstmals im Leben politisch aktiv geworden. Insgesamt kamen Personen mit klassischen gewerkschaftlichen-sozialstaatlichen Einstellungen zur Linkspartei.<sup>187</sup> Im Gegensatz zur PDS mit einem Frauenanteil von fast 50 Prozent kam die WASG nur auf einen Frauenanteil von 22 Prozent. Nur sieben Prozent der Mitglieder der WASG stammten aus den neuen Bundesländern.<sup>188</sup>

Den Fakten nach gibt es wenige Berührungspunkte der Parteimitglieder, doch die beiden zusammengeschlossenen Gruppen eint ein gleichartiges Verständnis von Politik. Politik wird von der Linkspartei mit Sozialpolitik auf eine Ebene gestellt. Die Qualitätskriterien für gute Politik werden daran gemessen wie dicht das soziale Netz mit seinen Sozialleistungen ist. Staatliche Risikoabwehr, Zukunftssicherung, ein Recht auf Arbeit und soziale

---

<sup>184</sup> Siehe: DIE LINKE, *Wo kommt DIE LINKE her?*

<sup>185</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 265-268

<sup>186</sup> Vgl.: Koß, M. (2007): *Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen*, S. 122

<sup>187</sup> Vgl.: Nachtwey, O. (2007): *Im Westen was Neues*, S. 178-179

<sup>188</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 215

Rundumversorgung sind die Ziele dieser linken Politik. Die PDS – Mitglieder identifizieren sich mit dem Sozialstaat in der ehemaligen DDR und die WASG – Mitglieder sehen sich als Verlierer des Gesellschaftlichen Strukturwandels und möchten eine Rückkehr zum früheren Sozialstaat.<sup>189</sup> Die Mitglieder der Linkspartei haben mehrheitlich keine revolutionäre Ideen, sondern wollen anpacken und bei Veränderungen ansetzen. Der Zusammenschluss war im eigenen Interesse aller Mitglieder, um eine Mitgliederpartei zu werden bzw. den Status zu halten.<sup>190</sup>

Dass trotz der gemeinsamen Ziele der Parteimitglieder Spannungen und Probleme auftreten, gab Gregor Gysi zu verstehen, als er beim ersten ordentlichen Bundesparteitag im Mai 2008 über die Spannungen von west- und ostdeutschen Mitgliedern sprach. Nach Gysi habe sich die Partei zusammengefunden, aber noch nicht vereint.<sup>191</sup>

Doch die Linkspartei ist mehr als nur die Herkunft ihrer Mitglieder. Als Nachfolgerin der SED mit deren Mitgliedern sagt das noch nichts über die Möglichkeiten der neuen Partei. Innerparteiliche Spannungen und das starke Gewicht eines Parteiprogramms sind sicher dafür verantwortlich, dass es zwei Jahre nach dem Zusammenschluss beider Parteien noch kein Parteiprogramm gibt.

#### 4.2.2 Organisations- und Mitgliederstruktur der Linkspartei

Das Führungspersonal einer Partei entscheidet, lenkt und strukturiert Prozesse, gibt die Richtung vor, fasst Beschlüsse und setzt diese durch. Bei der Linkspartei besteht das Führungspersonal noch aus den Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch.<sup>192</sup> Nach dem Bundesparteitag in Rostock im Mai 2010 werden Klaus Ernst und Gesine Götzsch den Parteivorsitz übernehmen.

Vordenker und Mitorganisator der Fusion zur Partei DIE LINKE war André Brie, der jahrelang an Strategien und Reformen arbeitete und Ideengeber für Gysi und Bisky war. In

---

<sup>189</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 216

<sup>190</sup> Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 221

<sup>191</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 139

<sup>192</sup> Vgl.: DIE LINKE; Partei, Organe, Mitglieder des Parteivorstands

den 1990er Jahren begann er, Programmvorschläge und Papiere zu entwerfen, um mit der SPD zu koalieren. Innerhalb der PDS bekämpfte er SED-Sentimentalitäten und setzte die Distanzierung von stalinistischen Programmelementen durch. Innerhalb der PDS hatte er viele Kritiker, die seine Reformversuche verweigerten. Ein weiteres Manko war Bries Zugang zur Öffentlichkeit. Defizite der PDS gab er der Öffentlichkeit unverblümt bekannt.<sup>193</sup> Er wechselte 1999 in das EU-Parlament, wurde aber für die Europawahl 2009 von der Linkspartei nicht wieder aufgestellt, da er als innerparteilicher Kritiker von Oskar Lafontaine gilt. Mit der Unterzeichnung einer EU-Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte auf Kuba verstimmt Brie zusätzlich seine Partei DIE LINKE. Mit einem offenen Brief verkündete er im Juni 2009, dass die Linkspartei unter Oskar Lafontaines Autorität in die politische Wirkungslosigkeit geht.<sup>194</sup> Der Einzug über ein Direktmandat in den Bundestag ist ihm nach der Wahl 2009 allerdings nicht gelungen.

Obwohl Brie durch seine Tätigkeit bei der Staatsicherheit in der ehemaligen DDR nicht um aussichtsreiche Führungspositionen kämpfte und somit kein Konkurrenz auf der Führungsebene der Linkspartei darstellte<sup>195</sup>, ist ihm durch seine offene Kritik eine Parteikarriere nicht möglich gewesen. Angebote der SPD, in deren Partei zu wechseln, lehnte er bisher ab.<sup>196</sup>

#### 4.2.2.1 Gliederung der Parteiorganisation

Die Linkspartei gliedert sich neben dem Bundesverband mit Sitz in Berlin in 16 Landesverbände mit jeweils einem Landesvorstand. Insgesamt sind ca. 350 Landesverbände aktiv.<sup>197</sup> Oberstes Organ ist der Parteitag, dessen Mitglieder auf zwei Jahre gewählt werden. Zwischen den Parteitagen ist der Bundesvorstand die höchste Institution. Die 44 Mitglieder im Bundesvorstand werden vom Bundesparteitag gewählt.<sup>198</sup> Der organisatorische Aufbau entspricht somit weitgehend dem Gerüst der anderen Parteien in Deutschland, außer dass innerparteilichen Interessengruppen eine große Rolle zugeschrieben wird. Bei einer entsprechenden Größe dürfen die Interessengruppen einen stimmberechtigten Vertreter auf den Parteitag entsenden. Die umstrittenste Gruppe ist dabei die Kommunistische Plattform,

---

<sup>193</sup> Vgl.: Lorenz, R. (2007): *Techniker der „kalten Fusion“*. Das Führungspersonal der Linkspartei, S. 275

<sup>194</sup> Vgl.: SPIEGEL ONLINE (2009): „Ob die Linkspartei Lafontaine überdauert, ist offen“

<sup>195</sup> Vgl.: Lorenz, R. (2007): *Techniker der „kalten Fusion“*. Das Führungspersonal der Linkspartei, S. 280

<sup>196</sup> Vgl.: Bickel, M. (2000): *André Brie. Links liegen gelassen*.

<sup>197</sup> Vgl.: DIE LINKE; Partei, Organe, Organigramm

<sup>198</sup> Vgl.: DIE LINKE; Partei, Dokumente, Bundessatzung

welche marxistische Gedankengut bewahren und weiterentwickeln möchte. Innerhalb der Partei wird ihr Einfluss allerdings als gering eingeschätzt.<sup>199</sup>

Die Sonderstellung von innerparteilichen Interessengruppen existierte schon in der Vorgängerpartei der Linken. In der PDS gab es diverse Plattformen, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften und Initiativgruppen. Wobei die Kommunistische Plattform schon innerhalb der PDS für innerparteiliche Richtungskämpfe verantwortlich war.<sup>200</sup>

#### 4.2.2.2 Der Parteivorstand der Linkspartei

Der Parteivorstand setzt sich aus einer Doppelspitze zusammen: Lothar Bisky und Oskar Lafontaine. Der Parteivorstand ist formal in der Hierarchieebene ganz oben. Als eine Parteifunktion müssen politischen Parteien Personal für die Besetzung von Staatsämtern hervorbringen. Dafür braucht die Partei qualifiziertes Führungspersonal.<sup>201</sup> Nach Franz Walter werden die Personen an der Spitze der Parteien vor allem in der Mediendemokratie immer wichtiger. Aufgabe der Führungsfigur ist es in Symbolik, Stil und Sprache flexibel auf die Erwartungen der verschiedensten Milieus zu reagieren. Die Führungsfigur ist gleichzeitig die Schlüsselgestalt, durch die Parteien sich wiederum durch die Medien präsentieren. Die Führungsgestalt kann Parteitage und Programmdiskussionen ersetzen und dadurch können sie die Möglichkeit wahrnehmen, verschiedene Milieus zu beeindrucken und auch Wähler, die weder auf politische Theorien oder Ideologien ansprechen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden ist bei der Führungsperson Voraussetzung, dass ihr Raum und Autonomie gegeben wird um flexibel zu handeln.<sup>202</sup>

Mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ist es der Linkspartei erfolgreich gelungen, der Partei eine Führungsgestalt zu geben, die in der deutschen Mediendemokratie diese notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

Auch Lothar Bisky knüpfte schon früh an die verbreitete Meinung an, dass die PDS einen gewissen Teil an Protestwählern hat und in den Augen der Wähler die Kandidaten wichtiger sind als Parteiprogramme.<sup>203</sup> Parteivorsitzender Lafontaine und Fraktionsvorsitzender Gysi

---

<sup>199</sup> Vgl.: Taken, J. (2009): *DIE LINKE – Organisation*

<sup>200</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss R. (1996): *Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S. 131ff

<sup>201</sup> Vgl.: Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 631

<sup>202</sup> Vgl.: Walter, F. (1995): *Partei der ewigen 70er: Zur Krise der SPD in der Ära Scharping*, S. 713; zitiert nach Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit*, S. 632

<sup>203</sup> Vgl.: Neugebauer, G. / Stöss R. (1996): *Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, S.64

sind die Namen, die für den Erfolg der Linkspartei stehen. Beide erreichen Aufmerksamkeit in den Medien. Von Gysi wird das Publikum unterhalten und erntet dadurch Sympathie, während Lafontaine Leidenschaft und Kampf verkörpert, was ihm Respekt einbringt.<sup>204</sup>

#### 4.2.2.3 Organisation und Basis. Handeln alle für alle mit?

„Ihr handelt für uns alle mit“ mahnte Lafontaine auf dem Parteitag in Schleswig – Holstein 2009. Damit ist die Basis gemeint ist, die in den Monaten vor der Bundestagswahl 2009 nur dadurch auffiel, dass die Partei eher mit internen Flügelkämpfen beschäftigt war und es an Geschlossenheit mangelte.<sup>205</sup> Doch nicht nur in Schleswig Holstein ist die Basis mit der Parteispitze unzufrieden oder mit internen Streitigkeiten beschäftigt. Seit dem Zusammenschluss WASG und Linkspartei.PDS gab es immer wieder Grabenkämpfe in der Partei, die bis heute andauern. Mit hohem Aufwand versucht die Parteiführung, Skandale und Affären in der eigenen Partei zu verhindern, was ihr allerdings nicht immer gelingt. Auch in Niedersachsen ereignete sich 2008 ein Vorfall, über den sich noch immer die Genossen in der Partei ärgern. Die Abgeordnete Christel Wegner rechtfertigte den Bau der Mauer als Maßnahme, dass nicht noch mehr Bürger aus dem Westen in die DDR kamen. Zusätzlich brauche es bei der von ihr angestrebten Gesellschaftsform auch ein Organ, welches mit der damaligen Staatssicherheit vergleichbar wäre. In Niedersachsen wurde Wegner aus der Fraktion geworfen.<sup>206</sup> In Hessen gab es Pit Metz, der den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr mit dem Schießbefehl der innerdeutschen Grenze gleichsetzte und in Nordrhein Westfalen ist DIE LINKE radikaler als auf Bundesebene. Hier wurde das Wahlprogramm schärfer formuliert als vom Parteivorschlag vorgeschlagen und Sahra Wagenknecht kandidierte dort auf Platz fünf für den Bundestag, was bei Parteimitgliedern nicht für Begeisterung sorgte.<sup>207</sup> Sahra Wagenknecht ist Wortführerin der Kommunistischen Plattform, Mitglied des Europaparlaments und des Bundesvorstands mit der besonderen Fähigkeit, den Extremismus zu vermarkten. Als Mitglied des Parteivorstands in der PDS musste sie 1995 für fünf Jahre ausscheiden, da Gregor Gysi Wagenknecht nicht für tragbar hielt.<sup>208</sup> Bisky, Lafontaine und Gysi haben sich gegen Vorschläge von linken Bundestagsabgeordneten durchgesetzt, dass Wagenknecht nicht stellvertretende Parteivorsitzende wird.<sup>209</sup> Vor der

---

<sup>204</sup> Vgl.: Küpper, M. (2009): *Comandante Oskar und Gregor, der Entertainer*, S. 3

<sup>205</sup> Vgl.: Reißmann, O. (2009): *Lafontaine bringt Nord-Linke auf Linie*

<sup>206</sup> Vgl.: Teevs, C. (2009): *Linke in Schleswig Holstein. Mobben, schachern, bocken*

<sup>207</sup> Vgl.: Teevs, C. (2009): *Linke in Schleswig Holstein. Mobben, schachern, bocken*

<sup>208</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 339

<sup>209</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 340

Bundestagswahl 2009 gab es eine weitere Auseinandersetzung innerhalb der Partei. Hier stand der erste Entwurf des Programms zur Bundestagswahl in der öffentlichen Kritik aus den eigenen Reihen und es gab erheblichen Widerstand innerhalb der Partei. Die Hauptvorwürfe waren, dass DIE LINKE sich als Koalitionspartner anbiedere und dadurch erheblich von der eigenen Kernposition abwich. Kritiker sahen die Glaubwürdigkeit der Partei in Gefahr. Wieder war es untern anderem auch Sahra Wagenknecht, die kritisierte, dass der Parteivorstand bei der Erstellung des Papiers sich nicht beteiligen durfte. Wagenknecht kritisierte auch, dass der Begriff Sozialismus in dem Entwurf nicht vorkam und es war für sie unmöglich, mit diesem Wahlprogramm in den Wahlkampf zu gehen. Gysi verteidigte den Entwurf damit, dass Wahlprogramme ohnehin keiner liest. Im Wahlkampf kommt es auf Geschlossenheit an.<sup>210</sup> Im Juni 2009 wurde das 57seitige Wahlprogramm vom Bundestagswahlparteitag verabschiedet. Durch den Druck innerhalb der Partei hat sich das Wahlprogramm weiter ausgeweitet auf zwei Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, 100 Millionen Euro sollen für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur verwendet und Hartz IV soll abgeschafft werden. Ein Mindestlohn von 10 Euro ist vorgesehen. Eine Koalitionsaussage wurde nicht getroffen.<sup>211</sup>

Auch an den parteiinternen Diskussionen am Wahlprogramm zeigt sich, dass es genau diese Geschlossenheit innerhalb der Partei, nicht gibt. Die anderen angeführten Beispiele machen darauf aufmerksam, dass DIE LINKE es nicht geschafft hat, sich zu vereinen. Die Splittergruppen aus dem Westen und die Genossen aus dem Osten haben als größten gemeinsamen Nenner nur das Misstrauen gegenüber den anderen in der Partei. Es ist den Vorsitzenden nicht gelungen, die Partei auch inhaltlich zusammenzuführen.

Noch immer fehlt es den Genossen auch innerhalb an Substanz. Gewählt wird die Partei für Fragen, die sie stellt, aber nicht für die Antworten. Die Antworten sind auf Grund des fehlenden Parteiprogramms nicht vorhanden. Ein Programm gibt es auf Wunsch von Oskar Lafontaine auch nicht, da die internen Diskussionen in den vielen Flügeln und Lagern um ein Parteiprogramm viele Gelegenheiten für einen öffentlichen Streit bieten könnten. Nach einer parteiinternen Studie wird der Linkspartei wenig Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und Außenpolitik bescheinigt. Die Mehrheit der Parteimitglieder sieht das Thema Soziale Gerechtigkeit sogar besser bei der SPD aufgehoben als in der eigenen Partei. Insgesamt mangelt es an der Basis der Partei, Mitglieder, die DIE LINKE zählt, stehen im Verdacht

---

<sup>210</sup> Vgl.: Hengst, B. (2009): *Linke zerfleddert eigenen Programmentwurf*

<sup>211</sup> Vgl.: DIE LINKE, Wahlen, Kurzwahlprogramm S. 2

keine zu sein. Die Meldeadresse stimmt nicht mit der Zahlungsadresse überein. Zusätzlich gibt es Spannungen zwischen den Mitgliedern aus dem Osten und dem Westen.<sup>212</sup> Die Zusammenarbeit von Vorstand und Basis ist in der Linkspartei durch die Personen Lafontaine und Bisky nicht leicht.

Oskar Lafontaine hielt sich für den heimlichen Kanzler Deutschlands und sah sich schon als ersten linken Ministerpräsidenten im Saarland. Nach seiner Ansicht regiert die Linkspartei von der Oppositionsbank, da seit Jahrzehnten keine andere neu gegründete Partei das politische Gefüge in Deutschland so stark veränderte.<sup>213</sup> Mit solch einem Selbstbewusstsein ausgestattet ist Lafontaine mit seinem Anti – SPD – Kurs in der Partei unterwegs. Es heißt, dass Lafontaine die ganze Partei zu Recht weist. Zu Gysi auch mit der Aussage, dass Gysi ohne ihn gar nicht im Bundestag sitzen würde.<sup>214</sup>

In der Partei selbst ist Dietmar Bartsch Beauftragter dafür, dass Fälle wie Christel Wegner nicht mehr vorkommen dürfen. Die neuen und alten Parteimitglieder in Bayern beispielsweise bekommen ein Medientraining verordnet und werden von Mitarbeitern gesichtet. Im Osten allerdings wird DIE LINKE oft von ihrer SED-Vergangenheit eingeholt. Beflügelt vom Erfolg der Partei und mit neuem Selbstbewusstsein versuchen alte Kader der SED ihr Bild der DDR-Geschichte unter das Parteivolk zu bringen. Eine Möglichkeit dazu bietet der Ältestenrat. Hier ist Hans Modrow der Vorsitzende, früher SED-Chef von Dresden, dann Ministerpräsident in der DDR und später war er Ehrenvorsitzender der PDS.<sup>215</sup> Der Ältestenrat als Bündnis, welches sich auch mit der Geschichte der Linkspartei befasst. In dem Papier „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ vom Juli 2008 soll beim Blick in die DDR Vergangenheit nicht die Aufzählung von Fehlern dominieren, sondern die sozialistische Bewegung war der Motor für sozialen Fortschritt.<sup>216</sup> Beim Vergleich der Ältestenratmitglieder mit dem Personenverzeichnis von Hubertus Knabe<sup>217</sup> fällt auf, dass nur Modrow in der ehemaligen DDR tätig war, was allerdings nicht heißt, dass es auch hier Mitglieder geben kann mit einer SED – Vergangenheit. Überwiegend besteht der Ältestenrat somit aus westdeutschen Altkommunisten und ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären.

---

<sup>212</sup> Vgl.: Deggerich M. / Feldenkirchen, M. / Kaiser, S. (2008): *Oskars fauler Zauber*, S. 22-25

<sup>213</sup> Vgl.: Deggerich M. / Feldenkirchen, M. / Kaiser, S. (2008): *Oskars fauler Zauber*, S. 23

<sup>214</sup> Vgl.: Wehner, T. (2009): *Oskars Geister*, S. 5

<sup>215</sup> Vgl.: Berg, S. / Deggerich, M. (2008): *Nachhut der Arbeiterklasse*, S. 29

<sup>216</sup> Vgl.: DIE LINKE, *Anregungen zum Umgang mit der Geschichte*

<sup>217</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, S. 379 - 384

Doch nicht nur der Ältestenrat in der Linkspartei hat andere Vorstellungen als der Vorstand. Die Linksradiكالen, meist aus dem Westen, die der Ansicht sind, dass die Partei nicht genug polarisiert oder auch die Pragmatiker aus dem Osten, die davor warnen, dass die Partei durch immer radikalere Forderungen unglaubwürdig wird. Einige Reformer haben die Partei auch schon verlassen, da die Mitgliedschaft unter Oskar Lafontaine in zunehmende Disziplinierung ausuferte. Lafontaine, der die Partei auf einen Anti-SPD Kurs einschwor, wobei nicht genügend Mitglieder aus der SPD in DIE LINKE wechselten, verbündet sich daher mit linksliberalen Kräften. Diese sehen DIE LINKE als Protest- und Oppositionspartei. Für die Pragmatiker in der Partei ist es daher eine Partei geworden, die durch ihre radikalen Forderungen den letzten Anschein von Ernsthaftigkeit verlieren.<sup>218</sup> Nach Gregor Gysi sind in der Linkspartei zehn Prozent „Irre“, wie in jeder anderen Partei auch.<sup>219</sup> Der Kultur- und Richtungskampf in der Partei ist somit noch nicht abgeschlossen und wird seinen voraussichtlichen Höhepunkt beim Verabschieden eines Programms im Mai 2010 finden.

#### 4.2.2.4 Die Parteifinzen

Der Umgang mit den Parteifinzen hat bereits der Vorgängerpartei PDS viel Medienaufmerksamkeit und Verdruss gebracht. Die PDS war Nachfolgerpartei der SED und damit ist auch DIE LINKE Nachfolgerpartei der SED und übernimmt das Vermögen aus SED-Zeiten mit. Wie viel Geld die SED besaß, weiß bis heute niemand genau. 16 Jahre nach Prüfung durch die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisation der DDR wurde die Überprüfung mit dem Resultat abgeschlossen, dass die PDS eine Strategie der Vermögensverschleierung betrieb.<sup>220</sup> Die PDS war die reichste gesamtdeutsche Partei, SED-Vermögen wurde gesetzeswidrig verschoben, schwarze Nummernkonten existieren und niemand kann sagen, über welche Vermögenswerte die PDS verfügte. Die finanzielle Erbmasse der SED wurde damit zur politischen Erblast für die PDS.<sup>221</sup> Viele dieser finanziellen und mit finanziellen Verstrickungen verbundenen Ausgaben werden genau wie viele Dokumente allerdings nie an die Öffentlichkeit kommen. Im März 1990 kaufte die PDS die größte Aktenvernichtungsmaschine Europas und vernichtete Akten.<sup>222</sup> Als Nachfolgerpartei der SED nimmt DIE LINKE auch diese politische Erblast mit. Auf der Homepage der Linkspartei ist ein Punkt über das Altvermögen zu finden. Hier heißt

---

<sup>218</sup> Vgl.: Wehner, M. (2009): *Oskars Geister*, S. 5

<sup>219</sup> Vgl.: Gysi, G. (2009): *Wir wehren uns zu wenig*

<sup>220</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, S. 35

<sup>221</sup> Vgl.: Welzel, C. (1992): *Von der SED zur PDS*, S. 102

<sup>222</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 129

es, dass Ende August 1991 die Geldbestände auf den Bankkonten der PDS durch die Treuhandanstalt eingezogen wurden und es somit im September 1992 zu einer finanziellen Neugründung der PDS kam.<sup>223</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte die PDS mehr als 1,7 Milliarden Euro ausgegeben.<sup>224</sup>

Das Reinvermögen der Linkspartei ist nach dem Rechenschaftsbereich mit 25 Millionen Euro bewertet. Ungefähr 40 Prozent ihrer Einnahmen sind Mitgliederbeiträge, während Spenden ca. 9 Prozent ausmachen.<sup>225</sup> Im Verhältnis zu anderen Parteien fließen bei der Linkspartei mehr Gelder aus Spenden in Vergleich zu den Beiträgen. Nach Hubertus Knabe resultiert diese Verhältnismäßigkeit aus der Tatsache, dass noch immer Millionen Euros aus dem Vermögen der SED nicht aufgetaucht sind. Diese können, dank dem deutschen Parteiengesetz, bei der Spenden erst ab 10 000 Euro zu veröffentlichen sind, wieder unauffällig in die Partei gebracht werden.<sup>226</sup>

#### 4.2.2.5 Mitgliederentwicklung und Mitglieder der Linkspartei

Die Linkspartei konnte 2008 und 2009 einen stabilen Eintritt an Mitgliedern verzeichnen, wobei die meisten Mitgliederzuwächse aus den alten Bundesländern kamen. Mitglieder der Linkspartei sind überwiegend Männer. Erwähnenswert ist auch, dass die Mitglieder in den neuen Bundesländern durchschnittlich 20 Jahre älter sind als im Westen.<sup>227</sup>

Andere Parteien würden sich über Zuwachs an Mitgliedern freuen, doch bei der Linkspartei ist dies eher zwiespältig. DIE LINKE zieht nämlich auch Parteimitglieder an, welche schwer in die Parteiarbeit zu integrieren sind. In Hessen äußerte sich Oliver Noll als Wahlkampfleiter in einem Interview zum Mitgliedergewinn in der Linkspartei: *„Wir haben viele politik-unerfahrene Neumitglieder aufgenommen, die teilweise falsche Vorstellungen darüber haben, was Parteiarbeit bedeutet.“*<sup>228</sup>

Der Steigerung der Abgeordneten im Bundestag von 54 auf 76 Abgeordnete lässt die Frage zu, in wie weit die Fraktion geschlossen auftreten kann. Die Parlamentsneulinge sind deutlich

---

<sup>223</sup> Vgl.: DIE LINKE, Partei, Geschichte, Fragen und Antworten

<sup>224</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 173

<sup>225</sup> Vgl.: Rechenschaftsbericht der Partei DIE LINKE für das Kalenderjahr 2008 (2009), S. 3

<sup>226</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 177

<sup>227</sup> Vgl.: Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE (2008): *Zur Partei- und Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE*, S. 1-7

<sup>228</sup> Siehe: Rink, Tiemo (2009): *Linke schlittern in die Krise*

mehr vom äußerst linken Flügel in der Partei und viele zerstrittene Fundamentalisten und Realpolitiker. Innerhalb der Linken werden Auseinandersetzungen über Inhalte und Schwerpunkte erwartet, da teilweise auch Abgeordnete in der Fraktion sitzen, welche ein gespanntes Verhältnis zum Parlamentarismus haben. Spätestens bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms werden die Konflikte zwischen Fundamentalisten und Realpolitikern ausbrechen.<sup>229</sup> Die Positionen der Mitglieder der Linken sind oft nicht vereinbar. Es gibt Gemäßigte und Radikale, Ost-Linke, West-Fundamentalisten, enttäuschte Sozialdemokraten, Kommunisten, Trotzlisten und Realpolitiker.

Insgesamt ist DIE LINKE eine Mischung aus Personen, die seit Jahren einen Systemwechsel herbeisehnen und froh sind, dass es eine neue Partei gibt, in der sie ihre Ideologien verbreiten können. Während der klassische Ostfunktionär aus einer Mehrheitskultur stammt, die er auch erhalten will, ist er im Kern konservativ. Der Westlinke dagegen war immer in der Minderheit und ist daher eher unfähig zu Kompromissen. Dass es daher innerhalb der Partei immer wieder zum Streit kommt, wer von den beiden Flügeln DIE LINKE ist, ist daraus abzuleiten. Die Westlinken halten die Funktionäre aus den neuen Bundesländern für zu vorsichtig, feige und durch das Streben nach Regierungsbeteiligungen für verdorben. Die Ostlinken dagegen sehen die Westlinken als verbohrene Ideologen und teilweise als Verfassungsfeinde in den radikalen Teilen der Linkspartei. Im Osten ist die Linkspartei die pragmatische Regierungs- und Volkspartei und in den alten Bundesländern ist DIE LINKE die Splitter- und Klientelpartei. Das Saarland kann dabei sogar als Lafontaine-Partei bezeichnet werden.<sup>230</sup>

Mit der Programmdebatte, die für nach der Bundestagswahl 2009 angekündigt wurde, wird sich zeigen, welche Kräfte sich durchsetzen werden, denn ein Parteiprogramm macht DIE LINKE greifbar und somit auch angreifbar.

Es könnte möglich sein, dass DIE LINKE in ihrem Realitätssinn mit der Regierungsarbeit gestärkt wird, dies hat sich früher auch bei den Grünen gezeigt und auch DIE LINKE muss im Regierungsfall pragmatisch werden, da das Geld für die reichhaltigen Wahlprogramme gefunden werden muss.<sup>231</sup>

---

<sup>229</sup> Vgl.: Hengst, B. (2009): *76 Abgeordnete, noch mehr Meinungen* (Spiegel.de)

<sup>230</sup> Vgl.: Deggerisch, M. / Scheuermann, C. (2009): *Freie Radikale* (Spiegel.de)

<sup>231</sup> Vgl.: Bornhöft, P. / Deggerich, M. / Kullmann, K. u.a. (2009): *Im Zweifel links* (Spiegel.de)

#### 4.2.2.6 Wie arbeiten ehemalige SEDler mit Mitgliedern aus dem Westen zusammen?

Der Fusionsparteitag der WASG und der Linkspartei.PDS sicherte den Mitgliedern aus den alten Bundesländern einen besseren Verteilungsschlüssel zu, der ihr aufgrund ihrer Größe nicht zugestanden hätte. Die Verbände aus dem Westen stellen circa ein Drittel der Parteimitglieder, besetzen aber insgesamt 40 Prozent aller Posten. Mit dieser Quote sind die Radikalen somit überrepräsentiert.<sup>232</sup> Dass diese „West-Quote“ für die Anhänger aus dem Osten einen Fehler darstellt, ist bekannt.

In einem Interview räumt Gregor Gysi ein, dass DIE LINKE im Osten längst Volkspartei ist und im Westen die strukturelle Situation noch andere Probleme mit sich bringt. Gysi ist sich dabei sicher, dass die Ideologien aus dem Westen nicht die gesamte Partei übernehmen, da diese bisher nicht erfolgreich waren. Die linken Sektierer werden dann ihren Einfluss auf die Partei verlieren, sobald DIE LINKE in allen Landtagen in den alten Bundesländern einzieht und kommunale Mandate übernimmt. Nach Gysi verändert das die Leute so, wie sie ihrerseits die Politik verändern. Trotzdem gibt Gregor Gysi zu: *„Ich wünsche mir manchmal, nicht jeder bei uns fühlte sich berufen, Weltpolitik zu machen.“*<sup>233</sup>

Doch auch schon vor der Bundestagswahl Ende September 2009 gab es unterschiedlichste Auffassungen unter den Genossen im Osten und denen im Westen. Im Osten sind aufgrund der unterschiedlichen Auffassung der Linkspartei einige Mitglieder ausgetreten, welche früher der PDS angehörten. Die Situation, eine Partei zu sein, die seit dem Zusammenschluss mit der WASG nur auf Populismus setzt, sich von Sektierern im Westen in die Mangel nehmen lässt, während Lafontaine seinen Streit mit der SPD austragen kann, ist für sie nicht tragbar. Viele Mitglieder im Osten fürchten, dass die Partei debattiert statt regiert und nur noch als Weltanschauungspartei wahrgenommen wird. Im Westen dagegen gilt die Oppositionsrolle als erstrebenswert und die Frage, ob der Kapitalismus überwunden werden muss, ist für die Wähler im Osten zweitrangig. Im Westen dagegen ist es ein Wahlmotiv. Der Linkspartei im Osten geht es nicht um einen Klassenkampf sondern um Programme. Als Partei mit

---

<sup>232</sup> Vgl.: Deggerich, M. / Scheuermann, C. (2009): *Freie Radikale* (Spiegel.de)

<sup>233</sup> Siehe: Deggerich, M. / Fleischhauer, J. (2009): *„Wir wehren uns zu wenig“* (Spiegel.de)

Regierungsbeteiligungen im Osten hat DIE LINKE dort andere Gewichtungen, vor allem auf den Aspekt der Gestaltungskompetenz.<sup>234</sup>

Das Zusammenwachsen der beiden Parteien ist bisher nicht gelungen. Die inhaltliche Debatte wird nach dem Rücktritt Lafontains Anfang Oktober 2009 als Fraktionsvorsitzender nachgeholt. Doch wie die Genossen innerhalb der Partei mit den anderen Genossen in Zukunft weiterhin umgehen werden, wie die Parteivergangenheit bewältigt wird, welche Strategie es in Zukunft bei der Linkspartei geben soll und was linke Politik in Deutschland bedeuten soll, ist noch offen. All diese internen Parteidebatten werden sicher nicht mit einem Parteiprogramm gelöst werden können.

### 4.3 Partei- und Wahlprogramme im Vergleich

Hier sollen die Parteiprogramme in Hinblick auf die sozialpolitischen Defizite, die eine der Hauptursachen für das Entstehen der Linkspartei, untersucht werden. Zusätzlich wird auch auf die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2005 eingegangen. Dabei wird auch immer ein Fokus auf die Agenda 2010 der SPD gelegt, um die sozialpolitischen Defizite aufzuzeigen, welche durch den Kurs der SPD unter Gerhard Schröder entstanden sind.

#### 4.3.1 PDS und WASG Programm im Vergleich

Durch die Entstehungsgeschichte der PDS und die der WASG unterscheiden sich die Programme deutlich. Während die PDS ihr Programm erst nach jahrelangen Diskussionen 2003 verabschiedete als Nachfolgepartei der SED, PDS-SED und PDS, war die WASG eine Abspaltungsbewegung aus dem gewerkschaftlichen Flügel der SPD. Eine Partei, die sich durch die Politik Gerhard Schröders entwickelte. Die WASG verstand sich nicht nur in ihrem Namen als Wahlalternative. Das Programm der PDS war dadurch viel umfangreicher.

Nachdem Mitglieder der WASG bei der Bundestagswahl 2005 bei der PDS auf deren Liste<sup>235</sup> gesetzt wurden, musste es inhaltliche Übereinstimmungen geben. Diese Übereinstimmungen waren besonders in den sozialen Sicherungssystemen gegeben. Sowohl die PDS als auch die

---

<sup>234</sup> Vgl.: Vitzthum, T. (2009): *In der Linkspartei tobt der Ost-West-Konflikt* (welt.de)

<sup>235</sup> Die Liste nannte sich Linkspartei.PDS um, um die Forderungen der WASG für ein Linksbündnis zu erfüllen.

WASG sind gegen den Verlust des Leistungsanspruchs bei der Ablehnung unzumutbarer Arbeit. Während die WASG sogar die Rücknahme vom Arbeitslosengeld II forderte, war es die PDS, die das Arbeitslosengeld II mindestens auf 420 Euro erhöhen wollte mit höheren Freibeträgen und der Verbesserung von Zuverdienstmöglichkeiten. Beide Parteien forderten eine gesetzliche Mindestsicherung. Identische Positionen hatten beide Parteien auch bei der Krankenversicherung. Hier wollten beide Parteien eine Bürgerversicherung in die alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensgruppen zahlen und die Arbeitgeber die Hälfte der lohnbezogenen Beiträge einzahlen. Das heutige Rentensystem hatte in beiden Programme Zukunft, wenn es auf Freiberufler und Beamte ausgedehnt werde. Die PDS konkretisierte ihre Vorstellungen allerdings genauer als die WASG. Beide Parteien lehnten Rentenkürzungen und das Heraufsetzen der Altersgrenzen ab. Die PDS forderte eine Mindestrente von 800 Euro. Als Finanzierung schlug die PDS vor, dass höhere Einkommen in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, ohne dass die Ansprüche in gleichem Verhältnis steigen.<sup>236</sup> Die Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik orientierten sich beide Parteien auf qualitatives Wachstum. Bei der Erhöhung der Massenkaufkraft und der Binnennachfrage, Mindestlöhnen am Arbeitsmarkt und der aktiven Arbeitsmarktpolitik gab es die meisten Übereinstimmungen. Insgesamt setzte die WASG auf nationalstaatliche Steuerung und die PDS verwies eher auf die europäische Ebene. Die WASG wollte ein Investitionsprogramm befürworten, während die PDS sich stärker an Bildung und ökologische Innovationen orientierte. Unstimmigkeiten gab es zu diesem Zeitpunkt auch schon bei der Finanzierungs- und Verschuldungsfrage der Bundesrepublik. Die WASG sah bei der Verschuldung Deutschlands nämlich überhaupt kein Problem.<sup>237</sup> Bei der bedarfsorientierten Grundsatzsicherung zeichnete sich ab, dass die WASG eher die Interessen der Arbeiterschicht vertrat, die sich bereits einen höheren Lebensstandard erarbeitet hatten, während die PDS die bedarfsorientierte Grundsicherung für alle vertrat.<sup>238</sup>

Dass sich diese Wahl- und Parteiprogramme entwickelten, hängt auch mit der Politik Gerhard Schröders eng zusammen. Nach Schröder gibt es keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder eine schlechte.<sup>239</sup> Während seiner Kanzlerschaft hat sich gezeigt, dass die SPD von ihrem sozialdemokratischen Kurs erheblich abwich. Gleichzeitig näherte

---

<sup>236</sup> Vgl.: Dietzel, H. / Hoffman, J. / Woop, G. (2005): *Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG*, S. 18-20

<sup>237</sup> Vgl.: Dietzel, H. / Hoffman, J. / Woop, G. (2005): *Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG*, S. 34

<sup>238</sup> Vgl.: Dietzel, H. / Hoffman, J. / Woop, G. (2005): *Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG*, S. 35

<sup>239</sup> Vgl.: Diefurth, v. C. (2000): *SPD – eine Partei gibt sich auf*, S. 287

sich aber auch die CDU/CSU an sozialdemokratische Themen heran. In ihren Kernbotschaften war die SPD nicht mehr sicher. Die Identität der SPD-Wähler stützte sich lange Zeit auf das Leitbild der Politik gegen die Märkte, doch dieses politische Leitbild verlor durch das globale Wirtschaftswachstum seine Bedeutung. Trotzdem verdrängte die SPD in ihrer Oppositionszeit unter Helmut Kohl eine Grundsatzdebatte über Markt, Staat und Politik. Mit den gewonnenen Wahlen 1998 schlitterte die SPD in ein Modernisierungsdilemma, die ersten Monate in der Regierung gab Oskar Lafontaine die Regierungspolitik mit klassischer sozialdemokratischer Politik vor: Steuerreform zur Entlastung der niedrigeren Einkommen, finanzielle Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen revidiert und das Gesetz zur Minderung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall wurden unter anderem zurückgenommen.<sup>240</sup> Dass dieses sozialdemokratische Programm Lafontaines nicht dem von Gerhard Schröder entsprach, zeigte sich schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen 1998. Lafontaine erkannte, dass jeder Kandidat Kanzler für die SPD geworden wäre. Das Lafontaine einen strategischen Fehler machte, indem er nicht den Fraktionsvorsitz anstrebte, machte es Schröder leichter, auf seinen Rücktritt hin zu arbeiten.<sup>241</sup> Mit Lafontaines Rücktritt war die linke Parteimehrheit kopflös und der Weg für die Modernisierer in der SPD frei. Schröder brachte den Begriff „Innovation“, der die Reformbereitschaft der deutschen Sozialdemokratie ausdrücken sollte. Das bedeutete in diesem Fall vor allem eine Modernisierung am Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherungssysteme.

Die Ausgangssituation in Deutschland war eine seit 29 Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit, während der Sozialstaat überwiegend seine Ausgaben in die Bezahlung von Arbeitslosigkeit setzte. Der deutsche Sozialstaat förderte Passivität und Konsum, während gleichzeitig kein Geld mehr für Bildung, Wissenschaft, Innovation und Investition vorhanden war.<sup>242</sup> Auch das hat die SPD als Anlass genommen, um die Agenda 2010 umzusetzen. In der Regierungserklärung Gerhard Schröders am 14. März 2003 zur Agenda 2010 heißt es: *„Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale bei Seite drängen würden.“*<sup>243</sup> Weiter kündigte Schröder die Einschnitte des Sozialstaates an: *„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern*

---

<sup>240</sup> Vgl.: Nachtwey, O. / Spier, T. (2007): *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, S. 37-43

<sup>241</sup> Vgl.: Sturm, Daniel F. (2009): *Wohin geht die SPD*, S. 22-31

<sup>242</sup> Vgl.: Walter, F. (2004): *Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder*, S. 121

<sup>243</sup> Siehe: Schröder, G. (2003): *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag*

*und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.*<sup>244</sup> Dass ein sozialdemokratischer Kanzler den Sozialstaat in seiner derzeitigen Form als Ursache für soziale, finanzielle und wirtschaftliche Fehlentwicklung bezeichnete, war neu und brachte ihm innerhalb der Partei und bei den Wählern nicht nur Zustimmung. Zu den starken Einschnitten zählt die Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate, die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft und durch das Arbeitslosengeld II ersetzt, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Daher sind die Empfänger staatlicher Unterstützung verpflichtet, ihre Vermögensverhältnisse offen zu legen. Auch die Regeln für die Zumutbarkeit für Arbeitsangebote wurden überarbeitet. Somit galt jede nicht sittenwidrige Arbeit als zumutbar oder bei Nichterfüllung eine Kürzung finanzieller Leistungen.<sup>245</sup>

Mit der Agenda 2010 begann vor sechs Jahren der Absturz der SPD. Die Spannungen innerhalb der Partei, da Schröder dieses Projekt von oben nach unten durchsetzte, verstärkten sich. Für Mitglieder, Funktionäre und Wähler war die Agenda 2010 die Entfremdung ihrer Partei. Mit der Bekanntgabe Gerhard Schröders, dass er zum Regieren nur „BILD, BamS und die Glotze“ braucht, drückte er aus, was er sich von seinen Genossen in der Partei versprach: wenig.<sup>246</sup>

Für Oskar Lafontaine, die PDS und die WASG galt es, die Lücke im Parteiensystem zu schließen, da die SPD ihre vielen identitätsbegründeten Unterschiede zu anderen politischen Parteien aufgab. Mit ihren Programmen wollten sie links von der SPD um Wähler kämpfen und erkannten dabei, dass dies nur gemeinsam funktionieren kann. Das die PDS sich auch wieder im neuen Programm als Linkspartei mit ihrer Geschichte auseinander setzen muss, um Beständigkeit zu haben, davon war auszugehen.

#### 4.3.2 Gründungsprogramm der WASG im Vergleich mit den „Programmatischen Eckpunkten“ der Linkspartei

Die „Programmatischen Eckpunkte“ der Linkspartei erinnern nach Hubertus Knabe an die Verlautbarungen der SED, welche an eine spätantike Religion angelehnt sind, in der sich Gut und Böse unversöhnlich gegenüber stehen. Auch eine programmatische Rückkehr zum

---

<sup>244</sup> Siehe: Schröder, G. (2003): *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag*

<sup>245</sup> Vgl.: Nachtwey, O. / Spier, T. (2007): *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, S. 46-51

<sup>246</sup> Vgl.: Fülberth, Georg (2008): *>>Doch wenn sich die Dinge ändern>> - Die Linke*, S. 80

Sozialismus wird in den Forderungen der Linkspartei mit einem Stopp der Privatisierung der Wohnungsgesellschaften und Energieversorgungsbetriebe gesehen.<sup>247</sup>

Doch insgesamt werfen die „Programmatischen Eckpunkte“ eher Fragen als Lösungen auf, insbesondere bei der Finanzierung der Umsetzung. Im Gründungsprogramm der WASG fordert diese ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, welches doppelt so hoch ist wie das bestehende. Dazu müssen Kredite aufgenommen werden und Unternehmen und Reiche sollen wieder einen wesentlich höheren Finanzierungsbeitrag leisten.<sup>248</sup> In den „Programmatischen Eckpunkten“ wird auf diese Möglichkeit der Finanzierung präziser hingewiesen, demnach heißt es, dass die Investitionen jährlich um mindestens 40 Millionen Euro angehoben werden müssen. Die Steuerpolitik wird nach der Linkspartei gerechter, wenn Unternehmen wieder deutlich mehr Steuern zahlen und die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird, die Erbschaftssteuer erhöht wird und der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer auf 50 Prozent angehoben wird.<sup>249</sup> *„Wir wollen ein anderes Steuer- und Abgabensystem: höhere Steuern auf große Vermögen, große Erbschaften, hohe Einkommen und Börsenumsätze und geringere Steuern für mittlere Einkommen, Kleinbetriebe und Verbraucher. Wir wollen die Steuer- und Abgabenquote auf europäisches Durchschnittsniveau heben. Das bedeutet Mehreinnahmen von 120 Milliarden in den öffentlichen Kassen. Das ist gerechte und solide Finanzpolitik.“*<sup>250</sup> Doch wie diese Aussage von Oskar Lafontaine umgesetzt werden soll, bleibt fraglich, denn wer gleichzeitig die Bestverdiener und Unternehmen so stark besteuert, dass der Standort Deutschland unattraktiv für diese wird, kann nicht mit den geplanten Mehreinnahmen aus deren Steuern rechnen.<sup>251</sup>

Bei den sozialen Sicherungssystemen wurden die Ansätze der WASG nicht eindeutig übernommen. Die WASG forderte eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche und langfristig sollte eine 30 Stunden Woche umgesetzt werden.<sup>252</sup> In die „Programmatischen Eckpunkten“ wurde nur die Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen.<sup>253</sup> Während die WASG einen konkreten gesetzlichen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde forderte<sup>254</sup>, wird bei der Linkspartei von einem gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe gesprochen,

---

<sup>247</sup> Vgl.: Knabe, H.(2009): *HONECKERS ERBEN. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 241-246

<sup>248</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 7

<sup>249</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

<sup>250</sup> Siehe: Lafontaine, O. (2008) im Interview mit WELT ONLINE (14.04.2008): *Das Manifest des Chef-Linken Oskar Lafontaine*

<sup>251</sup> Vgl.: Knabe, H.(2009): *HONECKERS ERBEN. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 247

<sup>252</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 12

<sup>253</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

<sup>254</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 13

dafür wird die Forderung nach der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Durchsetzung der Forderungen in der Linkspartei übernommen.<sup>255</sup>

Die Hartz – IV Gesetze sollen nach dem Gründungsprogramm der WASG abgeschafft werden und auch in den Eckpunkten wurde dieses für die Linkspartei wichtige Wahlkampfthema übernommen. Demnach werden die zurzeit existierenden Gesetze als Arbeitszwang angesehen. Die WASG forderte die Rücknahme der Zumutbarkeitsregeln bei Arbeitslosigkeit und lehnt das Arbeitslosengeld II ab.<sup>256</sup> In den „Programmatischen Eckpunkten“ wird festgehalten, dass die Hartz - IV Gesetze (die auch das Arbeitslosengeld II beinhalten) überwunden werden müssen. Dafür soll eine bedarfsorientierte, repressionsfreie soziale Grundsicherung eingeführt werden, wobei zumutbare Arbeitsangebote die Qualifikation berücksichtigen müssen und tariflich bezahlt werden sollen. Diese Passage wird mit den Worten: „*Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen.*“<sup>257</sup> abgeschlossen.

Bei der Rente ging die WASG davon aus, dass das jetzige Rentensystem eine Zukunft hat und das Renteneintrittsalter spätestens mit 65 Jahren erreicht ist und alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einzahlen.<sup>258</sup> In den „Programmatischen Eckpunkten“ wurde das übernommen mit dem Zusatz, dass ein Renteneintrittsalter mit 60 Jahren ohne Abschläge angestrebt wird und die Renten in Ostdeutschland denen in den alten Bundesländern angepasst werden.<sup>259</sup>

Die Positionen bei der Kranken- und Pflegeversicherung sind fast gleich. Die WASG forderte die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in die Bürgerversicherung bei der Pflege- und Krankenversicherung.<sup>260</sup> In das Programm der beiden Parteien wurden diese Punkte übernommen und mit dem Nachsatz ergänzt, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist.<sup>261</sup>

Gerade im sozialen Bereich galt die SPD seit den 1960er Jahren als Partei der Sorger und Samariter. Ein sozialdemokratischer Funktionär war mit einem Kaplan zu vergleichen, welcher jederzeit ansprechbar war und Trost spendete. Ein Sozialdemokrat galt bei den

---

<sup>255</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

<sup>256</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 14

<sup>257</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

<sup>258</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 15

<sup>259</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

<sup>260</sup> Vgl.: WASG – Gründungsprogramm (2005), S. 16

<sup>261</sup> Vgl.: DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte (2005), Abschnitt III

Arbeitern als einer von ihnen. Diese nahe Stellung am Milieu der Wähler konnte sich durch die Verbindung mit den Gewerkschaften halten. Die verschiedenen Segmente der Arbeiterschaft wurden von der SPD zusammen gehalten.<sup>262</sup> Nach Jahren der Opposition hat die SPD mit einem sozialdemokratischen Wahlkampf der sozialen Gerechtigkeit 1998 wieder den Kanzler gestellt. Unter Schröder begann dann allerdings ein Sparkurs, auf den die Wähler nicht eingestellt waren. Kurz nach der Regierungsübernahme durch die SPD wurde das Buch von Kanzleramtsminister Bodo Hombach veröffentlicht. Hier wurde schon auf den ersten Seiten deutlich, wohin sich die SPD bewegen würde und welche sozialen Einschnitte die Bevölkerung erwarten könnte. Statt Innovationen und Gerechtigkeit ging die Modernisierung in Wachstum und Eigeninitiative über.<sup>263</sup> Kanzler Schröder war der Ansicht, dass der Staat die Menschen befähigen sollte statt zu bemuttern. Innerhalb der SPD war dieser Gedanke allerdings genauso suspekt wie der Kanzler. Das Schröder – Blair –Papier, nachdem moderne Sozialdemokratie daran zu erkennen sei, dass diese Steuern und Arbeitskosten senken, Überregulierungen abbauen und der Staat nicht passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein kann, betrat Schröder eine SPD im Jahre 1999, die nicht in der Lage und auch nicht bereit war, die gesellschaftlichen Probleme zu analysieren.<sup>264</sup> Das Papier nahm einige Grundgedanken der Agenda 2010 vorweg. Diese SPD auf dem Weg der Enttraditionalisierung ihrer Kernbotschaften verlor das Selbst- und Sendungsbewusstsein, was noch immer Antrieb für Engagement und ehrenamtlichen Einsatz ist. Um Kernwähler zu mobilisieren, braucht es traditionelle Botschaften, denn nur wenn die Kernwähler zur Wahlurne schreiten, ist es auch möglich Wechselwähler zu mobilisieren.<sup>265</sup> Statt einem Helfer und Samariter gab es unter Schröder ab 2002 den Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, der verlangte, dass die Menschen Initiative ergreifen, Verantwortung übernehmen, innovativ werden und sich verändern. Solche Aufforderungen hatten die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten nicht gehört und nie gelernt.<sup>266</sup>

Die Linkspartei gab mit ihren Forderungen und Wahlversprechen den Wählern wieder das Gefühl, dass es eine Partei gibt, in der es wieder Schutz und Geborgenheit gibt. Gerade im sozialen Bereich sieht sich Oskar Lafontaine in der Linkspartei als Vorkämpfer der sozialen Gerechtigkeit. Besonders die Gruppe an Wählern, die kulturell keine Bindung zu der

---

<sup>262</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien?*, S. 69f

<sup>263</sup> Vgl.: Alemann, U. v. (2003): *Der Zittersieg der SPD. Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen*, S. 49

<sup>264</sup> Vgl.: Sturm, D. (2009): *Wohin geht die SPD?*, S. 47

<sup>265</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien?*, S. 85

<sup>266</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien?*, S. 88

Aufsteiger-SPD haben, wenden sich der Linken zu. Arbeitslose machen hierbei die größte Gruppe der Linksparteiwähler aus.<sup>267</sup>

#### 4.4 Gerät die Vergangenheit der ehemaligen DDR-Staatspartei in Vergessenheit?

Die Medien spekulieren um Oskar Lafontaine und dessen Zukunft in der Partei, um Affären Lafontaines oder es dominieren Schlagzeilen über seinen Gesundheitszustand. Berichte über Koalitionsverhandlungen auf Länderebenen mit der SPD sind überwiegend unkommentiert, was die Vergangenheit der Linkspartei angeht. Stasi-Vorwürfe bei den Mitgliedern werden selten und häufig wird über DIE LINKE als Partei geschrieben, welche als eine neue demokratiefähige Partei gilt. Die Mitglieder der Linkspartei entziehen sich der Aufarbeitung der eigenen Parteigeschichte und mit vielen Namensänderungen ist es gelungen, eine neue Partei zu suggerieren.

Nach Hubertus Knabe hat DIE LINKE dafür eine eigene Taktik entwickelt. Dabei wird der Stalinismus für die Misere des Sozialismus verantwortlich gemacht. Der Stalinismus wird in bei dieser Methode als eine Art Abfalleimer gebraucht, wo die Schüsse an der Mauer ein Ergebnis stalinistischer Sicherheitspolitik sind, der Überwachungswahn der Staatsicherheit als Konsequenz des stalinistischen Denkens gilt und die unschuldigen Opfer eine Folge des Stalinismus sind. Mit dieser Methode versucht die Linkspartei den Sozialismus als sauber und rein dar zu stellen.<sup>268</sup> Es ist auch Gregor Gysi, der dazu aufruft, bei der Vergangenheitsbewältigung zu differenzieren. Nach Gysi müssen die sozialen und kulturellen Leistungen bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte berücksichtigt werden. Mit solchen Aussagen versucht DIE LINKE die Vergangenheit zu relativieren und neutralisiert das Unrecht, um es mit Vorzügen zu verrechnen. Der Eindruck, dass es sich bei der Unterdrückung der Bevölkerung nur um einen Nachteil der DDR handelte soll entstehen und nicht, dass die Unterdrückung das Wesen des Regimes war.<sup>269</sup>

Die CDU leistet wohl aus taktischen Gründen keinen Beitrag, um DIE LINKE mit Angriffen auf deren Geschichte zu stoppen. Diese befürchtet, dass Angriffe auf die Linkspartei die SPD

---

<sup>267</sup> Vgl.: Walter, F. (2009): *Lafontaine, die linke Sphinx* (Spiegel.de)

<sup>268</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *HONECKERS ERBEN. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 77

<sup>269</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *HONECKERS ERBEN. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 78f

ein Stück entlasten könnte. Eine Schwächung der SPD in Wahlkampfzeiten ist der CDU sicher lieber als eine Schwächung der Linkspartei.<sup>270</sup>

Für den SPD-Vordenker Richard Schröder ist das Stasi-Thema nicht mehr Zentrum der Debatte, wenn es um die Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei geht. Schon bei dem ersten Ost-Parteitag der SPD 1990 in Leipzig wollte er die Mitglieder der SED differenzieren, um auch diesen einen Weg zur SPD zu verschaffen. Dieser Vorschlag wurde vom Parteitag abgelehnt und erst im Mai 1990 revidiert. Nach Richard Schröders Ansicht zu spät.<sup>271</sup>

Insgesamt ist die Vergangenheit der Linkspartei in den Medien und Diskussionen nicht mehr so relevant, wie diese es bei der Etablierung der PDS waren. Der Druck der Öffentlichkeit ist gesunken. Das die PDS mit der Bagatellisierung der Staatsicherheit ihren Beitrag dazu geleistet hat, ist für Hubertus Knabe unbestritten. Hans Modrow forderte auf einem Parteitag der PDS 2006 einen Kurswechsel für den Umgang mit Staatssicherheitsmitarbeitern und auch, dass die Millionen Aktenblätter der Staatssicherheit eigentlich harmlos sind, da die Staatssicherheit auch viel ‚Mist‘ aufgeschrieben habe. Auch Gysi erwähnte 2006 auf Nachfragen, warum sich DIE LINKE nicht von Auftritten einstiger Staatssicherheitsgrößen distanzierte, dass die Stasi auch etwas Löbliches habe, da diese sich friedlich auflöste.<sup>272</sup>

Bundespräsident Horst Köhler erkannte im November 2006 nach einem Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen die Problematik der versuchten Geschichtsumschreibung und erklärte: „*Wir haben einer Sache nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt: Die Erinnerungen an das SED-Regime dürfen nicht verblassen. Und die Opfer dürfen nicht in die Defensive geraten und sich fragen: Wer schützt eigentlich mich?*“<sup>273</sup>

Dass die Frage bisher nie ernsthaft aufgeworfen wurde, wie der Geschichtsrevisionismus gestoppt werden kann, ist den Medien und der Politik, die den größten Einfluss auf die Meinungsbildung haben, vorzuwerfen. Bündnisse mit der Linkspartei dürften nur dann eingegangen werden, wenn diese das SED-Regime glaubhaft verurteilt.<sup>274</sup> Fast zwei

---

<sup>270</sup> Vgl. Langguth, G. (2009): *Verdränge Parteigeschichte. Pläydoyer für eine Entzauberung der Linkspartei* (Spiegel.de)

<sup>271</sup> Vgl.: Schröder, S. (2009): „*Die Stasi-Knacker dürfen nichts zu sagen haben*“ (Spiegel.de)

<sup>272</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, S. 62

<sup>273</sup> Siehe: Köhler, H. (2006): *Köhler gegen die Verniedlichung der der DDR Diktatur* (Spiegel.de)

<sup>274</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, S. 333

Jahrzehnte nach dem Ende der SED-Diktatur ist das Regime der SED zwar verschwunden, doch DIE LINKE lehnt es bis heute ab, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen.

Natürlich tauchen immer wieder Meldungen in der Presse auf, dass die Linkspartei Personen in ihren Reihen hat und politische Ämter mit Personen besetzt, die mit der ehemaligen Staatssicherheit belastet sind. Nach Hubertus Knabe ist auch darin eine Strategie der Linkspartei zu sehen, dass mit diesem ständigen Tabubruch die Partei die Öffentlichkeit daran gewöhnen möchte, dass die Arbeit für die Staatssicherheit nichts Dramatisches war, sondern damit auch nur gute Absichten verfolgt hätten.<sup>275</sup>

Auf der Homepage der Linkspartei gibt es die Fragestellung: „Wie hält es DIE LINKE mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern und IMs?“<sup>276</sup> Der Antwort lautet: „Wo eine solche Tätigkeit zunächst verschwiegen, dann aber bekannt wurde, folgt in der Regel der Rücktritt von Amt und Mandat.“<sup>277</sup> Dass es eine förmliche Abwahl eines Politikers aus Reihen der Linkspartei auf Grund einer Vergangenheit bei der Staatssicherheit noch nicht gegeben hat, wird nicht erwähnt.<sup>278</sup>

Wie viele Mitarbeiter, Abgeordnete und Parlamentarier in der Vergangenheit mit dem Staatssicherheitsdienst verstrickt waren, lässt sich wahrscheinlich nie feststellen. Doch auf Grund der bisher an die Öffentlichkeit geratenen Fälle sind es wahrscheinlich noch einige mehr. Niemand hat sich bisher allerdings die Mühe gemacht, die zahlreichen Fälle ehemaliger Staatssicherheitsmitarbeiter zu untersuchen.

Als die Linkspartei im Juni 2006 versuchte, auf die Offenlegung früherer Staatssicherheitskontakte ganz zu verzichten, es in der internen Abstimmung dafür allerdings keine Mehrheit gab, bezeichnete Sarah Wagenknecht dies als einen Kniefall vor den Medien.<sup>279</sup> Die Geschichte der Linkspartei und damit auch die Geschichte der SED läuft somit Gefahr, in Vergessenheit zu geraten. Der unerwartete Erfolg der Linken an den Wahlurnen ist kein Kriterium dafür, ob diese Partei extremistisch ist oder nicht. Gelungen ist der Linkspartei in Deutschland die Salonfähigkeit mit all ihren ehemaligen SED-Kadern und deren simple Sicht auf die ehemalige DDR: Das Gedenken an die Opfer geht damit unter.

---

<sup>275</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *HONECKERS ERBEN. Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 307f

<sup>276</sup> IM: Abkürzung für Inoffizieller Mitarbeiter

<sup>277</sup> Siehe: DIE LINKE, Partei, Geschichte, Fragen und Antworten

<sup>278</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, S. 310

<sup>279</sup> Vgl.: Gajevic, M. (2006) Linkspartei kämpft mit ihren Nostalgikern (Berliner Zeitung)

## 5 Einbindung der Cleavage-Theorie zum Entstehen und Bestehen der Linkspartei

Die europäischen Parteissysteme sind parallel zur Entstehung und Polarisierung von vier großen gesellschaftlichen Konflikten entstanden. In der Parteilorschung haben diese Mechanismen die Wähler für bestimmte Programme und Wertepositionen anfällig gemacht, die diese an Parteien bindet. Als Erklärungsmuster für die Verbindung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien hat sich die 1967 veröffentlichte Theorie von Seymour Lipset und Stein Rokkan durchgesetzt.<sup>280</sup> Die beiden Autoren publizierten ihren makrosoziologischen Ansatz in dem Band „Party Systems and Voter Alignments“<sup>281</sup>. Bezugnehmend auf das AGIL-Schema von Talcott Parson gehen Lipset / Rokkan zunächst davon aus, dass in den westeuropäischen Ländern gegensätzliche Cleavages mit Konfliktpotential existieren. Im weiteren Verlauf ihrer Untersuchung gehen die Autoren den Fragen nach, welche Cleavages sich wann ausgebildet haben und welche Konsequenzen das für die jeweilige Entwicklung der politischen Systeme hatte. Der finale Schritt ist schließlich die Klärung der Frage, inwiefern sich daraus generalisierte Aussagen über Parteiensysteme und Wahlverhalten ableiten lassen: „*How far do elector distributions reflect structural cleavages in the given society; how is elector behavior affected by the narrowing of alternatives brought about by the party system (...)?*“<sup>282</sup> Lipset und Rokkan erstellten dafür ein Koordinatensystem, welches auf der Theorie Parsons beruht.<sup>283</sup> Diese beiden Linien bilden zwei Dimensionen von Cleavages ab, die sich in der Mitte schneiden. Die erste wird als territoriale Dimension bezeichnet. An einem Extrem dieser Dimension liegen Konflikte zwischen territorialen Einheiten innerhalb eines Staatsgebiet und den dominanten nationalen Eliten, beispielsweise zwischen sprachlichen oder ethnischen Minderheiten, die innerhalb eines Staates um Rechte oder gegen Zentralisierung der Macht kämpfen. Das andere Extrem der territorialen Dimension beschreibt nicht die Konflikte innerhalb eines Staatsgebiet, sondern Auseinandersetzungen über die Kontrolle der Organisation, Zielfragen oder einzelne policies: „*These might be nothing more than direct struggles among competing elites for*

---

<sup>280</sup> Vgl.: Haas, M. / Jun, U. / Niedermayer, O. (2008): *Parteien und Parteisysteme der Bundesländer – Eine Einführung*, S. 17

<sup>281</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*

<sup>282</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 9

<sup>283</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 10

*central power, but they might also reflect deeper differences in conception of nationhood, over domestic priorities and over external strategies.*“<sup>284</sup>

Die zweite Cleavage-Dimension wird als funktionale Dimension bezeichnet. Sie schneidet die territoriale Dimension in der Mitte, um Allianzen zwischen ähnlich orientierten Individuen oder Individuen in ähnlichen Situationen zu ermöglichen. An einem Extrem der funktionalen Dimension stehen klassische Verteilungs- oder Mitsprachekonflikte, beispielsweise zwischen Produzenten und Käufern oder Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Während sich diese Konflikte durch bargaining oder allgemein gültige Gesetze regeln lassen, ist dies bei den Konflikten am anderen Ende der funktionalen Dimension schwerer. Dort nämlich legen Lipset / Rokkan religiöse oder ideologische Einstellungen an: *„The conflict is no longer over specific gains or losses but over conceptions of moral right and over the interpretation of history and human destiny; membership is no longer a matter of multiple affiliation in many ties within the community; and communication is no longer kept flowing freely over the cleavage lines but restricted and regulated to protect the movements against impurities and seeds of compromise.*“<sup>285</sup>

Lipset und Rokkan identifizieren am Beispiel des europäischen Demokratieprozess vier zentrale Konfliktlinien innerhalb der beiden Dimensionen:

1. Subjekts vs. Dominant Culture: Der Zentrum-Peripherie-Konflikt trennt die herrschenden Eliten von den ethnischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten, die die Bildung eines Nationalstaats verhindern wollen.
2. Church(es) vs. Gouvernement; Der Konflikt zwischen Staat und Kirche beschreibt die Auseinandersetzung um den Machtanspruch im Staat. Die Kirche will ihre Moral- und Wertevorstellungen verbreiten und unter anderem Einfluss auf die Erziehung von Kindern nehmen.
3. Primary vs. Secondary Economy: Der Stadt-Land-Konflikt trat in der Zeit der industriellen Revolution zu Tage. Städtische Unternehmer, die von der Industrialisierung profitierten, entwickelten zunehmend andere Interessen (z.B. Freihandel) als Gutherren auf dem Land.

---

<sup>284</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 10

<sup>285</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 11

4. Workers vs. Employers, Owners: Auch der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital entwickelte sich in der Industrialisierung. Arbeitnehmerinteressen stehen den Interessen von Kapitaleignern gegenüber.<sup>286</sup>

Jede Partei ist nach Lipset / Rokkan aus einem solchen innergesellschaftlichen Konflikt hervorgegangen. Als „*agent of conflict and instrument of integration*“<sup>287</sup> ist eine Partei eine Organisation, die eine homogene Anhängerschaft in Hinblick auf eine Konfliktlinie aufweist und politisch die Interessen dieser Anhängerschaft vertritt.

Das jeweilige Parteiensystem spiegelt daher die Konfliktstruktur innerhalb einer Gesellschaft wieder. Daher sollte auch für die „neue“ Partei DIE LINKE eine Konfliktlinie in der Gesellschaft aufzuzeigen sein.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, ist die Linkspartei nicht neu im Parteiensystem. Daher wird mit den Konfliktlinien der PDS im deutschen Parteiensystem begonnen, die zur Etablierung der PDS führten. Auf das Cleavage-Modell wird dabei vertiefend eingegangen.

## 5.1 Die Konfliktlinien der PDS

In jeder Gesellschaft treten mehrere Konfliktlinien auf, (...) *but only a few of these tend to polarize the politics of any given system.*“<sup>288</sup> Diese bilden dann die Grundlage für die Bildung und Etablierung verschiedener Parteien, die wiederum diese Konfliktlinien artikulieren und in die Politik umsetzen. Für die PDS war dies nach der Konsolidierungsphase der Ost–West-Konflikt.<sup>289</sup> Eine Positionierung der PDS auf dem linken Pol der Arbeit-Kapital-Konfliktlinie lässt sich erst ab Mitte der 1990er Jahre feststellen.<sup>290</sup>

---

<sup>286</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 14

<sup>287</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 3

<sup>288</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 7

<sup>289</sup> Vgl.: Brie, M. (2000): *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, S. 14f

<sup>290</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums: Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 186

### 5.1.1 Der Ost-West-Konflikt

Der Ost-West-Cleavage ist durch den Beitritt der DDR zur BRD entstanden. Dieser spiegelt die sozioökonomischen und soziokulturellen aber auch kulturellen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland wieder, die nach dem Transformationsprozess entstanden sind und noch immer bestehen. Durch die Koexistenz zweier Teilgesellschaften wird dieser Konflikt zwischen Ost und West dauerhaft. Die beiden Konfliktlinien lassen sich in das Modell von Lipset und Rokkan einordnen. Zur Bestimmung der Konfliktlinien der PDS ist die Zentrum-Peripherie-Achse oder territoriale Achse am wichtigsten. Der Ost-West-Konflikt lässt sich als Folge der Nationenbildung darstellen. Nach 40 Jahren Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Systemen mit unterschiedlicher Wertvorstellung kann nicht mehr von einer Nation gesprochen werden, auch wenn es eine gemeinsame Geschichte gibt. Der zurzeit amtierende Minister für Finanzen Wolfgang Schäuble hat dies auch klar bei den Verhandlungen für den Einigungsvertrag mit den Worten: *„Liebe Leute, es handelt sich hier um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. (...) Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleichen Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an.“*<sup>291</sup> ausgedrückt.

Beide Völker sind also nicht so schnell und nicht gleichberechtigt zu vereinigen. Lipset und Rokkan haben fest gehalten: *„Nation-building in invariably generates territorial resistances and cultural stains.“*<sup>292</sup> Von den drei Typen zur Entstehung einer regionalen Opposition trifft *„heavy concentration of the counter-culture within one clear-cut territory“*<sup>293</sup> sehr auf Deutschland zu. Zur Beschreibung der PDS soll nur der Konflikt zwischen der dominanten Kultur im Zentrum des Staates und dem der *„threatened populations“* in den verschiedenen Regionen von Bedeutung sein.

In den Regionen bildete sich als typische Reaktion auf Zentralisierung, Standardisierung und Rationalisierung des Nationalstaats eine rein lokale Opposition gegen das Voranschreiten der nationalen Eliten.<sup>294</sup> Dieses traf in einigen Punkten auf die PDS zu. Die PDS war eine ostdeutsche Regionalpartei in Bezug auf Wähler- und Mitgliederstruktur und war in den

---

<sup>291</sup> Vgl.: Schäuble (1991): *Der Vertrag – Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. S. 131

<sup>292</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 41

<sup>293</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 42

<sup>294</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 10

neuen Bundesländern eine Volkspartei. Im Westen allerdings gilt die PDS als Kleinpartei. Daher war die PDS eine rein lokale Opposition, die für viele Ostdeutsche die einzige Vertretung ostdeutscher Interessen war. Die PDS konnte als Opposition gegen die dominante westdeutsche Kultur des Staates bezeichnet werden. Gegen das Modell spricht nur, dass die Führung der PDS ihre Partei lieber in Gesamtdeutschland gesehen hätte und dieses auch versuchte.

Lipset und Rokkan dringen weiter in diesen Konflikt ein: „ *the decisive criterion of alignment is commitment to the locality and its dominate culture: you vote with your community and its leader irrespective of your economic position.*“<sup>295</sup> Die Struktur der Mitglieder und die Wählerschaft der PDS stimmte mit der Struktur der ostdeutschen Bevölkerung gut überein. Der Ost-West-Konflikt war eine grundlegende Existenz für die Existenz der PDS. Die gesellschaftlichen Ursachen dafür waren nicht nur die ökonomischen Unterschiede, da es auch andere Parteien gibt, welche sich für sozial Schwächere einsetzten.

Nach Michael Brie entstand eine Vertretungslücke Ost. Die Annahme, dass die Vereinigung durch Beitritt zu einer Angleichung Ostdeutschlands führen würde, war falsch. Es entstand eine Koexistenz zweier Teilgesellschaften mit unterschiedlicher Sozial – und Wirtschaftskultur und eigenen politischen und kulturellen Mustern. Löhne, Gehälter und Lebensbedingungen unterscheiden die alten von den neuen Bundesländern. Zwar hatten 1990 die westdeutschen Parteien einen Stellvertreteranspruch übernommen und besonders die CDU suggerierte, dass nur die westdeutschen Parteien über Ressourcen und Lösungskompetenzen verfügten, um die Existenzkrise der DDR durch die Aufnahme zu lösen. Erst zwischen 1990 und 1992 wurde deutlich, dass der Ost-West Konflikt dauerhaft wurde und dass es im Parteiensystem keine Lösung dafür gab. Die Gefahr, dass das Zusammenwachsen aus institutionellen Gründen nicht gelang, war groß, die Ostdeutschen fühlten sich in keiner Institution oder Organisation im politischen System angemessen vertreten. Außer der PDS waren alle Parteien West-Parteien, die sich nach der Wende in der ehemaligen DDR zusammenschlossen. Politische Posten, Beamte und weitere Schlüsselpositionen wurden mit Vertretern aus den alten Bundesländern besetzt. Die Vertretungslücke wurde gleichzeitig als Gerechtigkeitslücke wahrgenommen, bei der es auch oder vor allem um Gerechtigkeit geht.<sup>296</sup> Eine besondere Gruppe dabei waren die ehemalige Dienstklasse der DDR, welches ca. ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung ausmachte, die seit dem Beitritt in stärkerem Maße als

---

<sup>295</sup> Siehe: Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 42

<sup>296</sup> Vgl.: Brie, M. (2000): *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, S. 17-20

der Rest der ostdeutschen Bevölkerung sozial ausgegrenzt und abgewertet wurde. Auf diese Minderheit konnte die PDS langfristig zählen.<sup>297</sup>

Nach dem Cleavage-Modell heißt es: „*The National Revolution forced-widening circles of the territorial population to choose sides in conflicts over values and cultural identities.*”<sup>298</sup> Außerdem: „*The four critical cleavages (...) were all movement of protest against the established national elite and its cultural standards and were parts of a broad wave of emancipation and mobilization.*”<sup>299</sup> Dies erklärt den Zuspruch der PDS seit 1992. Immer größere Bevölkerungsgruppen haben sich in Konflikten über Werte und kulturelle Identität für die der Ostdeutschen und damit der PDS entschieden.

Im Modell wird zwar davon ausgegangen, dass eine Oppositionsbewegung wie die der PDS mit einer Phase des ständigen Zulaufs beginnt und mit zunehmender Integration der Bevölkerung in Staat und Gesellschaft abnimmt.<sup>300</sup> Bei der PDS verlief dieser Teil allerdings umgekehrt. Anfangs nahm die Zahl der PDS – Wähler stark ab, erst 1992 entschieden sich die Wähler in den neuen Bundesländern für die PDS. Erklärbar ist dies dadurch, dass die Ostdeutschen anfangs nur die Vorzüge und positiven Seiten des bundesdeutschen Systems gesehen haben. Erst nach einiger Zeit wurden die Differenzen für die Ostdeutschen sichtbar und man besann sich auf die gemeinsamen Erfahrungen und Werte.

Dass die PDS keine neue Partei war, wie in der Cleavage-Theorie vorausgesetzt wird, wenn ein neuer Konflikt entsteht, ist in diesem Sonderfall keine Beeinträchtigung des Modells. Im bundesdeutschen Parteiensystem existierte die PDS 1990 und war somit in dem Parteiensystem der alten Bundesländer eine neue Partei. Die etablierten westdeutschen Parteien haben diesen Konflikt zu spät oder gar nicht in ihr Parteiprogramm aufgenommen, daher verdankt die PDS diesen deren (Weiter)Existenz.

---

<sup>297</sup> Vgl.: Brie, M. (2000): *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, S. 20

<sup>298</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 18

<sup>299</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 23

<sup>300</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 24

Aufgrund der eindeutigen Positionierung auf der Ost-West-Konfliktlinie gelang es der PDS nicht, im Westen Fuß zu fassen. Mit der Vertretung einer sozialen Gerechtigkeit war bis zum Regierungsantritt Schröders auch die Alternative links zur Mitte durch die SPD besetzt.<sup>301</sup>

## 5.2 Das Cleavage – Modell zur Entstehung der WASG

Für die Erklärung im Modell von Rokkan / Lipset handelt es sich bei der Gründung der WASG nicht um eine neue sozioökonomische Konfliktlinie. Doch im Zuge der Regierungspolitik Schröders lässt sich die Konfliktlinie Arbeit-Kapital uminterpretieren in einen Konflikt um das Ausmaß wohlfahrtstaatlicher Leistungen. Die WASG steht dabei als Bewahrerin des alten wohlfahrtsstaatlichen Status Quo während alle anderen Parteien, auch die SPD, auf der Seite eines marktliberalen Abbaus der Leistungen stehen.<sup>302</sup>

Speziell für die Entstehung des deutschen Parteiensystem identifizierten Lipset / Rokkan zusätzlich zu den bereits erwähnten, von den Reformern angestoßenen, Konfliktlinien zwischen Katholiken und Protestanten und den sozioökonomischen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Die SPD, bereits vor Gründung der Bundesrepublik eine fixe Größe, kanalisierte schon früh die Interessen von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern. Die CDU übernahm nach Kriegsende die Nachfolge der Zentrumspartei und vertrat das katholische Milieu.<sup>303</sup>

Durch die Bewegung der SPD zur Mitte ist eine Repräsentationslücke in den alten Bundesländern entstanden. Hier wurde deutlich, dass die jahrzehntelangen Konstanten in der deutschen Politik mit dem Abbau der Sozialleistungen unter SPD und Grünen aufgelöst wurden. Gerade die SPD, die maßgeblich an der Einführung sozialer Leistungen mitwirkte, begann die Sozialleistungen zu reformieren und das mit Kürzungen.<sup>304</sup>

Nach Lipset / Rokkan stehen sich zwei gesellschaftliche Gruppen gegenüber: Auf der einen Seite die Arbeiterklasse und andererseits die Inhaber von Produktionsmitteln, das sind Selbständige und Unternehmer. Diese Spaltung der Gesellschaft in zwei soziale Klassen

---

<sup>301</sup> Vgl.: Brie, M. (2000): *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, S. 25

<sup>302</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums: Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 189

<sup>303</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 51f

<sup>304</sup> Zinterer, T. (2005): *Sozio-ökonomische Spannungslinien und Politik in Deutschland*, S.115

etablierte sich während der industriellen Revolution und bildet die Grundlage für das Entstehen der sozialistischen und kommunistischen Parteien als Vertreter der Arbeiter und der Kapitaleigner. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften gehen dabei Bündnisse ein und die bürgerlichen Parteien gehen Bündnisse mit Interessengruppen ein.<sup>305</sup> Die Konflikte sind nach dem Cleavage-Modell dabei schon in den 1920er Jahren auf Grundlage der Parteisysteme entstanden und waren bis in die 1960er Jahre stabil: „*The party system of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's.*“<sup>306</sup> Doch auch als Klassiker der Parteieforschung besitzt das Modell weniger Aussagekraft als in den 1960er Jahren. In der Gesellschaft haben sich neue Konfliktlinien entwickelt und die Bindungen in soziokulturelle Milieus haben nachgelassen.

Der Konflikt und das Maß an wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten und die Orientierung an staatlicher Intervention ist somit Fortsetzung und zugleich Erweiterung des Konflikts Arbeit vs. Kapital. Auch wenn es nicht die unmittelbaren Klassenkämpfe sind, die nach 1998 ausgetragen wurden, so ist es das gewährleistete Potential an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit welches durch den Wohlfahrtstaat geschaffen wurde, welches die politischen Auseinandersetzungen prägen.<sup>307</sup>

Die Gründung der WASG hatte ihren Ursprung im Wandel der SPD von der Partei der Arbeiterschaft zur Partei der Aufsteiger aus den Arbeitnehmerschichten in Richtung Mitte. Zwischen der Verkündung der Agenda 2010 bis zu den sozialen Protesten am 3. April 2003 konnte die SPD nicht mehr hinreichend kollektive Ressourcen in Hinblick auf gemeinsamer Identität und ideologischer Übereinstimmung bieten.<sup>308</sup> Die Spannungslinie Kapital und Arbeit und die Forderungen der Arbeitnehmer wurden Jahrhunderte lang von der SPD vertreten, die in ihrer transformierten Form durch die Agenda 2010 allerdings nicht mehr das politische Sprachrohr für die Sozialstaatsbewahrer ist.<sup>309</sup>

---

<sup>305</sup> Vgl.: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 46f

<sup>306</sup> Siehe: Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, S. 50

<sup>307</sup> Vgl.: Mielke, G. (2001): *Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan*, S. 90

<sup>308</sup> Vgl.: Nachtwey, O. (2007): *Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*, S. 163

<sup>309</sup> Vgl.: Micus, M. (2007): *Stärkung des Zentrums: Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG*, S. 189

## 5.2.1 Kürzungen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen vs. Beibehaltung der Sozialleistungen

Um die Konfliktlinie Arbeit vs. Kapital nach Lipset / Rokkan in eine Konfliktlinie der Kürzung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen vs. Beibehaltung der Sozialleistungen umzuwandeln müssen diese Gegensätze auf der ökonomischen Verteilungskonfliktlinie betrachtet werden.

Während in den 1980er Jahren die bürgerlich-liberalen Parteien mit ihrer Kritik an dem traditionellen Wohlfahrtsstaat auf erhebliche Resonanz stießen, war es in den 1990er Jahren ein Umschwung zugunsten sozialdemokratischer Parteien unter dem Eindruck der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Die Bundestagswahl 1998 zeichnete eine neue Konfliktlinie ab zwischen den Anhängern eines aktiven, am Leitbild sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wohlfahrtsstaats und Wählergruppen, die der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung distanziert gegenüber standen. Diese neue Konfliktlinie verlief genau zwischen der CDU und SPD und deren kleineren Bündnispartnern FDP und Grüne.<sup>310</sup>

Mit der WASG wurden im Parteiensystem Deutschlands die Konfliktlinien wider gespiegelt, die in der deutschen Gesellschaft 2004 ihren Höhepunkt fand. Hohe Arbeitslosenquoten, eine Politik unter Schröder mit Arbeitsminister Clement, unter der Druck gegen die Arbeitslosigkeit ausgeübt wurde in einer enttraditionalisierten SPD, die Arbeitslose als Faulenzer, Sozialschmarotzer und Drückeberger bezeichnete.<sup>311</sup>

In der neuen Konfliktlinie geht es um Wohlfahrt und Sicherheit. Dieser neue Konflikt ist vor allem für eine parteipolitische Ausdifferenzierung innerhalb des linken Lagers möglich. Dass das linke Lager vorher auch schon von der PDS vertreten wurde, wurde von den möglichen Wählern in den alten Bundesländern nicht wahrgenommen, da der Ost-West Konflikt diese Position überlagerte. Die WASG musste sich daher in den alten Bundesländern gründen, um eine linke Alternative auch dort zu bieten.

---

<sup>310</sup> Vgl.: Mielke, G. (2001): *Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan*, S. 89f

<sup>311</sup> Vgl.: Niejahr, E. / Rudzio, K. (2010): *Gesetz der Angst*, S. 20f (DIE ZEIT)

### 5.3 Bleibt die Linkspartei wirklich relevant im Parteiensystem der BRD?

Der Zusammenschluss der PDS mit der WASG ermöglichte die Chance, das linke Wählerpotential zu erschließen. Die erfolgreiche Positionierung als linke, wohlfahrtstaatliche Alternative insbesondere unter der großen Koalition, die gleichzeitig regionale Interessen in den neuen Bundesländern vertritt, ist der Linkspartei angesichts der Wahlerfolge gelungen. Die Linke hat sich erfolgreich auf zwei den Konfliktlinien Ost-West-Konflikt und Ausmaß des Wohlfahrtstaates positioniert. In den alten Bundesländern ist der Linkspartei dies nur durch den Rechtsschwung der SPD gelungen. Das Führungspersonal der Linken spiegelt die unterschiedliche Basis wider. Lothar Bisky als alter PDS – Vorsitzender gemeinsam mit dem ehemaligen SPD – Vorsitzenden Oskar Lafontaine und dem Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi als Vertreter der ostdeutschen Interessen. Insgesamt befindet sich DIE LINKE in einer strategisch sicheren Situation, wenn die beiden Konflikte gesellschaftlich relevant bleiben.

Eine regelmäßige Aktivierung eines Konflikts durch Parteien fördert und erneuert dabei die Ausprägungen der politischen Identität und der Parteibindung.<sup>312</sup> Der Linkspartei ist dies wie auch den Grünen in den 1990ern Jahren gelungen. Von der Größe her ist die Linkspartei zwar als kleine Partei einzuordnen, doch die Auswirkungen auf den Parteienwettbewerb und die strategische Positionierung der anderen Partei sind dabei zu erkennen. Die Abgrenzungsstrategie der CDU und FDP ergibt keine Dynamik im Parteiensystem, doch für die Grünen und die SPD wirkte sich der Zusammenschluss zur Linkspartei erheblich aus.

#### 5.3.1 DIE LINKE als Koalitionspartei im Parteiensystem

Für die Grünen ist DIE LINKE eine Bedrohung ihres linken Wählerpotentials. Die Wähler sind dabei starke linksideologisch geprägte Wähler. Hier wanderten einige Wähler ab. Seit 2005 verlieren die Grünen auch bei den Arbeitslosen.<sup>313</sup> Besonders viele Wähler der Grünen wanderten bei der Bundestagswahl 2009 zur Linkspartei ab. Insgesamt waren es ca. 140.000 Wähler, die der Linkspartei statt den Grünen ihre Stimme gaben. Wobei ca. 870.000 Wähler 2009 statt SPD grün wählten.<sup>314</sup>

---

<sup>312</sup> Vgl: Eith, U. / Mielke, G (2001): *Einleitung: Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*, S. 11

<sup>313</sup> Vgl.: Haas, M. (2006): *Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005*, S. 212

<sup>314</sup> Vgl.: Infratest dimap (2009) Analyse Wanderung Bundestagswahlen Deutschland 2009

Für die SPD waren die Auswirkungen dagegen massiv, da durch die Linkspartei Druck auf Teile ihrer klassischen Wählerschaft ausgeübt wurde. Somit wurden die Sozialdemokraten gezwungen, Entscheidungen hinsichtlich der Positionierung im Parteiensystem zu treffen und die Festlegung auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei um eine parlamentarische Mehrheit links von CDU und FDP in eine Regierungsmehrheit umzuwandeln. Das Dilemma der SPD bei der Positionierung im Parteiensystem zeigte sich unter dem ehemaligen Vorsitzenden Kurt Beck, als Forderungen nach dem Änderungen der Hartz IV Gesetzgebung laut wurden. Die Entscheidung, in welche Richtung die SPD vor den Bundestagswahlen 2009 ging, wurde personell gefällt. Beck trat zurück, Frank Walter Steinmeier wurde zum Kanzlerkandidaten ernannt und Franz Müntefering wurde wieder Vorsitzender der SPD. Somit setzte sich vor der Bundestagswahl 2009 der zur Mitte orientierte Flügel der SPD durch.<sup>315</sup> Ca. 1.100.000 Wähler wandten sich daher von der SPD bei der Bundestagswahl 2009 ab und wählten dafür die Linkspartei.<sup>316</sup>

Mit dem Koalitionspotential der Linkspartei ist die SPD in ein weiteres Richtungsdilemma geraten. Das Beispiel in Hessen zeigt dies deutlich. Die Spitzenkandidatin der SPD Andrea Ypsilanti legte sich im Januar 2008 fest, nicht mit Hilfe der Linkspartei die Macht ergreifen zu wollen. Die Wahlergebnisse ergaben dann weder für die CDU und FDP eine parlamentarische Mehrheit und auch nicht für SPD und Grüne. Andrea Ypsilanti strebte dann das Tolerierungsmodell wie einst in Sachsen Anhalt an und wollte sich mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin Hessens wählen lassen. Die innerparteiliche Zerrissenheit der SPD zeigte sich dann am 3. November 2008 als vier SPD-Abweichler bekannt gaben, dass sie Andrea Ypsilanti nicht ihre Stimme geben werden.<sup>317</sup> Silke Tesch, Jürgen Walter, Carmen Everts und Dagmar Metzger waren die vier Abweichler in Hessen, die aus Gewissensgründen einer von der SED-Nachfolgepartei tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung nicht zustimmen konnten. Während Metzger nach der Wahl Ende Januar 2008 schon im März bekannt gab, dass sie Ypsilanti nicht wählen werde, waren die anderen drei SPD-Abgeordneten erst kurz vor der Wahl in der Lage, ihre Gewissensnöte bekannt zu geben. Einen Schicksalsschlag wie in Schleswig – Holstein bei Heide Simonis wollten diese Andrea Ypsilanti ersparen.<sup>318</sup>

---

<sup>315</sup> Vgl.: Haus, M. (2008): *Die Linkspartei als Herausforderung für die deutsche Politik – Zwei Analysen*, S. 21

<sup>316</sup> Vgl.: Infratest dimap (2009) *Analyse Wanderung Bundestagswahlen Deutschland 2009*

<sup>317</sup> Vgl.: , M. (2008): *Die Linkspartei als Herausforderung für die deutsche Politik – Zwei Analysen*, S. 22

<sup>318</sup> Vgl. Holl, T. (2008): *Zu spät – und gerade noch früh genug*, S.3 (FAZ vom 04.11.2008)

Dass die in Hessen geplante Minderheitsregierung unter Duldung der Linkspartei 2008 nicht in Erfüllung ging, kann der Linkspartei nicht vorgeworfen werden. Andrea Ypsilanti, die das Ziel eines Regierungswechsels über alles stellte, obwohl von Anfang an klar war, dass es erheblichen Widerstand, auch außerhalb der hessischen SPD gegen diese mögliche Konstellation gab, spielte auf alles oder nichts. Mit dem neuen Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel zog die hessische SPD im Januar 2009 somit erneut in die Landtagswahl. In Hessen regiert seit der Wahl im Januar 2009 wieder die CDU mit Roland Koch in der Koalition mit der FDP.

In Berlin war die Beteiligung der Linkspartei in der Landesregierung weniger problematisch. DIE LINKE ist Juniorpartner der SPD unter Klaus Wowereit. In Thüringen geht die Linkspartei in der Opposition einen fragwürdigen Weg der Stasi-Debatte. Als einzige Partei lehnt DIE LINKE die Adresse vom Thüringer Landtag „Jürgen-Fuchs-Straße“ auf ihren Briefköpfen und im Internet ab. Dem geht voraus, dass Jürgen Fuchs als Schriftsteller und Bürgerrechtler während eines Gefängnisaufenthalts in der ehemaligen DDR von der Staatsicherheit verstrahlt wurde und in Folge dessen an einem Krebsleiden gestorben ist.<sup>319</sup>

Dass Stasi-Diskussionen aber auch eine Rolle bei Koalitionen mit der Linkspartei spielen, zeigt sich zum Beispiel in Brandenburg. Hier ist das rot-rote Bündnis das erste in der Bundesrepublik, bei dem es gleich mehrere inoffizielle Staatsicherheitsmitarbeiter gab. Kerstin Kaiser erklärte, dass sie auf ein Ministeramt verzichten wird, da sie ihre Stasi-Vergangenheit offen gelegt hat und sie wusste, dass dies für manche in der SPD ein Problem wäre. Doch nicht alle ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter der Staatsicherheit legen ihre Vergangenheit der Öffentlichkeit vor. So kam es zu mehreren Stasi-Enthüllungen in Brandenburg, die mit einem Rücktritt verbunden waren. In der daraufhin aufflammenden Stasi-Diskussion hat Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck aufgerufen, mit dem tätigen Neubeginn zu starten und den längst überfälligen Prozess der Versöhnung ernst zu nehmen.<sup>320</sup> Beide Parteien haben im Koalitionsvertrag der SPD mit der Linkspartei in Brandenburg unterschrieben: *Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung*

---

<sup>319</sup> Vgl.: Langguth, G. (2009): *Verdrängte Parteigeschichte. Plädoyer für eine Entzauberung der Linkspartei*, (Spiegel.de, Artikel vom 25.09.2009)

<sup>320</sup> Vgl.: Schröder, R. (2009): *Versöhnung – mit Wem? Warum die Linke nicht ausgegrenzt ist*, S. 32 (DER SPIEGEL, 46 / 2009)

gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressalien werden wir wach halten.“<sup>321</sup> Nach Hubertus Knabe sind solche Festlegungen nur Floskeln, die zum politischen Sittenverfall in Deutschland beitragen, um die Einstellung zu ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zu wandeln.<sup>322</sup> Ein Essay von Matthias Platzeck über die Versöhnung der SPD mit der Linkspartei lässt diese Vermutung bestätigen. Hier heißt es: „Zwei Jahrzehnte nach dem revolutionären Umbruch in der DDR müssen wir in Deutschland endlich anfangen, es mit dem überfälligen Prozess der Versöhnung wirklich ernst zu meinen.“<sup>323</sup>

### 5.3.2 Koalitionschancen für DIE LINKE ohne Oskar Lafontaine?

Oskar Lafontaine verkündete im Januar 2010 seinen Rücktritt als Parteivorsitzender aufgrund einer Krebserkrankung und bringt damit eine neue strategische Ausgangslage für das Fünf-Parteien-System.

Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder verband eine politische Männerfreundschaft, die zerbrach, da im Regierungsalltag niemand dem anderen den Vortritt lassen wollte. Schröder ließ sich von Lafontaine als SPD-Vorsitzenden keine Vorgaben machen und Lafontaine konnte mit seinen Positionen Schröder nicht erreichen. Nach dem Blitzrücktritt als Finanzminister und SPD-Vorsitzender attackierte Lafontaine Gerhard Schröder und die SPD, schrieb Kolumnen gegen die Regierungspolitik Schröders und brachte als Mitgründer der Linkspartei die SPD in ein Richtungsdilemma. Diese Fakten haben in der SPD ausgelöst, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei unter der Person Oskar Lafontaine ausgeschlossen wurde.<sup>324</sup>

Für DIE LINKE ist der Rücktritt Lafontaines ein Rückschlag, da Parteien über Namen und starke Persönlichkeiten in den Medien verkauft werden. Lafontaine war eine Marke der Linkspartei, er setzte Themen und gab die Richtung linker Politik vor. Die Linkspartei wird durch diesen Rücktritt an Strahlkraft verlieren. Für die SPD bestehen dadurch neue Möglichkeiten. Parteivorsitzender Sigmar Gabriel setzte bereits Signale, die darauf deuten, dass er die SPD-Wähler zurück gewinnen möchte, welche aufgrund der Agenda 2010 zur Linkspartei gewandert sind. Die nächsten Landtagswahlen finden im Mai 2010 in Nordrhein-

---

<sup>321</sup> Zitiert nach: Platzeck, M. (2009): *Versöhnung ernst nehmen*, S. 72 (DER SPIEGEL, 45 / 2009)

<sup>322</sup> Vgl.: Knabe, H.(2009): *HONECKERS ERBEN, Die Wahrheit über DIE LINKE*, S. 308

<sup>323</sup> Siehe: Platzeck, Matthias (2009): *Versöhnung ernst nehmen*, S. 73 (DER SPIEGEL, 45 / 2009)

<sup>324</sup> Vgl.: Nelles, R. (2010): *Wieso Oskar und Gerhard einander vergeben sollten*, (Spiegel.de, 28.01.2010)

Westfalen statt und die SPD macht mit linken Sprüchen mobil. Gabriel könnte damit Meinungsführer im linken Spektrum werden.<sup>325</sup>

Doch auch ohne Oskar Lafontaine an der Spitze der Partei wird DIE LINKE nicht einfach so aus dem Parteiensystem verschwinden. In den alten Bundesländern wird die Linkspartei sicher an Wählern verlieren, doch im Osten werden diese aufgrund des Ost-West-Konflikts stark bleiben. Die derzeitigen innerparteilichen Diskussionen zeigen zwar, dass Lafontaine die Gegensätze zwischen den Sektierern aus dem Westen und den Pragmatikern aus dem Osten lange überdeckt hat, doch die Grundsätze der Partei werden bleiben.

Wenn die SPD bei der nächsten Bundestagswahl 2013 die Chance haben will, aus der Opposition rauszukommen oder nicht als Juniorpartner einer großen Koalition enden möchte, dann werden die Sozialdemokraten nicht darum kommen, sich für ein Bündnis mit der Linkspartei zu öffnen. Gabriel steht daher vor der Aufgabe, den Kurs der SPD nicht völlig zu revidieren, da die SPD noch glaubwürdig erscheinen muss und gleichzeitig muss er die SPD nach allen Seiten hin koalitionsfähig machen.

Für die CDU und FDP wird es mit einer schwachen Linkspartei in der Opposition schwieriger. Die Spaltung ihrer Gegner auf der Linken schien sicher, eine Konkurrenz gab es dadurch nicht. Mit einer schwachen Linkspartei wird sich ändern. Ohne Lafontaine kann sich das linke Lager aus SPD, Grünen und Linkspartei festigen. Bei den bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen wird sich zeigen, ob die CDU trotz sinkender Umfragewerte für die FDP eine schwarz gelbe Koalition bilden können oder ob es von den Grünen abhängt, welche Dreiparteienkoalition sich ausgehen wird.

Insgesamt wird es mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines für die SPD leichter, ein Bündnis mit der Linkspartei einzugehen. Lafontaine selbst hat seinem einstigen Verbündeten und seit 10 Jahren politischen Feind Gerhard Schröder das Angebot einer Aussprache unterbreitet. Bisher schweigt Gerhard Schröder dazu, doch sollte es zu einer Aussprache kommen, dann wäre dies ein starkes Signal für eine weitere Annäherung der SPD und der Linkspartei.<sup>326</sup>

---

<sup>325</sup> Vgl: Nelles, R. (2010): *Oskars wahrer Erbe*, (Spiegel.de, Artikel vom 25.01.2010)

<sup>326</sup> Vgl.: Nelles, R. (2010): *Wieso Oskar und Gerhard einander vergeben sollten*, (Spiegel.de, Artikel vom 28.01.2010)

## 6. Zusammenfassung und Resümee

Das deutsche Parteiensystem ist durch DIE LINKE ordentlich in Bewegung geraten. Neue Koalitionsmöglichkeiten haben sich ergeben, die SPD kämpft um ihren Status als Volkspartei und die CDU will sich weiter nach links bewegen, wodurch es massive Auseinandersetzungen mit ihrem derzeitigen Koalitionspartner FDP gibt. Die Grünen waren dagegen noch nie so stark in den Umfragewerten wie zurzeit. Allerdings nicht, weil sie so stark sind, sondern die anderen Parteien im Bund so schwach. Insgesamt ist bei allen Parteien, außer der FDP, eine Bewegung nach links sichtbar.

Dass die SED das politische System in Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall in diesem Ausmaß beeinflusst, war in der Politikwissenschaft nicht voraussehbar. Erst durch die Person Oskar Lafontaine, der als Zugpferd für den Zusammenschluss von WASG und PDS kämpfte, wurde das scheinbar unmögliche Tatsache. Eine Partei, die sich nach viermaliger Umbenennung und dem Zusammenschluss mit einer linken Splittergruppe in ganz Deutschland etabliert hat. Juristisch gesehen ist es die gleiche Partei, die von 1949 bis zur friedlichen Revolution 1989 in Ostdeutschland den Sozialismus mit eiserner Faust durchsetzte, die es bei der Bundestagswahl 2009 auf 11,9 Prozent gebracht hat. Der Linkspartei ist es zudem gelungen, sich ohne Parteiprogramm im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Erst im Mai 2010 soll das Projekt eines Parteiprogramms in Angriff genommen werden. Der Erfolg der Linkspartei beruht auf dem Rechtsruck der großen Volkspartei SPD, die sich unter Gerhard Schröder zur Mitte bewegte. Der in der SPD gescheiterte Lafontaine sah mit dem Projekt der Linkspartei die Möglichkeit sich wieder auf der politischen Bühne zu bewegen. Die Gelegenheit war günstig, da die Voraussetzungen passten: Eine SPD, die von ihrer Stammwählerschaft abweicht, eine Agenda 2010, welche die SPD „entsozialdemokratisiert“, eine PDS, die im Westen versucht, Fuß zu fassen, Gewerkschaftler, die sich von der SPD aufgrund der Agenda distanzieren und Oskar Lafontaine auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat. Da die SPD nach der Bundestagswahl 2005 in die große Koalition ging, wurde die linke Lücke, welche die SPD dadurch zurück ließ, von der Linkspartei geschlossen. Es waren nicht mehr nur unzufriedene Protestwähler, sondern bald Stammwähler, die für DIE LINKE stimmten.

Die Vergangenheit der Nachfolgepartei der SED ist allerdings kaum noch ein Thema in der Öffentlichkeit und den Medien. Geschickt hat die Linkspartei es geschafft, dass sie eine

ernsthafte Auseinandersetzung mit der DDR – Diktatur verweigert, um ihre alten Kader nicht zu verlieren. Auch wenn sich immer wieder Parteivertreter klar von der DDR und der SED-Vergangenheit distanzieren, so gibt es in der Linkspartei auch Mitglieder, die das Gegenteil tun und trotzdem einen Platz in der Partei einnehmen. Dass DIE LINKE dadurch an Glaubwürdigkeit verliert, was die Aufarbeitung der Vergangenheit betrifft, ist ersichtlich. Matthias Platzeck, Ministerpräsident von Brandenburg, der in diesem Jahr sein rot-rotes Bündnis geschlossen hat, sieht es als Zeichen der Versöhnung, dass ehemalige Stasi – Mitarbeiter oder SED-Angehörige wieder politische Ämter annehmen dürfen. Der Ansatz spricht dafür, dass jeder ein Recht auf politische Betätigung hat, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass nichts verheimlicht werden darf und wer Straftaten begangen hat, muss ein Verfahren und eine Strafe ertragen. Dass die Ehemaligen in der Stasi oder in der SED Aktiven ihre Vergangenheit verschweigen, ist in der Linkspartei allerdings fast ein Kavaliersdelikt geworden.

Warum die Linkspartei trotz ihrer Vergangenheit überhaupt fort bestehen konnte nach dem Umbruch 1989, ist eigentlich ein Phänomen. Dass die SED nach ihrem Sturz nicht verboten oder aufgelöst wurde wie beispielsweise die KPdSU, ist ein Fehler der friedlichen Revolution. Zu gutgläubig waren Bürgerrechtler und zu gleichgültig bzw. sicher waren sich die Eliten aus dem Westen, dass diese Partei nicht überleben wird. Die DDR existiert nicht mehr, allerdings noch all die Menschen, die dort leben. Während in der ehemaligen DDR sich die Menschen für die Produkte, Fußballclubs, Fernsehprogramme und Politiker aus dem Westen begeisterten, brachte der Beitritt zur BRD dann Mitte der 1990er Jahre auch eine Wende Richtung Verherrlichung der damaligen Zeiten. Die Menschen in den neuen Bundesländern verfielen einer Art „Ostalgie“. Aus dem Osten zu sein, wurde als etwas Elitäres aufgeputscht – Fernsehsendungen aus der ehemaligen DDR wurden wieder gezeigt, Produkte wieder gekauft und auch die ansässigen Fußballclubs fanden Fans und die PDS erhielt Wählerzuspruch als eine Partei, die sich für die Interessen der Ostdeutschen einsetzt.<sup>327</sup> Dieser Trend zeigt, dass der Beschönigung der Vergangenheit viel Unwissenheit vorausleilt, aber auch das durch den Beitritt zur BRD die Bürger der ehemaligen DDR sich in einem komplizierteren Gesellschaftssystem zurecht finden mussten und damit teilweise überfordert waren. Geschichtliche Aufarbeitung erreichte vor allem nicht die älteren Leute und diejenigen, die beruflich abstürzten. Verlierer der Wende, ehemalige SEDler und vom System enttäuschte Wähler fanden sich in der PDS wieder, der Partei wurde dadurch das Überleben in den neuen Bundesländern gesichert. Der Zusammenschluss mit der WASG brachte der Partei

---

<sup>327</sup> Vgl.: Knabe, H. (2009): *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED – Diktatur*, S.17

Wähler aus den alten Bundesländern und unter den führenden Personen Lafontaine und Gysi präsentiert sich die Partei in den Medien wirksam.

DIE LINKE ist seit der Bundestagswahl 2009 zweitgrößte Oppositionspartei Deutschlands, der Erfolg der Partei schien seit der Fusion mit der WASG unaufhaltsam. Der Partei schien es gelungen, dass Mitglieder aus dem Westen und Mitglieder aus dem Osten gemeinsame Interessen vertreten. Doch nach der für die Linkspartei erfolgreichen Wahl traten vermehrt innerparteiliche Konflikte an die Öffentlichkeit. Unter Lafontaine und Gysi war es der Partei gelungen, diese bis zur Wahl auf einem niedrigen Niveau zu halten. Bis Mai 2010 wird Oskar Lafontaine noch gemeinsam mit Lothar Bisky Parteivorsitzender sein, doch auf dem Parteitag in Rostock werden beide zurücktreten. Ursprünglich war die Doppelspitze in der Linkspartei als Übergang gedacht, doch es wird die Dauerlösung in der Partei, die damit den Zustand der Linkspartei widerspiegelt: Ost und West sind auch zweieinhalb Jahre nach Gründung der Linkspartei nicht vereint. Mit Gesine Löttsch und Klaus Ernst werden jeweils wieder ein Vertreter aus Ost und West die Partei führen. Doch das Spektrum der Flügel innerhalb der Linkspartei ist allerdings größer als die Unterschiede zwischen Ost und West, welcher sich nach dem Rückzug Oskar Lafontaines aus der Bundespolitik durchsetzen wird, bleibt fraglich, denn auch aus dem Saarland wird sich der populistische und sehr gute Rhetoriker wieder melden.

Ohne Oskar Lafontaine auf Bundesebene ergeben sich für DIE LINKE andere Chancen: Sein Rückzug macht in erster Linie Kooperationen für die SPD leichter. Welcher Flügel sich in der Partei durchsetzen wird, ist nicht sicher, da es nicht nur Ost-West-Unterschiede in der Partei gibt, sondern auch diejenigen, die die Koalition mit der SPD kritisch sehen und Koalitionsbefürworter, die auf eine inhaltliche Annäherung an die SPD setzen. Wahrscheinlich werden sich die Pragmatiker aus dem Westen durchsetzen, die aus Enttäuschung über die SPD der WASG beigetreten sind und die Pragmatiker aus dem Osten, die für eine Koalition mit der SPD offen sind. Bei den nächsten Bundestagswahlen wird DIE LINKE ohne ihr Zugpferd Lafontaine sicher Stimmen verlieren und das Medieninteresse wird geringer werden, doch als linkes Korrektiv zur SPD hätte die Linkspartei durchaus gute Chancen. Es ist Lafontaines zweiter Rückzug aus der Bundespolitik, wobei sein Einfluss auf die Linkspartei als Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag oder über Vertraute wie Klaus Ernst weiterhin Gewicht haben wird.

## Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich von** (1999): Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glückliche Ausreißer? In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Leske + Budrich, Opladen.
- Alemann, Ulrich von** (2000): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Benz, Arthur / Czada, Roland / Simonis, Georg (Hgg.): Grundwissen Politik, Bd. 26, Leske+Budrich, Opladen.
- Alemann, Ulrich von** (2003): Der Zittersieg der SDP: Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Leske + Budrich, Opladen.
- Arnim, Hans Herbert von** (1997): Fetter Bauch regiert nicht gern, Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben, Kindler Verlag GmbH, München.
- Bender, Peter** (1995): Die <<Neue Ostpolitik<< und ihre Folgen: Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. In: Broszat, Martin / Benz, Wolfgang / Graml, Hermann / Institut für Zeitgeschichte München (Hgg.): Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, 3.Auflage, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co.KG, München.
- Bok, Wolfgang** (1995): Zeitgeist-Genossen: Das Berliner Programm der SPD von 1998: Motive – Ziele – Folgen. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.
- Bortfeldt, Heinrich** (1992): Von der SED zur PDS: Wandlung zur Demokratie?, Bouvier Verlag, Bonn / Berlin.
- Bouvier, Beatrix** (1996): Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR: 1945-1953. Dowe, Dieter / Schneider, Michael (Hgg.) Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte; Bd. 45, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn.
- Brie, Michael** (2000): Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität. In: Brie, Michael / Woderich, Rudolf (Hgg.): Die PDS im Parteiensystem, Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Bd. 4, Karl Dietz Verlag, Berlin.
- Deckers, Daniel** (2009): Die Schere schließt sich. Neue Gerechtigkeit: Der Wähler macht die kleinen Parteien größer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland (29.September 2009)
- DDR Handbuch** (1979): Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Wissenschaftliche Leitung: Ludz, Peter Christian / Kuppe, Johannes, 2. Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.
- Ditfurth von, Christian** (2000): SPD – eine Partei gibt sich auf, Henschel Verlag, Berlin.

**Downs, Anthony** (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie. In: Wildenmann, Rudolf (Hg.): Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften: Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 8, J.V.B. Mohr Tübingen

**Eith, Ulrich / Mielke, Gerd** (2001): Einleitung: Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. In: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hg) (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien. Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden

**Falkner, Thomas / Huber, Dietmar** (1994): Aufschwung PDS: Rote Socken – zurück zur Macht? Droemersch Verlagshaus Th. Knauer Nachf., o.O..

**Fülberth, Georg** (2008): <<Doch wenn sich die Dinge ändern<< Die Linke. PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln.

**Hartleb, Florian / Roder, Franz Egon** (2006): Populismus und Kleinparteien. Am Beispiel der Linkspartei.PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl. In: Jun, Uwe / Kreikenbom, Henry / Neu, Viola (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Campus Verlag, Frankfurt, New York.

**Haas, Melanie** (2006): Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005, In: Jun, Uwe / Kreikenbom, Henry / Neu, Viola (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Campus Verlag, Frankfurt, New York.

**Haas, Melanie / Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar** (2008): Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung. In: Niedermayer, Oskar (Hg.) (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

**Henkel, Rüdiger** (1994): Im Dienst der Staatspartei: über Parteien und Organisationen der DDR. Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (Hg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

**Hertle, Hans Hermann** (1996): Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates. Westdeutscher Verlag, o.O..

**Hoell, Joachim** (2004): Oskar Lafontaine: Provokation und Politik. Eine Biografie. Dirk Lehrach Verlag e.K., Braunschweig.

**Hofmann, Robert** (1993): Geschichte der deutschen Parteien: Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, Serie Piper, Bd. 1648, Piper Verlag, München, Zürich.

**Jun, Uwe** (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Campus Verlag, Frankfurt, New York.

**Knabe, Hubertus** (2009): Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin.

**Knabe, Hubertus** (2009): Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, 3.Auflage, List Taschenbuch, Berlin.

**Koß, Michael** (2007): Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen. In: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

**Lafontaine, Oskar** (1999): Das Herz schlägt links, Econ Verlag, o.O..

**Lipset, Seymour. M. / Rokkan, Stein** (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, In: Lipset, Seymour, M. / Rokkan, Stein (Hg.) Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, The Free Press, New York.

**Lorenz, Robert** (2007): Techniker der „kalten Fusion“. Das Führungspersonal der Linkspartei. In: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

**Malycha, Andreas** (1996): Auf dem Weg zur SED: die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ; eine Quellenedition, Archiv für Sozialgeschichte; Beiheft 16, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn.

**Malycha, Andreas** (1997): Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall. In: Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hgg.): Die SED. Geschichte- Organisation- Politik. Ein Handbuch, Dietz Verlag GmbH, Berlin.

**Merkel, Wolfgang** (2002): Sozialdemokratische Parteien. In: Kleines Lexikon der Politik, Nohlen, Dieter (Hg.), 2. Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München.

**Meyer, Thomas** (1998): Die Transformation der Sozialdemokratie: eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. In: Frank, Karl D., Friedrich Ebert Stiftung (Hg.) Politik im Taschenbuch, Bd. 21, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn.

**Micus, Matthias** (2007): Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG. In: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

**Mielke, Gerd** (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, In: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hg) (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien. Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden

**Mintzel, Alf** (1984): Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Opladen.

**Nachtwey, Oliver** (2007): Im Westen was Neues: Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. In: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

**Nachtwey, Oliver / Spier, Tim** (2007): Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei. In: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

- Neugebauer, Gero** (1997): Von der SED zur PDS. In: Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hgg.): Die SED. Geschichte- Organisation- Politik. Ein Handbuch, Dietz Verlag GmbH, Berlin.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard** (1996): Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. In: Wewer, Göttrik (Hg.): Analysen: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft, Bd. 54, Leske + Budrich, Opladen.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard** (1999): Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Leske + Budrich, Opladen.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard** (2003): Die PDS in Not. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Leske + Budrich, Opladen.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard** (2008): Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar** (1999): Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen des Parteien und des Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Leske + Budrich, Opladen.
- Pilz, Frank / Ortwein, Heike** (2000): Das politische System Deutschlands: Prinzipien, Institutionen, Politikfelder, 3.Auflage, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München, Wien, Oldenbourg.
- Podewin, Norbert** (1997): Die Geschichte der SED: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerfall. In: Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hgg.): Die SED. Geschichte- Organisation- Politik. Ein Handbuch, Dietz Verlag GmbH, Berlin.
- Roth, Dieter** (1998): Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Leske + Budrich, Opladen.
- Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hg.)** (2007): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Staritz, Dietrich** (1995): Die Gründung der DDR: Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. In: Broszat, Martin / Benz, Wolfgang / Graml, Hermann / Institut für Zeitgeschichte München (Hgg.): Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, 3.Auflage, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co.KG, München.
- Stephan, Gerd-Rüdiger** (1997): Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989. In: Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hgg.): Die SED. Geschichte- Organisation- Politik. Ein Handbuch, Dietz Verlag GmbH, Berlin.
- Sturm, Daniel Friedrich** (2009): Wohnin geht die SDP? Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München.

**Suckut, Siegfried** (1991): Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991) 1, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München-Berlin.

**Suckut, Siegfried** (2000): Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

**Suckut, Siegfried / Staritz Dietrich** (1994): Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben. In: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hgg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Westdeutscher Verlag, Opladen.

**Süskind, Martin E.** (2002): Machtwechsel und Regierungsjahre. In: Anda, Béla / Kleine, Rudolf: Gerhard Schröder. Eine Biographie. Mit einer Bilanz der ersten vier Regierungsjahre von Martin E. Süskind. Ullstein Taschenbuchverlag, Berlin.

**Walter, Franz** (2005): Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder. 2. erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

**Walter, Franz** (2009): Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, transcript Verlag, Bielefeld.

**Weber, Hermann** (1999): Geschichte der DDR, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co.KG, München.

**Welzel, Christian** (1992): Von der SED zur PDS: eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Wege zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? (Mai 1989 bis April 1990), In: Prof. Dr. Domes, Jürgen (Hg.), Saarbrücker Politikwissenschaft, Band 12, Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main / Bern / New York / Paris.

**Wimmer, Hannes** (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit, Böhlau Verlag, Wien Köln Weimar.

**Zinterer, Tanja** (2005): Dozio-ökonomische Spannungslinien und Politik in Deutschland, In: Frantz, Christiane / Schubert, Klaus (Hg.): Einführung in die Politikwissenschaft, Münster.

## Fachjournale, Zeitschriften und Zeitungen

DER SPIEGEL (1994): Auferstanden aus Ruinen, 26/1994.

**Berg, Stefan / Deggerich, Markus** (2008): Nachhut der Arbeiterklasse, In: DER SPIEGEL, 34/2008.

**Deggerich Markus. / Feldenkirchen, Markus. / Kaiser, Simone** (2008): Oskars fauler Zauber, In: DER SPIEGEL, 21/2008.

**Holl, Thomas** (2008): Zu spät und gerade noch früh genug, In: Frankfurter Allgemein Zeitung, 04.11.2008

**Küpper, Mechthild** (2009): Comandante Oskar und Gregor, der Entertainer, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.09.

**Platzek, Matthias** (2009): Versöhnung ernst nehmen, In: DER SPIEGEL, 45/2009.

**Niejahr, Elisabeth / Rudzio, Kolja** (2010): Gesetz der Angst, In: DIE ZEIT, 05/2010

**Schröder, Richard** (2009): Versöhnung – mit Wem? Warum die Linke nicht ausgegrenzt ist, In: DER SPIEGEL, 46/2009.

**Wehner, Thomas** (2009): Oskars Geister, In Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.06.09.

## Internetquellen

### **Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration**

(10.06.1945), in: documentArchiv.de [Hrsg.], URL:  
[http://www.documentArchiv.de/ddr/smad\\_bef02.html](http://www.documentArchiv.de/ddr/smad_bef02.html)  
Stand: 22.09.08

**Bayer, Christine** (2006): Köhler gegen Verniedlichung der DDR-Diktatur. In: Spiegel.de (Artikel vom 14.November 2006) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,448448,00.html>  
Stand: 17.01.2010

**Bickel, Markus** (2009): André Brie. Links liegen gelassen. In: FAZ.NET (Artikel vom 22.09.2009) URL:  
<http://www.faz.net/s/Rub4D6E6242947140018FC1DA8D5E0008C5/Doc~EC72581B11BEE4823BCDBA499BD29AF2D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>  
Stand: 22.20.2009

**Bornhöft, Petra / Deggerich, Markus / Kullmann, Kerstin / Kurbjuweit, Dirk / Neukich, Ralf / Schmalenbach, Maria / Winter, Steffen** (2009): Im Zweifel links. In: Spiegel.de URL:  
<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=66803915&top=SPIEGEL>  
Stand: 14.11.09

**Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE** (2008): Zur Partei- und Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE. URL:  
[http://die-linke.de/fileadmin/download/partei/2008/beschluss\\_38-2008\\_dokumentation\\_mitgliederentwicklung.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/partei/2008/beschluss_38-2008_dokumentation_mitgliederentwicklung.pdf)  
Stand: 14.11.09

**Dachs, Gisela** (1993): Das große Schweigen der Genossen. In: DIE ZEIT (Artikel vom 30.04.1993) URL:  
<http://www.zeit.de/1993/18/Das-grosse-Schweigen-der-Genossen>  
Stand: 01.02.09

**Deggerich, Markus / Fleischhauer, Jan** (2009): „Wir wehren uns zu wenig“. In: Spiegel.de (Artikel vom 06.07.09) URL:  
<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-634330,00.html>  
Stand: 14.11.09

**Deggerich, Markus / Scheuermann, Christoph** (2009): Freie Radikale. In: Spiegel.de (Artikel vom 07.09.09) URL:  
<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument-druck.html?id=66803916&top=SPIEGEL>  
Stand: 14.11.09

**Dietzel, Horst / Hoffman, Jana. / Woop, Gerry.** (2005): Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL:  
[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Vergleich\\_Partei-Programmatik.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Vergleich_Partei-Programmatik.pdf)  
Stand: 28.11.09

**Gajevic, Mira** (2006): Linkspartei kämpft mit ihren Nostalgikern. In: Berliner Zeitung (Artikel vom 13.06.2006) URL:  
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2006/0613/politik/0054/index.html>  
Stand: 17.01.2010

**Gysi, Gregor** (2009): Wir wehren uns zu wenig. Interview mit Gregor Gysi. In: Spiegel.de (Artikel vom 06.07.2009) URL:  
<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,634330-2,00.html>  
Stand: 01.11.09

**Haus, Michael / Stoiber, Michael** (2008): Die Linkspartei als Herausforderung für die deutsche Politik – Zwei Analysen, In: Working Paper Nr.12 / 2008, Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaften. URL:  
[http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/working-paper/2008/TUD-IfP\\_Working-Paper\\_2008-12\\_Haus-Stoiber.pdf](http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/working-paper/2008/TUD-IfP_Working-Paper_2008-12_Haus-Stoiber.pdf)  
Stand: 31.01.2010

**Hengst, Björn** (2009): Linke zerfleddert eigenen Programmentwurf. In: Spiegel.de (Artikel vom 21.04.2009) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620382,00.html>  
Stand: 31.10.09

**Hengst, Björn** (2009): 76 Abgeordnete, noch mehr Meinungen. In: Spiegel.de (Artikel vom 01.10.09) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,652357,00.html>  
Stand: 14.11.09

**Langguth, Gerd** (2009): Verdrängt Parteigeschichte. Plädoyer für eine Entzauberung der Linkspartei. In Spiegel.de (Artikel vom 25.09.2009) URL:  
<http://www.wpiegle.de/politik/deutschland/0,1518,650626,00html>  
Stand: 08.01.2010

**Lutz, Martin / Müller, Uwe** (2008): Das Manifest des Chef-Linken Oskar Lafontaine. In: Welt.de (Interview mit Oskar Lafontaine vom 14.04.2008) URL:  
[http://www.welt.de/politik/article1897354/Das\\_Manifest\\_des\\_Chef\\_Linken\\_Oskar\\_Lafontaine.html](http://www.welt.de/politik/article1897354/Das_Manifest_des_Chef_Linken_Oskar_Lafontaine.html)  
Stand: 12.12.09

**Kohl, Helmut** (1990) Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion am 1. Juni 1990 In: Helmut-Kohl.de 1.Juni 1990 URL:  
<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555>  
Stand: 22.09.08

**Nelles, Roland** (2010): Oskars wahrer Erbe. In: Spiegel.de (Artikel vom 25.01.2010) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,673826,00.html>  
Stand: 01.02.2010

**Nelles, Roland** (2010): Wieso Oskar und Gerhard einander vergeben sollen. In: Spiegel.de (Artikel vom 28.01.2010) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,674550,00.html>  
Stand: 31.01.2010

**Rechenschaftsbericht der Partei DIE LINKE** (2009) URL:  
[http://die-linke.de/fileadmin/download/finanzen/rechenschaftsbericht\\_die\\_linke\\_2008\\_komplett.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/finanzen/rechenschaftsbericht_die_linke_2008_komplett.pdf)  
Stand: 07.11.09

**Reißmann, Ole** (2009): Lafontaine bringt Nord-Linke auf Linie, In: Spiegel.de (Artikel vom 16.08.2009) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,643094,00.html>  
Stand: 31.10.09

**Rink, Tiemo** (2009): Linke schlittern in die Krise, In: stern.de (Artikel vom 15.Jänner 2009) URL:  
<http://www.stern.de/politik/deutschland/landtagswahlkampf-hessen-linke-schlittern-in-die-krise-651323.html>  
Stand: 14.11.09

**Schlesinger, Katja** (1995): Lafontaine stürzt Scharping. In MDR Info (Artikel vom 16.11.1995) URL:  
<http://www.mdr.de/mdr-info/kalenderblatt/4979458.html>  
Stand: 01.02.09

**Schröder, Gerhard** (1999): Rede am Parteitag der SPD (07.12.1999) URL:  
<http://www.dezember1999.spd-parteitag.de/reden/schroeder.doc>  
Stand: 08.03.2009

**Schröder, Gerhard** (2003): Regierungserklärung am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag. URL:  
<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/79/472179/multi.htm>  
Stand: 29.11.2009

**Schröder, Richard** (2009): „Die Stasi-Knacker dürfen nichts zu sagen haben“ Interview mit Richard Schröder (Artikel vom 15.09.2009) In Spiegel.de URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,655285,00.html>  
Stand: 09.01.2010

**Spiegel.de** (2009): „Ob die Linkspartei Lafontaine überdauert, ist offen“ (06.06.2009) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,628919,00.html>  
Stand: 23.10.2009

**Spiegel.de** (2005): Lafontaine kündigt SPD – Austritt an (Artikel vom 25.05.2005) URL:  
<http://spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,357334,00.html>  
Stand: 07.03.2009

**Stern.de:** Linke schlägt SPD im Saarland (Artikel vom 03.09.2008) URL:  
<http://www.stern.de/politik/deutschland/:%0A%09%09stern-Umfrage%0A%09%09%09-Linke-SPD-Saarland/636932.html>  
Stand: 23.09.2008

**Tagesspiegel.de:** „Die PDS kommt im Westen nicht an.“ Gregor Gysi über leere Versprechungen von Müntefering, die Krise der Linken – und seine Zukunft (Artikel vom 17.05.2005) URL:  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/;art771,2102100>  
Stand: 03.12.2008

**Tagesspiegel.de:** Tausende neue Mitglieder für die Linke. (Artikel vom 21.03.2009) URL:  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Die-Linke;art122,2498590>  
Stand: 22.Oktober 2009

**Taken, Jens** (2009): DIE LINKE – Organisation (Artikel vom 28.08.2009) bei der Bundeszentrale für politische Bildung, URL:  
[http://www.bpb.de/themen/WJFF9U,0,0,DIE\\_LINKE\\_%96\\_Organisation.html](http://www.bpb.de/themen/WJFF9U,0,0,DIE_LINKE_%96_Organisation.html)  
Stand: 26.Oktober 2009

**Teevs, Christian** (2009): Linke in Schleswig Holstein. Mobben, Schachern, Bocken, In: Spiegel.de (Artikel vom 02.09.2009) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,646596,00.html>  
Stand: 31.10.09

**Walter, Franz** (2009): Lafontaine, die linke Sphinx. In: Spiegel.de (Artikel vom 02.09.09) URL:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1581,646327,00html>  
Stand: 13.12.09

**Vitzthum, Thomas** (2009): In der Linkspartei tobt der Ost-West-Konflikt, In: Welt.de (Artikel vom 18.06.09) URL:  
<http://www.welt.de/politik/article3947471/In-der-Linkspartei-tobt-der-Ost-West-Konflikt.html>  
Stand: 14.11.09

## Parteiprogramme

### **Berliner Programm der SPD**

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm – Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04. 1998

### **Gründungsprogramm der WASG**

### **Programmatische Eckpunkte DIE LINKE**

## Protokolle

Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei (KPD) am 21. und 22. 1946 in der Staatsoper >>Admiralpalast<< in Berlin, Berlin 1946

## Lebenslauf

### Persönliche Daten

Anja Bröcker  
Bockgasse 4/6  
4020 Linz  
geb. am 23. Februar 1982 in Waren/Müritz (Deutschland), ledig  
Staatsangehörigkeit: deutsch  
Tel.: +43 680 211 38 28  
E-Mail: anja.broecker@gmx.net

### Ausbildung

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>seit 10/2006</b>      | <b>Studium Politikwissenschaften an der Universität Wien</b>   |
| <b>08/2007</b>           | <b>Österreich-Bulgarisches Sommerkolleg in Varna (Bulgarien)</b><br>Intensivsprachkurs Bulgarisch  |
| <b>01/2006 – 06/2006</b> | <b>Studium Social Work an der Universität Tallinn (Estland)</b><br>Schwerpunkte: Sozialsystem und -politik in Estland, Russisch                  |
| <b>03/2004 – 12/2005</b> | <b>Studium Sozialwesen an der Fachhochschule Kiel (Deutschland)</b><br>Abschluss 1.Studienabschnitt im Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit |
| <b>10/2001 – 02/2004</b> | <b>Studium Politikwissenschaften an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Deutschland)</b>   |
| <b>07/2001</b>           | <b>Abitur am Fachgymnasium für Wirtschaft in Waren/Müritz (Deutschland)</b><br>Schwerpunkt: Wirtschaftstheorie und Politik                       |

### Beruflicher Werdegang

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Seit 12/2009</b>      | <b>Maschinenring Personal Leasing reg.Gen.m.b.H., Linz</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Assistentin der Unternehmensleitung</li></ul> |
| <b>01/2009 – 11/2009</b> | <b>Maschinenring Österreich, Wien</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Assistentin der Geschäftsführung</li></ul>                         |

### Besondere Interessen

**Sport** Triathlon, Marathon, Tauchen, Schwimmen

**Hobbies** Fotografieren (Porträt)

Linz, März 2010